

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: halbjährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Illustration: Sonntag-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Behördungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Bekannt-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
 gebuchte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Schil-
 den-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 28. April 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abdul Hamids Ende.

Um 2 1/2 Uhr nachmittags ertönten in Konstantinopel 101 Kanonenschüsse. Sie verkündeten, daß die Regierung des letzten Autokraten in Europa ein Ende gefunden hatte. Abdul Hamid hatte aufgehört zu regieren, und sein Bruder Reschad Effendi wird von der Jungtürken Gnade unter dem Namen Mohammed V. Sultan. Um 4 Uhr fuhr Reschad unter Salut auf dem Seeweg nach Stambul, überall militärisch begrüßt und von den Truppen und von der Bevölkerung lebhaft affiziert.

Noch immer ist aber ungewiß, welches Schicksal den Gestürzten erwartet. Die Untersuchung, die die Jungtürken mit aller Energie und Mühsamkeit führen, soll bereits das Ergebnis gehabt haben, daß die Schuld des Sultans an der Soldatenmeuterei erwiesen ist. Bei den verhafteten Soldaten wurde so viel Geld gefunden, daß der Schluß unabweisbar wird, daß nur ein Einziger instande gewesen, solche große Bestechungssummen anzuwenden. Der Sultan, dem die Meuterei zur Wiederherstellung seiner unumschränkten Macht verhelfen sollte, war auch der Organisator der reaktionären Verschwörung. Das war ja auch nicht zweifelhaft. Aber daß die Jungtürken die Schuld des Sultans so offen verkünden, läßt die Vermutung berechtigt erscheinen, daß sie die Entthronung nur als den ersten Akt des Dramas ansehen, dessen Fortsetzung die strafrechtliche Verfolgung des Sultans wegen Hochverrats an der Nation bilden würde.

Und an Anlagematerial ist wahrhaftig kein Mangel. Denn was des Sultans letztes Verbrechen war, der Bruch der Verfassung, war auch sein erstes und eine Kette ähnlicher Verbrechen ist diese Regierung gewesen. Abdul Hamid kam 1876 zur Regierung durch die Hilfe des Diktators Midhat Pascha, der Murad V. durch ein Fetwa des Scheich ul Islam — die Jungtürken haben anscheinend auf die religiöse Verdrängung verzichtet — als wahnsinnig absetzen ließ. Abdul Hamid, Murads Bruder, hatte Midhat die Erfüllung des Reformprogramms feierlich versprochen, das dieser bedeutendste Staatsmann der alten Türkei als einziges Mittel der Wiedererneuerung erkannt hatte. Unter dem Druck der auswärtigen Verwickelungen stimmte Abdul Hamid auch zunächst den Reformen zu und sogar der Einführung der Verfassung, derselben, die auch heute noch in Kraft steht. Am 19. März 1877 trat das erste türkische Parlament zusammen; sein Schöpfer Midhat aber war schon beseitigt wegen seines unbedingten Widerstandes gegenüber dem Sultan, der seinen Reformanträgen Widerstand leistete und den unermüdeten Mahner in die Verbannung trieb. Schon am 14. Februar 1878, nach dem russisch-türkischen Kriege, wurde das Parlament aufgelöst und seitdem blieb die Verfassung suspendiert. Abdul Hamid konzentrierte alle Regierungsgewalt in seinen Händen. Das Ministerium selbst wurde aller Macht entkleidet und alle Entscheidungen blieben dem geheimen Privatkabinet vorbehalten. Sekretäre und Hofschranzen wurden allmächtig, ein fürchterliches Korruptionssystem entzog dem Staat alle finanziellen Mittel, um die Taten von bestechlichen Günstlingen zu füllen. Halb Konstantinopel wurde in Gold genommen, um die andere Hälfte auszuspienieren. Eine wahnsinnige Angst um sein Leben trieb den Despoten zu immer neuen Verwahrlosungen, zu immer neuen Verfolgungen und Unterdrückungen. Auch Midhat fiel als eines seiner Opfer. 1881 wurde ihm ein Prozeß gemacht wegen Mitwisserschaft an der Ermordung des Sultans Abdul-Azis, die 1876 stattgefunden hatte. Midhat wurde zum Tode verurteilt, zwar zu lebenslänglicher Verbannung, begnadigt, aber 1884 auf Befehl des Sultans ermordet. Und wie Midhat so fielen ungezählte andere dem Wüten des angriffsbegeisterten Despoten zum Opfer, der seit dem Erstehen der jungtürkischen Bewegung namentlich kein Mittel scheute, um die gefährlichsten Reformer in den Gefängnissen Kleinasiens unschädlich zu machen. In diesen Verfolgungen aber erschöpfte sich alle Energie und Tatkraft; sie verlagte jedoch vollkommen, wenn es sich um Ordnung der Regierungsgewalt und um die Organisation der staatlichen Machtmittel handelte. In dem Reiche Abdul Hamids herrschte fast ununterbrochen der Aufruhr und der Mord. In der europäischen Türkei, wo die Großmächte die Erhebungen unterstützten, entstanden aus den ehemals türkischen Provinzen die selbständigen christlichen Balkanstaaten, die sich auf Kosten der Türkei beständig auszuweiden suchten. Erst der jungtürkische Sieg hat der letzten Phase der Auflösung des Reiches ein vorläufiges Ende bereitet, und in Mazedonien eine freilich vielleicht nur vorübergehende Ruhe hergestellt. Aber in Kleinasien wußte der Despotismus nicht anders seine Herrschaft zu erhalten, als durch das gegenwärtige Aneinanderreiben der Konfessionen und Nationalitäten, das mit den blutigsten Untaten endete. Namentlich die Armenier waren die Opfer dieser Politik, die ihren schaurigen Triumph in der gräßlichen Blutorgie feierte, bei der in Konstantinopel in einer Augustnacht des Jahres 1896 mehrere Tausend Armenier von wild gemachten, bestochenen Bösewätern hingemetelt wurden.

Netzt ist Abdul Hamid endlich in der Hand seiner Feinde. Der Mann, in dessen Person sich schließlich alles vereinigt hat, was der Entwicklung der Türkei Verderben brachte, ist heute ein ohnmächtiger Spielball in den Händen der Jungtürken. Die Revolution war doch ernster, als der Verächter seines

Volkes geglaubt hat, und der große Schurke muß erkennen, daß auch für seinesgleichen die Stunde der Vergeltung schlägt, wo Rechenschaft abgelegt werden muß für die Majestätsverbrechen an dem Volke.

Abdul Hamids Nachfolger ist ein Schattenkönig. Was man von seiner Persönlichkeit erfährt, läßt ihn für diese Rolle durchaus geeignet erscheinen. Der Mangel an Intelligenz und Initiative, das geringe Interesse für Politik, das ihm Abdul Hamid ungefährlich erscheinen ließ, braucht ihn nicht zu hindern, einen trefflichen konstitutionellen Monarchen abzugeben, hat ihn den Jungtürken empfehlenswert gemacht. Vorläufig ist er ihr gefügiges Werkzeug und fast scheinen die Jungtürken Wert darauf zu legen, das demonstrativ zu bekräftigen. Nichts kann charakteristischer sein für die revolutionäre Diktatur, die jetzt über Konstantinopel errichtet ist, als die Meldung, daß nicht der Sultan, sondern die Nationalversammlung als höchste Regierungsautorität ihren Präzidenten mit der Bildung des Kabinetts beauftragt hat. Es sind die Formen, wenn auch in keiner Weise der Inhalt der französischen Revolution, den die in der Schule des deutschen Militarismus und des französischen Parlamentarismus aufgewachsenen Jungtürken neu beleben.

Die Schuld des Sultans.

Frankfurt a. M., 27. April. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel, daß aus der beschlagnahmen telegraphischen Korrespondenz aus und nach dem Bildungs-Kreis die Mitschuld des Sultans an den letzten Ereignissen mit vollster Deutlichkeit erwiesen sei.

Die Bestechungsgelder.

Konstantinopel, 27. April. „La Turquie“ zufolge hat man bei den bis gestern abend verhafteten Hodschas etwa 12000 türkische Pfund in Gold und Banknoten gefunden. Ueber die Herkunft des Geldes konnten die Hodschas keine genügende Auskunft geben.

Der Thronwechsel.

Konstantinopel, 27. April, 3 Uhr nachm. Um 2 1/2 Uhr verkündete ein Salut von 101 Schuß den Thronwechsel.

Die Proklamation.

Konstantinopel, 27. April. Der Generalissimus hat eine Proklamation erlassen, in der es heißt: Schneller, als erwartet werden konnte, ist das verräterische und verbrecherische Attentat, welches gegen die vor neun Monaten von der Nation erlangte Freiheit geführt wurde, zu nichte gemacht und dank der Arme und der Elite der Nation die Sicherheit des Parlaments und des Landes wiederhergestellt worden. Die Verräter und Verbrecher werden den Gerichten ausgeliefert werden. Diejenigen, welche unschuldiges Blut vergossen haben, um ihren unseligen Zweck zu erreichen, werden gemäß dem mohammedanischen Scherha bestraft werden und dem Wunsch der Nation entsprechend werden die Feinde der Ruhe des Landes verbannt werden. Die Bevölkerung kann beruhigt sein, daß alle kleinen und großen Unruhestifter, welche die Landesruhe verhebt haben, künftighin werden verhindert werden, ihre Missetaten fortzusetzen.

Die Bevölkerung glaubt, daß der Erlass sich auf den Sultan beziehe, was verschiedene Gerüchte fördert, z. B., daß auch der Sultan zur Sühne aller Sünden seiner Regierung vor ein oberstes religiöses Gericht werde gestellt werden.

Die Nationalversammlung als Souverän.

Konstantinopel, 27. April. Der Thronwechsel wird von der Arme, der Wehrzahl der Beamten, der Intelligenz und den Jungtürken sowie von den Christen mit sehr großem Jubel begrüßt und äußert sich in mannigfachen Kundgebungen in Wort und Schrift sowie in hartem Freudenstöhnen. Die Wehrzahl der Offiziere dagegen verhält sich reserviert.

Eine Extraausgabe des „Osmanischen Lloyd“ meldet, die Nationalversammlung habe gestern in einer geheimen Sitzung die Absetzung des Sultans beschlossen. Die Thronbesteigung des neuen Sultans Reschad als Mohammed V. sei am morgen angesetzt. Die Nationalversammlung als gegenwärtig höchste Reichsautorität habe den Präsidenten der Kammer Ahmed Riza mit der Kabinettsbildung betraut. Das Kabinet sei in nachfolgender Weise zusammengesetzt: Sümi Pascha Inneres; Deputierter Hussein Dschahid Unterricht; Dschahid Finanzen; Rifaat Pascha Aussen; Witakio (Christ), Marine und Robadnughian Bauten.

Beerdigung der Opfer.

Konstantinopel, 27. April. Die gestrige Massenbeerdigung von 80 Soldaten und 3 Offizieren gestaltete sich zu einer sultanfeindlichen Kundgebung. Hunderte von Offizieren nahmen daran teil. Ender Bei und ein anderer Offizier hielten Grabreden. Die Offiziere schrien: Nieder mit dem Sultan, vernichtet sei der Sultan! — In den Straßen von Stambul herrschte bis zum Abend sehr lebhaft Bewegung, ohne daß es jedoch zu einem Zwischenfall kam. Rahmud Schewket Pascha erklärte, daß die kaiserlichen Wächterspanner sich freiwillig den mazedonischen Truppen im Bildiz ergeben haben. Schewket gab die beiderseitigen Verluste nur mit 300 — 400 Mann an.

Das jungtürkische Strafgericht.

Konstantinopel, 28. April. In der Nacht werden in allen Stadtteilen Massenverhaftungen von Personen erfolgen, die mit dem reaktionären Regime in Verbindung stehen. — Unter den bisher Verhafteten befindet sich eine große Zahl hoher Hofwürdenträger, darunter der erste Sekretär des Sultans Ali Dschewad-Pascha, der Kommandant von Konstantinopel Tahir Pascha und Adir Aga, der ein persönlicher Freund des Sultans gewesen ist. Ferner wurde bereits der größte Teil der Bildizdienerschaft, Köche, Gärtner und Wächterspanner, verhaftet, weiter der reaktionäre Führer, der Kurde Ahmed Tschautsch, der während des Aufstandes die Truppen auf dem

Platz Sultan Ahmed befehligt hatte, achthundert Polizisten, die unter dem alten Regime als Spione gedient hatten und zum Teil große Geldmittel bei sich führten. Endlich wurden zahlreiche aus dem Mannschaftsstande hervorgegangene Offiziere in ihren Wohnungen festgenommen. Vor der Hagia Sofia wurde heute ein Sofa festgenommen, bei dem kompromittierende Schriften sowie eine Bombe gefunden wurden. Sämtliche Verhaftete werden nach dem Kriegsministerium gebracht. La Turquie verzeichnet das Gerücht, daß der erste Feldadjutant des Sultans Marschall Schafir Pascha Selbstmord begangen habe. Er stand auf der Liste der Personen, welche die Militärrevolte inszeniert haben.

Die Führer der Liberalen verhaftet.

Konstantinopel, 27. April. Prinz Sabah Eddin und einige seiner Getreuen sind hier verhaftet worden. Fortgesetzt erfolgen zahlreiche Verhaftungen von Militärs und Zivilwärtenträgern. Das Kriegsgericht ist bereits in Tätigkeit. Mannschaften, welche nur als verführt anzusehen sind, werden in den Bereich des 3. Korps verlegt; nur Offiziere, Beamte, Zivilpersonen, ferner von der Mannschaft die Rädelsführer und diejenigen, welche großen Widerstand geleistet oder Verrat begangen haben, werden abgerichtet. Einige Anführer und Spione wurden sofort erschossen; auch in der Provinz wurden Verhaftungen vorgenommen.

Gefangenentransporte.

Saloniki, 27. April. Aus Konstantinopel sind bedeutende Transporte gefangener reaktionärer hierher unterwegs; sie sollen in dem hiesigen Gefängnis Jedikule interniert werden. Die hierher geschickten Deputierten sind infolge einer telegraphischen Verfügung nach der Hauptstadt abgereist, um an der heutigen Sitzung der Nationalversammlung teilzunehmen.

Flüchtlinge.

Sofia, 27. April. In den Grenzgebieten treffen seit zwei Tagen in Massen türkische Flüchtlinge, meistens Soldaten, ein. Die Regierung verfügt, daß sie freipassieren, jedoch beaufsichtigt werden, um etwaige Agitationen zu vermeiden.

Die Regierung gegen die Beamten.

Am Dienstag ist das Herrenhaus wieder zusammengetreten, um die Besetzungsvorlagen zu beraten. Wie vorausgesehen war, gestaltete sich die Debatte zu einer Gegen-demonstration der Regierung und des Landtags gegen die Demonstration der Beamten, die vor einigen Tagen in Berlin stattgefunden hat. Das einleitende Referat hielt der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben, der die Beamten nach allen Regeln der Kunst abkangelte und etwa in dem Ton, den ein Leutnant den Rekruten gegenüber anschlägt, das Vorgehen der Beamten als durchaus ungehörig und unzulässig, als eine Verfündigung gegen den guten Geist bezeichnete. Dabei verriet er in bezug auf die Motive, von denen die Beamten sich leiten ließen, die ganze Unkenntnis eines preussischen Staatsministers. Die tiefgehende Unzufriedenheit, die sich schon seit Jahren in Beamtenkreisen ob ihrer schlechten materiellen Lage bemerkbar macht, scheint der preussischen Regierung unbekannt zu sein; für sie steht es fest, daß die Beamten sich von einem industriösen Zeitungsunternehmer zu einer Schaustellung haben mißbrauchen lassen und daß sie von gewissenlosen Agitatoren verführt sind. Daß auch Beamte einmal anfangen können, über ihre Lage nachzudenken, daß auch in ihnen so etwas wie Klassenbewußtsein sich regt, daß sie sich auskennen gegen eine Regierung, die ihnen vor den Wahlen Versprechungen über Versprechungen macht, nur weil sie in ihnen gefügiges Stimmvieh erblickt, dieser Gedanke kommt Herrn v. Rheinbaben natürlich nicht.

In demselben Tone wie ihr Herr und Gebieter ergingen sich alle Redner des Hauses. Für sie alle handelt es sich um eine unerlaubte Agitation, sie alle erblickten die einzige Hilfe in einer strengen Verstrafung der Rädelsführer, sie alle glauben, daß sich die Beamten dadurch abschrecken lassen werden, ihre Forderungen weiter zu vertreten.

Wir wollen ihnen diesen Glauben nicht nehmen. Wir stehen auf einem wesentlich anderen Standpunkt, und wenn gleich auch wir an dem Vorgehen der Beamten manches aus-zusetzen haben, so erblicken wir darin doch den Anfang einer Periode der Erziehung der Beamten zum Selbstbewußtsein, das bekanntlich die erste Voraussetzung des Klassenbewußtseins ist. Noch ist die Bewegung der Beamten weit entfernt von einem zielbewußten klaren Klassenkampf, aber die ersten Anzeichen dafür sind vorhanden, und wenn die Bewegung in die richtige Bahn geleitet wird, wenn vor allem die Beamten auch auf politischem Gebiete ihre Schuldigkeit tun, dann werden sie sich um Herrn v. Rheinbaben und um das Herrenhaus nicht kümmern, sondern furchtlos ihr Ziel weiter verfolgen und den Sieg davontragen.

Ein schlaues Manöver.

Die konservative Presse, voran das Blatt der Hammer- und Sacksteine, behauptet, daß der von der konservativen Reichstagsfraktion eingebrachte Wertzuwachssteuer-Entwurf keineswegs nur faktische Zwecke verfolge, sondern in der Fraktion mit einer überwältigenden Mehrheit beschlossen worden sei, die unbedingt an

ihrem Widerstande gegen die geplante Nachschuß- oder Erbschaftsteuer festhalte. Und, wie immer, gibt es genügende liberale Einfältige im Geiste, die diese Versicherungen des agrar-konservativen Blattes für bare Münze nehmen und bereits den konservativen Taktikern die teuflische Absicht unterstellen, den schönen Bloß mit Gewalt sprengen und die Regierung zu einer Reichstagsauflösung zwingen zu wollen.

Zatfächlich handelt es sich bei dem in aller Eile hergestellten, in allen Teilen unzulänglichen Wertzuwachssteuer-Entwurf um nichts anderes als ein schlaues taktisches Manöver, die ungünstige Position, in die sich die Konservativen durch ihre bisherige negative Steuerpolitik gebracht haben, zu verbessern und zugleich die Regierung wie die Sozialliberalen zu bestimmen, für die Zustimmung der Konservativen zur Erbschaftsteuer möglichst hohe Entschädigungen auf anderen Gebieten zu zahlen, besonders bei der sogenannten Branntweinsteuerreform.

Dah die Regierung heute nach allen Aktionen der letzten Zeit nicht mehr ohne weiteres auf eine Besteuerung der Erbschaften verzichten kann, vor allem nicht zugunsten eines so völlig unreflexen, zu seiner Durchführung großer Vorarbeiten bedürftigen Projektes wie eine allgemeine Reichs-Wertzuwachssteuer, das wissen auch die Herren Agrarkonservativen. Und sie machen sich deshalb dem auch nicht die geringsten Illusionen darüber, daß ihr Entwurf nicht Geseh werden wird. Wenn sie ihn dennoch einbringen, so deshalb, weil sie gegenüber der Beschuldigung der liberalen Presse, die sie als Gegner jeder wirklichen Besteuerung des Besitzes bezeichnete, feststellen wollten, daß sie durchaus nicht gegen jede Besteuerung des Besitzes, selbst nicht des ländlichen Grundbesitzes, seien. Einmal, um gegen die Ausführungen der gemäßigten Presse ein durchschlagendes Argument zu erhalten und die Liberalen beschuldigen zu können, daß sie lediglich den erblichen Familienbesitz, die „Wittven und Waisen“, treffen, dagegen aber den mühelosen Vermögenszuwachs und die Gewinne der großstädtischen Bodenpekulation schonen wollen. Sodann aber, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, auch für den Fall einer Reichstagsauflösung. Denn durch die Einbringung ihres Wertzuwachssteuerentwurfs gewinnen die Agrarkonservativen die Möglichkeit, sich vor ihren Wählern hinzustellen und erklären zu können, daß sie noch viel höhere Besitzsteuern vorge schlagen hätten, als die Nachschußsteuer, die doch in Wirklichkeit nur höchstens 50 bis 60 Millionen Mark einbringen werde, und daß der eigentliche Unterschied zwischen ihrer und der liberalen Steuerpolitik nur darin bestehe, daß die Liberalen das Erbe, das der Vater in langer, schwerer Arbeit für seine Kinder erübrigt habe, besteuern wollen, während sie, die Konservativen, als Vertreter des bäuerlichen und gewerblichen Mittelstands vornehmlich den großen Effekten- und Bodenpekulationsgewinn treffen wollen.

In Anbetracht der Unpopularität der Beste in allen ländlichen und kleinstädtischen Erwerbskreisen ist solche Argumentation von beträchtlichem Wert für die konservative Agitation, und die Einbringung des Entwurfs deshalb vom konservativen Interessenstandpunkt keineswegs, wie die liberalen Blätter in ihrer Zäpeltastigkeit behaupten, eine große Dummheit, sondern ein sehr geschickter Schachzug.

Die Hauptsache für die Agrarkonservativen aber ist, durch ihre Opposition die Regierung wie die liberalen Bloßgefährten mürbe zu machen und sie in eine Lage zu drängen, in der sie sich schließlich dazu verstehen, für die Zustimmung der Konservativen zu einem abgeschwächten, den ländlichen Großgrundbesitz kaum belastenden Erbschaftsteuergeseh einen Preis zu zahlen, der den Wert dieser Zustimmung um das Mehrfache übersteigt. Und wenn man die schwächliche Abwehr der scharfen konservativen Angriffe durch die sozialliberalen und liberalen Blätter betrachtet, dann ist mehr als wahrscheinlich, daß die konservativen Wortführer schließlich diesen ihren Zweck erreichen.

Vorläufig will die Reichsregierung nichts weiter zu tun, als ihre Verhandlungen hinter den Kulissen mit den Leitern der Sozialpartei und den Regierungen der Einzelstaaten fortzuführen. Die Finanzminister der Bundesstaaten halten in den letzten Tagen in Berlin wieder allerlei Konferenzen über die Reichsfinanzreform. Die Verhandlungen wurden, wie ein offizieller Bericht im „Berliner Lokal-Anzeiger“ meldet, am Sonnabend abgeschlossen, führten aber zu keinem endgültigen Beschluß über die Auswahl der Erbschaftsteuern für die abgelaufenen Licht- und Zinseratensteuern. An der Erweiterung der Erbschaftsteuer als Ersatz für die Nachschußsteuer will der Bundesrat festhalten, im übrigen aber die weiteren Verhandlungen und Vorschläge der Finanzkommission des Reichstages abwarten. Die von den Konservativen beantragte Wertzuwachssteuer soll — soweit es sich um Liegenschaften handelt — im Bundesrat viele Freunde haben; doch als Ersatzsteuer könne sie schon um deswillen nicht in Betracht kommen, weil für ihre Einführung lange Vorbereitungen nötig wären, während die Finanzreform in allerhöchster Frist erledigt werden müßte.

Im Gegensatz zu diesem offiziellen Bericht über die Finanzministerberatung im Reichstagsamt behauptet „Das Reich“, im Reichstagsamt werde seit einigen Tagen an dem Entwurf einer Reichs-Wertzuwachssteuer gearbeitet. Der Entwurf stehe vor seiner Vollendung. Er werde sich auf Besteuerung des Zuwachses an Grundwert einschließlich der Bergwerksgerätschaften beschränken. Bei einem Steuersatz von 10 Proz. würde mit einem Ertrag aus dieser Steuer von 100 Millionen Mark gerechnet. Die Gemeinden sollten das Recht erhalten, Zuschläge in beliebiger Höhe zur Reichs-Wertzuwachssteuer zu erheben.

Sehr wahrscheinlich klingt diese Meldung des Antisemitischen Blattes nicht. Auf der Suche nach Ersatzsteuern werden sicherlich die Regierungen der Einzelstaaten weit mehr die Erhöhungen der Zölle auf allerlei Massenbedürfnisse wie z. B. Kaffee, Tee, Schokolade usw. empfehlen, als die Wertzuwachssteuer. Trotz alles Geredes von der Notwendigkeit der Heranziehung der Besitzenden arbeiten Regierung und Bloß immer mehr darauf hin, fast die ganze Steuerlast den Unbemittelten aufzubürden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. April 1903.

Der religiöse Eid.

Aus dem Reichstag, 27. April. In der Fortführung der zweiten Lesung der Justizgesetze kam es heute zu einer eingehenden Auseinandersetzung über die Frage, ob der religiöse Eid beibehalten werden soll oder nicht. Der § 481 der Zivilprozeßordnung schreibt nämlich als Eidesformel die Anrufung Gottes vor. Die Freisinnigen hatten dazu einen Abänderungsantrag eingebracht, daß Personen, die Gewissensbedenken wegen der Anrufung Gottes hätten, gestattet sein solle, die religiöse Formel zu ersetzen durch die einfachen Worte: Ich schwöre. Der Antragsteller Abg. A. B. Laß konnte sich darauf berufen, daß mit dem starren Zwang der religiösen Eidesformel sowieso gebrochen sei, da man Remoniten und andere Sekten an Stelle des religiösen Eides die einfache Gelobung die Wahrheit zu sagen,

gestalte. Da sei es doch einfach ein Gebot der Gerechtigkeit, die nichtgläubigen Dissidenten von dem Gewissenszwang zu befreien.

Gegen die Forderung kehrten sich die Vertreter der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen mit höchst faßendlichen Gründen. So betonte der national-liberale Vizientat Everling mit großem Nachdruck, welcher hohen Wert gerade die religiöse Form des Eides für gläubige Gemüter den religiösen Eid zu nehmen, während es doch nur darauf ankomme, die Nichtgläubigen von einem unerträglichen Zwang zu befreien. Der Staatssekretär Dr. Niederding meinte, wenn die Abnahme des religiösen Eides zur Heuchelei zwinge, so sei es doch auch Heuchelei, wenn jemand bei einer Kirche bleibe, deren Dogmen er innerlich nicht anerkenne. Der gute Staatssekretär merkte offenbar nicht, daß er damit ein kräftiges Argument für den Austritt aus der Landeskirche vorgebracht hätte. Genosse Frank wies die Ungereimtheit dieser Niederding'schen Ausführungen treffend nach, indem er betonte, daß es gerade eine Sache allseitiger Toleranz sei, auch eine Minderheit nicht einem Gewissenszwang auszuweisen. Schließlich wurde indes der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und vereinzelter Nationalliberaler abgelehnt.

Erhebliche Meinungsverschiedenheiten gab es auch noch wegen der Versehbarkeit der Richter. Um die Unabhängigkeit der Richter zu wahren, gilt der Grundsatz, daß ein Richter ohne seine Zustimmung nicht veretzt werden darf. Da die neue Abgrenzung der Geschäfte zwischen Landgerichten und Amtsgerichten die Geschäfte der ersteren verringert, die der letzteren erweitert wird, wünscht die Regierung das Recht zu haben, einzelne Landrichter allerdings ohne Gehaltsverschlechterung auch gegen ihren Willen an Amtsgerichte zu veretzen. Die Kommission hatte dem zugestimmt. Ein Zentrumsantrag wollte diese Befugnisse nur auf ein Jahr der Regierung belassen. Innerhalb der bürgerlichen Parteien gingen die Meinungen über die Frage sehr auseinander, nur die Sozialdemokraten und Polen traten geschlossen gegen jede Uebertragung einer solchen Vollmacht an die Regierung auf, da ein Mißbrauch dieser Befugnisse zugunsten mißliebiger Personen nach den bisherigen Erfahrungen zu befürchten steht. Schließlich wurde der Zentrumsantrag freibiegbar angenommen, so daß also provisorisch die sowieso recht schwachen Garantien für die Unabhängigkeit der Richter außer Kraft gesetzt werden.

Dann vertagte sich das Haus auf Mittwoch. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Sicherung der Forderungen.

Eine Abrechnung mit den Dunkelmännern.

Eine gründliche Abrechnung mit den Schwarzkopff und Konferten, die eifrig bestrebt sind, das preussische Unterrichtswesen vor aller Welt zu kompromittieren, hielt Genosse Hoffmann am Dienstag im Abgeordnetenhaus. Und er machte ganze Arbeit, er nahm kein Blatt vor den Mund und sagte den Dunkelmännern in seiner fast dreistündigen Rede so derb die Wahrheit, daß der sonst so redewandte Ministerialdirektor kein Wort der Erwiderung finden konnte und sich mit der nichtsagenden Phrase aus der Pöfäre zu ziehen suchte, daß der Ton der Hoffmann'schen Ausführungen ihn veranlasse, auf eine Antwort zu verzichten. Als ob es wirklich so sehr auf den Ton und auf die Form und nicht vielmehr auf den Inhalt ankäme!

Die Rede Hoffmanns ist eine fulminante Anklage gegen den Massenstaat und seine Vertreter, die dem Volke die Erzeugnisse der Forschung und der Wissenschaft vorenthalten, die Schule der Kirche untertänig machen und sie als Instrument im Kampfe gegen das Proletariat verwenden wollen. Mit gutem Humor und feiner Satire verstand der sozialdemokratische Redner es, bald der Rechten und dem Zentrum, bald der Regierung und ab und zu auch der Linken wohlverdiente Hiebe zu erteilen, und wenn ihn auch der Präsident v. Kröcher aus alter lieber Gewohnheit wieder einmal in ganz ungerechtfertigter Weise zur Ordnung rief, so konnte er seine Rede doch, ohne daß ihm das Wort entzogen wurde, zu Ende halten und das sozialdemokratische Schulprogramm entwickeln. Besonders eingehend beschäftigte er sich mit den unheilvollen Einflüssen der Kirche, mit der Behandlung der Dissidentenkinder, mit der Selbstverwaltung der Gemeinden, dem Lehrermangel und der Nichtachtung des Lehrstandes durch die Konservativen. Aber auch alle anderen Fragen, wie die der Unentschiedenheit des Unterrichts und der Vermittel, der Ausbildung einer Truppe von Lehrern durch den Reichslägerverband, der Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Organe der Schulverwaltung usw. zog er in den Bereich seiner Betrachtungen, so daß man seine Ausführungen getrost als eine gute Erläuterung der Grundsätze unserer Schulpolitik bezeichnen kann.

Vor ihm war Abg. Hoff (fr. Vg.) zu Worte gekommen, der u. a. auch die Nichtbeschäftigung unseres Genossen Dr. Duard als Mitglied der Schuldeputation zur Sprache brachte. Ministerialdirektor Schwarzkopff stellte sich auf den sattem bekantem Standpunkt, daß Sozialdemokraten grundsätzlich von den Schuldeputationen ferngehalten werden müßten, mit anderen Worten, daß der Grundsat der Gleichheit aller vor dem Geseh vor dem Tonen des Kultusministeriums halt zu machen habe.

Als erster Redner am Mittwoch ist Freiherr v. Jeditz eingezeichnet. Der Oberkammerherr wird wieder einmal eine seiner Reden gegen die Sozialdemokratie vom Stapel lassen — ein Beweis für die Wirkung der Hoffmann'schen Ausführungen.

Zur Vergeschnovelle.

Die Vergeschnen machen mobil gegen die Novelle zum Vergeseh. In mehreren Eingaben an die Kommission des Abgeordnetenhauses, die mit der Beratung der Materie betraut ist, geben sie ihre Wünsche kund. Dabei wird nach allen Regeln der Kunst die Statistik mißbraucht. Die Kommission hatte bekanntlich beschlossen, die Erzbergbaubetriebe von der famosen Institution der Sicherheitsmänner auszuschließen. Der Verein der Deutschen Kalilinteressenten verlangt nun, daß auch die Kaliwerke ausgeschlossen werden, und begründet seine Forderung damit, daß der Erzbergbau gefährlicher sei als der Kalibergbau. In der Petition wird auch der statistische Nachweis erbracht. Es verunglückten in Preußen im Jahre 1907 auf 1000 Arbeiter tödlich beim Vergbau von Mineralerz und Steinen . . . 1,760 beim Erzbergbau . . . 1,505

Dieser kleine Unterschied kommt nicht wesentlich in Betracht. Hinsichtlich der Verunglückungen durch Steinfall werden aus den Oberbergamtsbezirken Halle und Clausthal folgende Zahlen mitgeteilt:

Bezirk Halle: Erzbergbau . . .	0,729
Kalilalbergbau . . .	0,0
Bezirk Clausthal: Erzbergbau . . .	0,826
Kalilalbergbau . . .	0,473

Statt nun in Anbetracht der Tatsache, daß die Zahl aller Unglücksfälle im Erzbergbau größer ist als

diejenige des Kalilalbergbaues, zu verlangen, daß auch der Erzbergbau dem Geseh unterstellt wird, fordert man Verletzung der Kalilwerke!

Der „Oberhiesische Berg- und Hüttenmännische Verein“ verucht dagegen die relative Gefahr der Erzbergbau durch Zahlen aus dem Veitshener und Larnowitzer Bergrevier zu beweisen und bittet, es bei dem Ausschluß der Erzbergwerke zu belassen, verlangt aber primo loco Ablehnung der Sicherheitsmänner überhaupt. Falls aber die Kommission diesem menschenfreundlichen Vorgehen nicht stattgeben sollte, mutet man der Kommission zu, die obligatorische geheime Wahl der Sicherheitsmänner zu befechtigen! Im „Interesse des Deutschlands“ — gegen die großpolitische Agitation — im Interesse der nationalen Wohlfahrt! Gründe sind wohlfeil wie Brombeeren. Weil das Knappschloßgeseh in gleicher Weise verunglückt ist, soll auch diese harmlose „Nullisse“ zu einem Denkmal der Schande preussischer Geseh gemacht werden. Den Vergeschnen kann es nur recht sein, daß man das Geseh, wenn es schon ein Ausnahmegeseh gegen die Arbeiter sein soll, recht deutlich als ein solches kennzeichnet.

Wahregelung von Postbeamten.

Der „Post. Ztg.“ wird geschrieben: Das Reichspostamt hat gegen Oberpostassistenten Jollisch wegen einer Anzahl Artikel in der „Deutschen Postzeitung“ und eines Aufsatzes in der „Korrespondenz für Post und Telegraphie“, für deren Inhalt es den 1. Vorsitzenden des Verbandes verantwortlich machen will, auf Grund des § 10 des Reichsbeamten-gesehes die Eröffnung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziele auf Dienstentlassung unter sofortiger Amtsenthebung und Einbehaltung der Hälfte des Dienstverdienstes verfügt. Es will in den unter Anklage gestellten Artikeln eine Verhöhnung der Beamenschaft und eine Verunglimpfung der Reichs- und Staatsregierung erblicken. Der gesamten Postbeamenschaft ist es völlig klar, daß sich diese Maßnahme der Verwaltung nicht gegen die Person des Jollisch, sondern gegen den Verband richtet, der die Interessen der mittleren Postbeamten in klarer, entschlossener und zielbewusster Weise vertritt. Von einer verheerenden Wirkung der Organe des Verbandes hat die Beamenschaft selbst bis jetzt noch nichts verspürt. Daß die Forderungen der Postbeamten nicht übertrieben, sondern durchaus maßvoll sind, hat sogar der konservative Abg. Dr. Drösch am 23. April in der Budgetkommission des Reichstages anerkannt. Dagegen ist durch die Maßnahme der Postverwaltung eine ungeheure Erregung in die Beamenschaft getragen worden. Sie sieht den Stephanschen Geist wieder erstehen und glaubt ihre Staatsbürgerrechte, vor allen Dingen das Recht der freien Meinungsäußerung auf das schwerste bedroht. Plag die Disziplinaruntersuchung gegen Jollisch ausfallen wie sie will, die Postbeamenschaft behält das erforderliche Solidaritätsgefühl: sie wird den Mann, der unerträglich für ihre berechtigten Wünsche eingetreten ist, nicht fallen lassen.

Wenn die mittleren Postbeamten der Regierung ernstlich zu erkennen geben, daß sie sich den ihnen angedrohten Schlag gegen die Vertreter ihrer Interessen nicht gefallen lassen werden, so wird die Regierung es schwerlich auf einen Konflikt ankommen lassen.

Aber auch die unteren Beamten sollten an Energie hinter den mittleren Beamten nicht zurückbleiben, sondern sich ein für alle Mal das Organisations- und Beschwerderecht durch Petitionen, die Presse usw. erkämpfen. Wenn die Beamten jetzt vor der von konservativer Seite aufgewuschten Regierung kapitulieren und ihre Vertrauensleute widerstandslos maßregeln lassen, so werden sie künftig erst recht jeder Willkür preisgegeben sein.

Ein neuer Unfall des Freisinn in der Wahlprüfungs-Kommission.

In der Sitzung vom Dienstag wurde bei der Besprechung der Sieberschen Wahl abermals eine ganze Sitzung der Frage der politischen Agitation der Kriegervereine unter Führung der Landräte usw. gewidmet. Der General v. Spill hat: ein Gutachten abgegeben, wonach in den Kriegervereinen alles durch unabhängige, freie, selbständige Männer beschlossen wird; keinerlei amtlicher Einfluß hat sich je geltend gemacht; wenn den Reserveoffizieren nahegelegt wird, und zwar offiziell von den Bezirkskommandos, den Kriegervereinen beizutreten, so haben sie dennoch die „freien Willen“, das zu tun oder zu lassen usw. Hervorzuheben aus dieser Sitzung ist nur wieder einmal der völlige Unfall der Freisinnigen. Sowohl der freisinnige Abgeordnete Doermann, wie der freisinnige Abgeordnete Delbrück erklärten in voller Harmonie mit den Nationalliberalen und Konservativen, daß die Kriegervereine doch nicht deshalb als amtlicher Einfluß unterliegend angesehen werden könnten, weil Landräte und sonstige hohe Beamte an ihrer Spitze ständen; das sei doch beim Bunde der Landwirte auch der Fall, und man könne doch nicht sagen, daß der Bund der Landwirte ein amtlicher Verein sei oder amtlichen Einflüssen unterliege. So wurde denn bei der Abstimmung die Frage: „ob die politische Agitation der Kriegervereine auf Grund ihrer Organisation und ihrer Stellung zu den Behörden als unerlaubt zu betrachten sei“, mit 7 Stimmen gegen die 4 Stimmen des Zentrums, die Stimme des Sozialdemokraten und des Polen, verneint und damit für künftige Wahlen dem amtlichen Mißbrauch der Kriegervereine durch die Regierung für ihre politischen Zwecke von den Freisinnigen ein Freireis ausgestellt.

Was wird dazu Müller sagen, der noch vor wenigen Jahren im Reichstage öffentlich von dieser Sorte Kriegervereinen als „Kriegervereinen“ sprach?

Die Angst vor Neuwahlen hat doch nicht etwa die Freisinnigen veranlaßt, schon jetzt sich die Hilfe dieser freien, unabhängigen, selbständigen Männer zu sichern, wenn sie wie ein Hammelherde von ihren Vorgesetzten zur Wahlurne geführt werden?

Interessengegensätze im Zentrum.

Wie bei der Reichstags-Ergebnwahl in Aren-Jälich, so hat auch bei der Landtags-Ergebnwahl in Steinfurt-Abbau (Westfalen) ein Teil der Arbeiterwähler des Zentrums aufbegehrt. Von 549 Wahlmännern haben 341 für den Zentrumskandidaten Fabrikant Cohaas gestimmt, dagegen sind etwa 50 dem Arbeiterstande angehörende Wahlmänner, durchweg heil-geverkschaftlich organisiert, der Wahl fern geblieben, weil sie, wie es in ihrer an den Vorsitzenden des Kreiswahlkomitees gerichteten Begründung heißt, sich nicht dazu verstehen könnten, einen Mann zu wählen, der das Koalitionsrecht nicht respektiere!

Die „Kölnische Volkszeitung“ verurteilt zwar das Verhalten der streikenden Wahlmänner, aber sie meint doch, die Sache lasse sich hier wie in anderen Wahlkreisen, wo ähnliches stattgefunden habe, erklären. Im Wahlkreis Steinfurt-Abbau habe ein Arbeiter in einer Wahlmännerversammlung das Zentrum angeklagt, daß es sich früher nie um die Arbeiter gekümmert habe, wozu dann das rheinische Zentrumsblatt bemerkt:

„Wie Wahrheit liegt in diesem Sache, denn die Arbeiterchaft im nördlichen Münsterlande ist sich selbst überlassen geblieben. Kreise, die dazu berufen wären wegen ihrer Bildung und ihres Ansehens, rühren heute noch keinen Finger, um die katholischen Arbeiter politisch zu schulen.“

Darin liegt das Gesandnis, daß das Zentrum sich nur dann der Arbeiter erinnert, wenn sie es brauchen kann und wenn es fürchten muß, sie zu verlieren.

Zu derselben Nummer der „Allgemeinen Volkszeitung“ läßt sich der Generalsekretär Stegerwald vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften über das Thema „Zentrum und Interessengruppen“ aus. Stegerwald gesteht zu, daß in der letzten Zeit sich die Schwierigkeiten innerhalb der Zentrumsparthei gemehrt haben. Statt der idealen Interessen, wie im Kulturkampf, ständen in der gegenwärtigen Zeit die materiellen Interessen im Vordergrund, was natürlich, zumal sich die verschiedenen Interessengruppen organisiert hätten, auch auf das Zentrum zurückwirkte. Die katholischen Arbeiter beanspruchten nicht, daß ihre Interessen ausschließlich berücksichtigt würden, aber sie müßten auch dagegen protestieren, daß allen größeren Gewerkschaften allzu stark der agrarische Stempel aufgedrückt werde. Das ehemalige zu Recht bestehende Wort: „Dat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt“ sei heute, wo 70 Proz. der Bevölkerung in Deutschland außerhalb der Landwirtschaft ihren Lebensunterhalt finde, zur Agitationssphäre geworden.

Diesen Gedanken glaubt Stegerwald einmal „auszusprechen“ zu müssen gegenüber einzelnen Kreisen in der Zentrumsparthei, die meinen, der Arbeitereinfluß sei in der Parthei schon zu groß geworden. Demgegenüber sei darauf hinzuweisen, daß von den 107 Abgeordneten des Reichstagszentrums nur fünf Arbeitervertreter seien, während von der Stimmenzahl des Zentrums mindestens 35-40 Proz. aus Arbeiterkreisen stammten. Zudem sei ein Teil dieser Arbeitervertreter im Reichstage sowohl wie im preussischen Abgeordnetenhaus nur unter ganz besonders ungünstigen Umständen gewählt worden.

Der Generalsekretär vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften weist hin auf die zunehmende Industrialisierung Deutschlands, die daraus folgende Verächtlichmachung der christlichen Arbeiter, am politischen Leben und der parlamentarischen Vertretung in erhöhtem Maße teilzunehmen, und endlich auf das Interesse der Zentrumsparthei, dem intelligentesten und strebsamsten Teil der christlichen Arbeiterwelt die Mitarbeit in der Parthei nicht zu verweigern.

Das ist alles sehr referiert ausgedrückt, denn Herr Stegerwald ist ein zu guter Zentrumsmann, um seiner Parthei unangenehm zu werden. Aber trotz aller Zurückhaltung lassen die Äußerungen erkennen, wie mannigfaltig und wie tief die Interessengegensätze im Zentrum sind.

Sinter verschlossenen Türen

hielten am Sonntag die freisinnigen Volksparteiler des Bezirks Nordhausen ihren sechsten Parteitag in Langensalza ab. Herr Wiemer referierte selbst über die politische Lage. Nach seinem Vortrage wurde eine Resolution angenommen, worin die freisinnigen Abgeordneten ersucht werden, bei der Reform der Reichsfinanz das Schwergewicht auf direkte Reichsteuern zu legen. Einer Finanzreform, die bei 500 Millionen Mark nicht mindestens die Hälfte durch Steuern der besitzenden Klassen einbringe, dürfe die freisinnige Fraktion nicht zustimmen.

In einer Sonderberatung der Delegierten des Wahlkreises Mühlhausen-Langensalza wurde der Schwiegersohn des Abgeordneten Alb. Träger, Justizrat Max Lewin aus Berlin, als Kandidat des Kreises gewählt.

Russenprozesse.

Zu der in Dresden bevorstehenden Gerichtsverhandlung gegen russische Studierende wegen Geheimbündelei wissen bürgerliche Blätter zu melden:

Es befinden sich bis jetzt allein im Dresdener Untersuchungsgefängnis zwölf russische Gefangene, die der Geheimbündelei dringend verdächtig sind. Auch die Berliner politische Polizei nimmt an der Voruntersuchung Anteil. Kürzlich wurde noch ein der Berliner Polizei schon seit längerer Zeit verdächtiger Russe in Dresden verhaftet. Die in Dresden und in Berlin verhafteten Russen unterhielten lebhaften Verkehr mit dem in der Schweiz etablierten russischen Hauptkomitee. Die gesamte Korrespondenz soll in die Hände der Polizei gefallen sein.

Das beleidigte Dreiklassenparlament.

Am Donnerstag wird vor der Strafkammer in Raumburg gegen den Genossen Hermann Helbig-Leipzig verhandelt werden, der unter Anklage steht, das preussische Dreiklassenparlament beleidigt zu haben. Er soll im Vorjahre in einer Versammlung in Reik, die sich mit den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus beschäftigte, durch eine sehr respektvolle Äußerung den Trevel verübt haben.

Oesterreich.

Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses.

Wien, 27. April. Das Abgeordnetenhaus ist wieder zusammengetreten. Der Ministerpräsident und der Minister des Innern wurden von den tschechisch-radikalen mit anhaltendem Abzug- und Pfuirufen empfangen. Der Präsident des Hauses verlas eine Zuschrift des Ministeriums des Innern betreffend die Verhaftung zweier sozialdemokratischer Abgeordneten bei einem Streikauflauf in Wien. Das Haus beschloß Ueberweisung der Angelegenheit an den Verfassungsausschuß.

Der Handelsminister erklärte in Beantwortung einer Interpellation, die Regierung verharre auf dem der preussischen Regierung bekannt gegebenen Standpunkte, daß Oesterreich mit Rücksicht auf die durch die geplante Einführung von Schiffsahrtabgaben so überaus gefährdeten Interessen der österreichischen Elbeschiffahrt gezwungen sei, an den durch das Uebereinkommen vom 22. Juni 1870 zugesicherten Rechten festzuhalten.

Ministerpräsident Freiherr von Wienert führte aus, die bosnische Frage sei erledigt und die Friedensüberdacht wiederhergestellt. Das deutsch-österreichische Bündnis hat sich als besonders glanzvolles Instrument im europäischen Konzert erwiesen und wird, wie es seit dreißig Jahren die wirksamste Friedensgarantie bildet, diese Aufgabe auch in Zukunft erfüllen. Der Ministerpräsident betonte bezüglich der Türkei, welche neuerlich der Schachspiel erster Ereignisse sei: Es fehlt uns jeder Grund zur Einmischung. Wie bisher liegen wir dem Wunsch, das ottomanische Reich als starkes, selbständiges Staatswesen zu sehen.

Der Ministerpräsident hofft, daß trotz aller Schwierigkeiten die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Serbien zu einem den Interessen beider Teile entsprechenden Ergebnisse führen werden, und betonte, die Monarchie wolle mit allen Balkanstaaten in Freundschaft und Frieden leben und habe nur einen Ehrgeiz, sich auf dem Balkan alle Möglichkeiten der kulturellen Betätigung offen zu halten. Zum Schluß betonte der Ministerpräsident, daß die Regierung, getreu der ehelichen Absicht, einträchtig mit dem Parlamente zusammenzuarbeiten, an das Haus appelliere, zunächst die mit der Annexions zusammenhängenden Angelegenheiten zu erledigen. Der Ministerpräsident hob die Notwendigkeit der Erledigung des Staatsvoranschlags hervor, worauf er auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Reform der Gesetzgebung

hinwies. Die Abschleifung der nationalen und sprachlichen Gegensätze erweise sich als Volks- und Reichsnotwendigkeit.

Frankreich.

Die Maiseier.

Paris, 23. April. (Fig. Ver.) Die Maiseier war seit der unglücklichen Aktion für den Achtsundentag, die die revolutionären Syndikalisten 1906 unternommen hatten, wieder stark in Verfall geraten. Im vorigen Jahre ruhte in Paris nur ein Teil der feingewerblichen Arbeiterschaft und die Teilnahme der Arbeiterschaft an der Demonstration stand in Paris in einem Mißverhältnis zum ungeheuerlichen Polizei- und Militärapparat, den die Regierung aufgeboten hatte. In diesem Jahre wendet die Arbeiterkonföderation einen erhöhten Eifer daran, der Kundgebung neuerlich einen imponierenden Charakter zu verleihen. In einem Aufruf fordert sie zur Arbeitsruhe auf. Daß dieser Aufruf mit einigen syndikalistischen Radikalen und Gemeinplätzen aufgeputzt ist, erscheint als ein begriffliches Zugeständnis des jetzigen Vorstands an das lärmende Revolutionsrumor der dem Anarchismus zuneigenden Minorität, die ja nach einer Gelegenheit ausblüht, die „Reformisten“ des Verbands zu kompromittieren. Aus speziell französischen Verhältnissen hervorgegangen ist auch die Polemik gegen diejenigen, die die Maiseier als ein „Fest“ begehen wollen. Bekanntlich haben die Bourgeois-Radikalen den Gedanken der proletarischen Kundgebung durch die Schaffung eines offiziellen „Festes der Arbeit“ verflüchtigen wollen. Gegen sie wendet sich die Erklärung, daß die Maidemonstration ein Fest erst nach dem völligen Sieg der Arbeiterschaft werden könne.

Die sozialistische Parthei hat in St. Etienne gleichfalls einen Aufruf für die Arbeitsruhe erlassen. Ihre Teilnahme an den Demonstrationen ist in den verschiedenen Landesteilen verschieden. In Paris beherrscht der revolutionäre Syndikalismus in seiner anarchisierenden Abschaltung derzeit das Feld, dagegen wirken in überaus zahlreichen Provinzorten die Gewerkschaften mit den Parteiorganisationen wie früher zusammen. In Roubaix z. B. wird in der vom Gewerkschaftsverband organisierten Versammlung Genosse Jules Guesde sprechen.

Die Postbeamten haben die Arbeitsruhe als unzulässig abgelehnt. Die Beamten des Zentral-Telegraphenamts beschlossen indes, zum Zeichen ihrer Solidarität mit der übrigen Arbeiterschaft Redner in die Maiseierversammlungen zu entsenden. Dem „Temps“ genügt das, um die infame Heße gegen die politische und gewerkschaftliche Freiheit der Beamten vorzuführen. Die nationalistische Sensationspresse hingegen bietet ihre alten Tricks auf, den Spießbürgern vor dem 1. Mai Angst zu machen. Es scheint indes nicht, daß sie ihre Wirksamkeit bewahrt haben.

Als ein Kuriosum von der erwähnten Versammlung der Telegraphenbeamten mag verzeichnet werden, daß sie einstimmig einen Antrag annahm, der den Mitgliedern des Beamtenverbandes die Kandidatur für die Deputiertenkammer untersagt. Wenn die anderen Arbeiterkategorien auch so dächten, würde die Gesetzgebung und die Kontrolle der Verwaltung der Bourgeoisie und ihren Kreaturen vollständig in die Hände gespielt werden. Der konsequente Antiparlamentarismus bedeutete einen Idealtypus für die Nutznießer des bürgerlichen Staates.

Die Regierung und die Maiseier.

Paris, 27. April. Wie der „Matin“ erzählt, hat der Ministerrat, um für den Fall etwaiger Ruhestörungen am 1. Mai und im Falle einer Einstellung des telegraphischen Dienstes für die Regierung die Verbindungen zu sichern, eine Reihe besonderer Maßnahmen getroffen. In Ausführung der Beschlüsse des Ministerrates wurden mit funktentelegraphischen Stationen ausgerüstete Kreuzer beauftragt, an verschiedenen Punkten der Küste, bei Le Havre, St. Nazaire und an der Girondemündung, in Port Vendres und im Golf Juan, vor Anker zu bleiben. Diese Schiffe werden in Verbindung mit den funktentelegraphischen Stationen in Dieppe, Cherbourg, Vrest, Lorient, Rochefort, Toulon und Paris und mit verschiedenen militärischen Stationen den Telegraphendienst für alle größeren Plätze sichern.

England.

Der Zweimächtestandard.

London, 27. April. Unterhaus. Charles Craigh (konservativ) fragte, ob bei Abschätzung der Zahl der Schiffe, die nötig seien, um den Zweimächtestandard aufrechtzuerhalten, auch die Flotte der Vereinigten Staaten in Betracht gezogen werde. Der erste Lord der Admiralität MacKenna erwiderte, das sei eine akademische Frage, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Flotte der Vereinigten Staaten für die praktischen Zwecke des Zweimächtestandards, wie Asquith in seiner Rede über das Marinebudget ausgeführt habe, nicht in Berechnung gezogen würde.

Bulgarien.

Die Kammerwahlen.

Sofia, 27. April. Bei den Ergänzungswahlen für die Sobranje, die in vollständiger Ordnung und Ruhe verliefen, wurden 20 Regierungskandidaten und 3 Oppositionelle gewählt.

Persien.

Der Vormarsch der Russen.

Tiflis, 27. April. Nach hier eingegangenen Nachrichten haben die Militärabteilungen aus Alexandropol und Erivan, die der Expedition nach Persien zugeteilt sind, mit ihrer ersten Staffel die Grenze überschritten, wo 20 Werst von der Grenze entfernt der Anmarsch der übrigen Truppen abgewartet wird. Die Expedition richtet eine eigene Postverbindung ein.

Aus der Partei.

Eine treffende Charakteristik der „Sozialistischen Monatshefte“ gibt die „Schwäbische Tagwacht“ in ihren Bemerkungen zur Affäre Leuthner. Nachdem sie die Verwertung und begeisterte Anerkennung der Leuthnerschen Ausführungen in der bürgerlichen Presse, speziell im Stuttgarter „Schwäbischen Merkur“, dem Organ der württembergischen Nationalliberalen, geschildert hat, fährt sie fort: „Wenn dieser Artikel Leuthners ein einmaliger Seitenhieb des Verfassers und des Redakteurs der „Sozialistischen Monatshefte“ wäre, so könnte man mit einer kräftigen Zurückweisung die Sache für abgetan erklären. Aber das Uebel steckt tiefer. Der Artikel Leuthners ist nur ein Glied in der langen Kette der Versuche der „Sozialistischen Monatshefte“, die deutsche Sozialdemokratie etwa in das Fahrwasser zu bringen, in dem die Nationalsozialisten so elend gescheitert und untergegangen sind. Dem Schicksal, von der „Allgemein-Preussischen Ztg.“, der „Norddeutschen Allg.“, der „Kreuz-Ztg.“, dem „Schwäb. Merkur“ und dem Stuttgarter „Wochenspiegel“ gegen die deutsche Sozialdemokratie ausgedeutet zu werden, verfällt so

ziemlich jede Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“. Die Redaktion der Zeitschrift ist nicht schuldlos an diesem Erfolg. Sie scheint im Gegenteil alles darauf anzulegen, den Wert der „Monatshefte“ in den Augen der Gegner der Sozialdemokratie zu erhöhen durch möglichst häufige Angriffe auf die Grundzüge und Taktik der Sozialdemokratie. Die „Monatshefte“ leben förmlich von ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß neben der großen Zahl von Artikeln, die zum Vergnügen unserer Gegner aller Schattierungen alle vierzehn Tage den Weg aus den Spalten der „Monatshefte“ durch die ganze bürgerliche Presse antreten, auch ein Teil solcher Arbeiten Aufnahme findet, die ebensogut in jeder sozialdemokratischen Tageszeitung oder in der „Neuen Zeit“ stehen könnten. Daß die Verfasser der gegen die Haltung der Partei in allen nur denkbaren Fragen des öffentlichen Lebens gerichteten Artikel und die Redaktion der „Monatshefte“ der Ueberzeugung sein sollten, mit ihrem Treiben der Partei zu nützen, kann man kaum noch glauben. Denn allmählich wird es immer offenkundiger, daß das Bestreben, die Taktik der Partei den veränderten Bedingungen des politischen Kampfes anzupassen, auf ein größeres Hindernis stoßen kann, als die ewigen Revisionsversuche derjenigen Parteimitglieder, die keine andere Aufgabe mehr zu kennen scheinen, als den Gegnern zu Gefallen zu schreiben. Die Partei muß auf dem Wege der einfachen natürlichen Entwicklung diejenigen Korrekturen an ihrem Sein und Werden vornehmen, die aus der Umgestaltung der äußeren Verhältnisse sich von selbst ergeben. Wenn eine kleine Gruppe von Parteimitgliedern jede Frage politischer Charaktere treibhausmäßig zu fördern sucht, so trägt das in der Wirkung nur dazu bei, das starke Festhalten an nicht mehr zeitgemäßen Kampfmethoden zu unterstützen. So muß und wird auch der neueste Leuthnersche Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ in den Kreisen der Partei die Zahl der Freunde dieser Zeitschrift nicht mehren, sondern mindern. Bei den Feinden der Sozialdemokratie freilich wird dafür die Sympathie zu den „Monatsheften“ nur um so inniger werden.“

Zur Maiseier.

Die Veranstaltung eines Maiseierzuges genehmigte der Stadtmagistrat in Fürth. Im Zuge dürfen Fahnen und Embleme mitgeführt werden, doch hat er sich höchstens in viererlei zu bewegen, damit auch in engen Straßen noch der übrige Verkehr genügend Raum habe. In dem Zuge wird auch das alte Parteibanner Fürth erscheinen, das aus dem Jahre 1872 stammt und während des Sozialistengesetzes von der Polizei beschlagnahmt, auf einem Dachboden versteckt war. Die Genehmigung des Zuges erinnert an das anmutige Wechselspiel, das seit vielen Jahren zwischen Magistrat und Bezirksamt stattfand: der erstere genehmigte regelmäßig den Zug, das Bezirksamt verbot ihn, weil der Magistrat nicht Herr über seine eigenen Straßen war. Man hatte ihm die distriktpolizeilichen Beschlüsse abgenommen, weil er im Anfang der Herrschaft des Ausnahmegesetzes es nicht verhindert hatte, daß Genosse Weber in einer Versammlung in Fürth als Redner auftrat. Erst im vorigen Jahre wurde diese Degradation des Fürther Stadtmagistrats auf das unablässige Drängen der sozialdemokratischen Abgeordneten hin wieder rückgängig gemacht. Das Bezirksamt hat jetzt nichts mehr hineinzureden. Die Fürther Genossen haben die Absicht, diesen Maimzug recht imposant zu gestalten.

Die Holzarbeiter Nürnbergs haben schon vor drei Wochen beschlossen, den ersten Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Der Verband der Unternehmer drohte darauf, alle Feiertage bis 6. Mai auszusperren. Die Drohung hat jedoch nicht vermocht, die Holzarbeiter in ihrem Beschluß zu ändern.

Die Magdeburger Mandatspolitik.

Die „Volksstimme“ zu Magdeburg schreibt zu diesem Thema nach einer Blätterserie aus den Äußerungen der Parteipresse u. a.:

Zunächst polemisieren alle die Parteiblätter, trotzdem sie unseren Bericht meistens abgedruckt haben, gegen die Vorstellung, als ob die Redner und die Abstimmanden lediglich Spekulation auf die bürgerlichen Stimmen treiben wollten. Und beim Genossen Pannueloel vertritt sich der Gedanke so weit, daß er die Sprecher, die Genossen Winter, Fischer, Uebe, Kresino für „Revisionsisten“ hält und gegen ihre angeblich revisionistische Auffassung polemisiert. Er hat jedoch dabei ebenso wie die übrigen Kritiker daneben geäußert, denn die genannten Genossen werden es nach ihrer ganzen bisherigen Haltung weit von sich weisen, als „Revisionsisten“ zu gelten.

Die Gründe, die die gegen den Kandidaturvorschlag opponierenden Genossen vortrachten, gehen vielleicht aus unserem Bericht nicht in kristallklarer Klarheit hervor, aber man kann sie bei aufmerksamer Lesen doch herausfinden. Wenn z. B. Genosse Uebe hervorhob, daß der Kreis Halbes-Bäckerleben durch das Eingreifen des Kandidaten Schmidt wiedergewonnen sei, nachdem er während Schmidts Inhaftierung verloren gegangen war, so geht aus diesen Ausführungen lediglich hervor, daß Uebe die Möglichkeit eines temperamentvolleren Eingreifens des Kandidaten herbeiführen will. Und wenn Genosse Fischer ausdrücklich auf das Alter des Genossen Pannueloel hinwies — auch das steht im Bericht —, so meint er damit, daß ein jüngerer Kandidat tatkräftiger die Agitation betreiben könne.

Wir halten die Gründe, die jene Genossen vorgebracht haben, nicht für richtig, aber so ganz abwegig, wie sie einzelne Parteiblätter und auch die Korrespondenz des Genossen Pannueloel finden, scheinen sie uns doch nicht zu sein. Daß Genosse Pannueloel noch recht rüstig ist und daß er aus diesem Grunde noch lange kandidieren könnte, ist unsere Meinung, ebenso wie die der sämtlichen Parteifunktionäre in Magdeburg. Wenn aber die Mehrheit der Versammlung über diesen Punkt anderer Meinung war, so berechtigt das keineswegs zu der Behauptung, wie sie das Rostocker Parteiblatt aufstellt, daß die Magdeburger Parteigenossenschaft noch hinter der von Pannueloel und der Kohnkelei zurückstehe.

Man kann den Beschluß der Generalversammlung bedauern, aber daraus auf mangelnde sozialistische Schulung zu schließen, erscheint uns sehr wenig angebracht. Dagegen ist der Vorwurf sicher nicht unbedeutend, daß eine so wichtige Generalversammlung nur von 240 Genossen besucht war. Die nächste Versammlung, die sich mit der Kandidatenfrage beschäftigt, wird hoffentlich einen besseren, der Sache würdigeren Besuch aufweisen.“

Die Budgetbewilligung in Frankfurt a. M. Eine gut besuchte Parteiverammlung beschäftigte sich mit der Bewilligung des Frankfurter Budgets durch die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion.

Eine Resolution, in der den sozialdemokratischen Stadtverordneten ein Tadelvotum ausgestellt werden sollte, wurde nach mehrtägiger Debatte mit überwiegender Mehrheit abgelehnt, doch wurde allgemein dem Genossen Hüttmann darin zugestimmt, daß in Zukunft jedes Jahr vor der Stadtberatung eine gründliche Aussprache zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und dem Vertrauensmännerdörper stattfinden solle, um derartige Differenzen in Zukunft zu vermeiden.

Unsere Toten.

In Beerfelden im Odenwald starb ein Veteran der Arbeiterbewegung, der Schneidermeister Gottlieb Groß. Er gehörte zu jenen Genossen, die seiner Zeit unter dem schandbaren Ausnahme-gesetz persönlich schwer zu leiden hatten. Als das traurige Treiben der Gegner bei den Anghwahlen von 1887 erreichte, daß der kleine Belagerungsstand über Stadt und Kreis Offenbach verhängt wurde, wurde G. Groß als erster mit seiner Familie aus Offenbach ausgewiesen. Er hatte das scharfe Schwert des Vertriebenen begehren, den in Frankfurt a. M. ausgewiesenen Genossen Gastwirt Emil Fleischmann ohne polizeiliche Anmeldung zu beherbergen. Genosse Groß wandte sich mit seiner Gemahlin, die nicht allein die familiären, sondern auch die Leiden und Arbeiten der Partei mit ihrem Gatten treu teilte, nach Beerfelden im Odenwald, wo er bis zu seinem Tode wohnte. Dort in den engeren

Fältern des Odenwaldes hat Groß dann auf vorgeschobenem Posten bis an sein Ende für die Partei gewirkt. Nun hat der Tod ihm die Axtel aus der fleißigen Hand genommen. Ehre seinem Andenken!

Eine Gemeindevorkonferenz

für Sachsen-Weimar fand am 24. April im Volkshaus in Weimar statt. Anwesend waren aus 25 Orten 42 Genossen, unter ihnen waren 24 Gemeindevorkonferenzmitglieder. Nach einem sehr instruktiven Vortrage des Genossen Leber-Jena über die neuesten Kommunalsteuerprojekte wurde ein Antrag angenommen, der es den Genossen zur Pflicht macht, für die Einführung einer durchgreifenden Wertzuwachssteuer einzutreten. Bei der Aufnahme von Anträgen zur Förderung moderner kommunaler Einrichtungen sollen unsere Genossen keine ablehnende Haltung einnehmen. Für eine weitergehende progressive Steigerung der Einkommensteuer soll überall eingetreten werden.

Aus Industrie und Handel.

Der Welthandel im Jahre 1908.

Die auf dem Wirtschaftsleben der Völker lastende Krise hat im letzten Jahre einen fast allgemeinen Rückgang der internationalen Handelsbeziehungen zur Folge gehabt. So weit bis jetzt Angaben vorliegen, betragen in Millionen

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1907	1908	1907	1908
Deutschland	8 600,9	8 180,9	8 730,8	6 640,6
Großbritannien	12 920,8	11 880,1	8 524,1	7 544,0
Frankreich	4 984,0	4 873,0	4 218,0	4 477,0
Rußland (11 Monate)	1 335,1	1 415,3	1 976,0	1 842,7
Schweiz	1 349,9	1 289,9	922,3	630,6
Spanien	792,3	707,1	742,6	712,3
Vereinigte Staaten	5 976,6	4 697,2	8 076,6	7 982,6
Mexiko	505,4	340,6	526,6	457,3

Fast alle Länder weisen gegen das Vorjahr einen Rückgang sowohl im Einfuhr- als auch im Ausfuhrhandel auf. Am stärksten ist dieser Rückgang in Mexiko, wo er in der Einfuhr 31 und in der Ausfuhr 13 Prozent beträgt und in den Vereinigten Staaten, deren Einfuhr sich um 21 Prozent und deren Ausfuhr sich um 8,8 Prozent vermindert. In Deutschland beträgt das Minus in der Einfuhr 4,9, in der Ausfuhr 1,4 Prozent. Die ersten Monate des neuen Jahres weisen für einzelne Länder eine leichte Besserung, für andere dagegen noch eine weitere Verschlechterung des Außenhandels auf.

Die Peters-Gründung. Wiederholt haben wir auf eine in Aussicht stehende Gründung des Dr. Peters aufmerksam gemacht. Jetzt wird eine Zeichnungsaufforderung veröffentlicht zur Gründung einer Deutschen Ophir-G. m. b. H. Nach dem Projekt wird die Gesellschaft gegründet, um vier Goldminen in der Nähe von Macequece (Chafrika, Eisenbahnstation) an der Rhodesischen Grenze auszubeuten. Die Minen sind bereits durch Schachte und Tunnel aufgeschlossen (über 10 000 Fuß), zwei Hochwerke von je 10 Stempeln und Minenbahn um. errichtet. — Die Deutsche Ophir-Gesellschaft soll die Vorkaufsverbindungen erweitern und zur sachgemäßen Ausbeutung streben.

Zu den Gründern gehört Dr. Karl Peters, London, Reichskommissar a. D. — Peters, Goldminen und m. b. H., das wird wohl gehen.

Wirtschaftliche Verhältnisse in der Türkei.

Die Ereignisse in der Türkei lenken die Aufmerksamkeit auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes. Der agrarische Charakter des Staates kommt in allen seinen Teilen zum Ausdruck; aber die Landwirtschaft steht auf einer so tiefen Stufe, daß sie trotz der Ertragslosigkeit des Bodens bei weitem nicht jene Erträge liefert, wie etwa die südamerikanischen Getreidestaaten oder die Farmen Nordamerikas und Kanadas. Der wesentliche Grund hierfür ist in den Eigentumsverhältnissen zu suchen, sowie in den räuberischen Erpressungen der türkischen Behörden und ihrer Parasiten an den Bauern. Die Nutznießer des Bodens sind die hohen Beamten und Güntlinge des Sultans und der Paschas, denen der Grund gehört. Die Bewattung ist zudem ganz irrational, erfolgt nach primitiven Methoden; Kommunikationsmittel (Eisenbahnen) fehlen nahezu vollständig. Der Mangel an Verkehrsmitteln hindert auch die Exploitation der Mineralvorkommen, an welchen insbesondere Kleinasien reich ist (Eisenerze, Mangan, Kupfer, Zink, Blei, Schwefel, Kohle). Mühte doch deswegen sogar die Chromgewinnung in Rhododendron (Mazedonien) eingestellt werden (1907). Erwähnenswert sind nur die Asphaltgruben von Selimiya, wo circa 400 Mann beschäftigt werden. Die Industrie spielt deshalb noch gar keine Rolle. Wie ein Konsularbericht konstatiert, sind alle bisher unternommenen Versuche, ein industrielles Unternehmen von irgend einer Bedeutung ins Leben zu rufen — sowohl in der europäischen wie in der asiatischen Türkei — gescheitert. In und bei Konstantinopel gibt es eine Bierbrauerei (Produktion: 35 bis 40 000 Hektoliter pro Jahr), einige Teppichfabriken, eine Tuchfabrik, Mühlen; in Mazedonien ein paar Sägmühlen, Gerbereien, Teppichwebereien, Oelmühlen und Raffinerien; in Kleinasien Seidenwebereien, Gerbereien, Färbereien, Mühlen, Pflanzereien; ebenso in Syrien, wo überdies noch die Seifenindustrie und die Seilerzeugung größeren Umfang aufweist, so daß sie sogar für den Export arbeitet. Alles übrige ist Kleinhandel, das nur für den Lokalbedarf produziert. Die einst blühende Edelmetall- und Waffenindustrie in einzelnen Gegenden Mazedoniens geht zurück, weil der Import und — der Schmuggel sie erdrückt. Da das Schienennetz, wie erwähnt, noch sehr klein ist, bilden Oasensaraken und Kamelkarawanen das hauptsächlichste Transportmittel. Allein von Trapezunt nach Tabriz in Persien verkehren jährlich 6 bis 6000 Kamelle. Die Folge dieser Rückständigkeit ist, daß fast alle Gebrauchsgüter aus dem Ausland bezogen werden müssen. Sogar der Quarz, den eine Glasfabrik am Schwarzen Meere verarbeitet, wo es von diesem Rohstoff große Lager gibt, wird aus — Hamburg bezogen. Daß ein solcher Staat als Hauptobjekt heutiger Kapitalisten und imperialistischer Politik gilt, versteht sich von selbst. Der brachliegende natürliche Reichtum des Landes löst nicht bloß den russischen Varen, der türkische Honig würde auch anderen schmecken. Vorläufig muß man sich mit dem Handelsverlehe begnügen. Daran sind außer England, Frankreich und Italien insbesondere Deutschland und Oesterreich-Ungarn, in weiterer Linie auch Rußland und die Vereinigten Staaten beteiligt. Der Gesamtwert des deutschen Exports nach der europäischen Türkei belief sich 1907 auf 51 266 000 M. Die wichtigsten von Deutschland eingeführten Waren sind: Baumwollgewebe (3 Millionen Mark), wollene Kleiderstoffe (5 Millionen Mark), wollene Wollwaren (2,2 Millionen Mark), Seide, Halbschleide (1,4 Millionen Mark), Metalle und Metallwaren, Patronen (3,17 Millionen Mark) und Kanonrohre, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Farben und Farbstoffe. Der Wert der eingeführten Maschinen (Lokomotiven, Lokomobile, Turbinen usw.) war 1,241 Millionen Mark. Nach der asiatischen Türkei exportierte Deutschland 1908 für 22,555 Millionen Mark, nach Kleinasien für 44,553 Millionen Mark. Charakteristisch für die Armut der Bevölkerung ist die Tatsache, daß noch allenfalls im Wege des Kaufhandels vollzieht: Geld haben die Türken nicht. Trotzdem ist der Handel sehr lohnend für die Exportstaaten.

Gewerkschaftliches.

Die Arbeiterpolitik des Berliner Rathausfreisinn.

Dieses Thema behandelte Stadtverordneter Dr. S. Behl in erschöpfender Weise und mit gründlicher Sachkenntnis in einer gut

besuchten Versammlung aller städtischen Arbeiter, Handwerker und Angestellten. Dem Vortrag schloß sich eine rege Diskussion an, in der noch Wuyki die Ausführungen des Referenten wirkungsvoll ergänzte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die im Kellerischen Saal tagende, von städtischen Arbeitern, Handwerkern und Angestellten zur Besuche Versammlung nimmt unter lebhaftem Mißfallen Kenntnis von der fast völligen Auserachtlassung der Arbeiteranträge in der letzten Statberatung. Denn weder der nur in einzelnen Betrieben durchgeführte Neunstunden-Arbeitstag, noch die vom Magistrat verfügte Bestimmung über die Ueberstundenbezahlung vermag zu befriedigen, da die letztere Maßnahme eine träge Ungerechtigkeiten hervorruft. Die Forderung der Ueberstundenbezahlung vermag zu befriedigen, da die letztere Maßnahme eine träge Ungerechtigkeiten hervorruft. Die Forderung der Ueberstundenbezahlung vermag zu befriedigen, da die letztere Maßnahme eine träge Ungerechtigkeiten hervorruft.

Die Versammelten erklären ausdrücklich, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten und deren Anerkennung durchzusetzen. Sie appellieren zu diesem Zwecke an die gesamte Kollegenchaft und machen es allen in städtischen Betrieben Beschäftigten zur unabwendbaren Pflicht, sich ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung, dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzuschließen, um in solidarischem Zusammenwirken bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

In einer Versammlung der städtischen Gärtner, die in der vorigen Woche stattfand, wurde ebenfalls lebhaft Klage über die Arbeitsverhältnisse geführt und namentlich über unzureichende Unterkunftsräume im Schillerpark geflaggt. Diese Versammlung nahm folgende Resolution an:

Die zahlreich versammelten Gärtner der Berliner Parkverwaltung protestieren ganz entschieden dagegen, daß trotz der notorisch niedrigen Löhne der Gärtner der Magistrat eine Erhöhung der Löhne abgelehnt hat. Die Versammelten stellen fest, daß die Löhne der Gärtner um 0,50 bis 1 M. pro Tag hinter denen der übrigen bei der Stadt Berlin beschäftigten gelehrten Arbeiter zurückstehen.

Dem Ausschuss spricht die Versammlung ihr tiefstes Bedauern aus, daß derselbe nicht energisch genug die Interessen der Gärtner vertreten hat, und beauftragt denselben, die Forderungen dem Magistrat der Stadt Berlin alsbald nochmals zu unterbreiten. Die Versammelten verpflichten sich, künftighin die Tätigkeit ihres Ausschusses sorgfältig zu verfolgen und einig zusammenzuführen.

Vorstehende einstimmig angenommene Resolution ist durch den Ausschuss sofort der städtischen Berliner Parkverwaltung zu unterbreiten.

Der Kampf der Bauklemper.

Am 1. April hatten die Unternehmer die Aussperrung der Bauklemper in Szene gesetzt, freilich nur mit einem recht mangelhaften Erfolge, den die Arbeiter selbst aus taktischen Gründen erst vollständiger machen mußten. Am Montag, den 26. April, wollten die Unternehmer die Aussperrung wieder aufheben und öffnen ihre Betriebe. Aber der Erfolg dieser Maßnahme war erst recht lässlich, da die Arbeiter bereits eine so starke Position im Kampfe errungen hatten. Am Abend des 26. April kamen die Klemper Berlins in Keller Saal, Spänner Straße, zusammen, um sich über den Stand der Bewegung eingehend unterrichten zu lassen. Adolf Cohen hielt das Referat, in welchem er zuerst eine Ueberblick über die einzelnen Phasen des Kampfes seit dem 1. April gab. Mit Befriedigung konnte er feststellen, daß die Taktik der Unternehmer von zahlreichen Fehlschlägen begleitet war, während die Taktik der Arbeiter zu stetigen Fortschritten führte. Die Klempermeister wurden ins Joch der Bauunternehmer gespannt. Die hochwichtige Forderung der Akkordarbeit stand im Vordergrund. Diese Forderung durchzusetzen wurden die Klempermeister für den Verband der Baugeschäfte ins Treffen geführt. Der Plan gelang nicht; die Arbeiter leisteten zu starken Widerstand. Die Aufhebung der Aussperrung verfehlte ihre Wirkung, da der erwartete Zugang von auswärtigen nicht eintraf. Man sprach von ganzen Streikbrecherzügen, die am Montag morgen eintreffen sollten; am Anhalter Bahnhof wurden 150 Mann erwartet. Die Arbeiter hielten scharfe Wacht, aber sie konnten die erwarteten Streikbrecher nicht entbinden. Hier kamen zwei aus Rajenburg, dort kam einer und wieder einer; aber im Arbeitsnachweis in der Dresdener Straße blieb es still. Die Anstrengungen der Unternehmer waren wieder selbgeschlagen. Dagegen hat die Streikleitung von 47 Firmen, die insgesamt 260 Mann beschäftigen, Unterschriften erhalten, durch die der Tarifvertrag der Arbeiter anerkannt wird, 47 Firmen bis Montag abend um 7 Uhr, und im Laufe des Abends meldete sich die 48. Firma. Den Vorstandsmitgliedern der Innung und der freien Vereinigung sind noch keine Verträge zur Unterschrift vorgelegt worden; aber man wird vielleicht auch dazu kommen, um wieder geordnete Verhältnisse herzustellen. Diese Meister werden bald einsehen lernen, daß sie einfach beiseite geschoben werden, wenn sie in ihrem Widerstand beharren. Sie können die Situation nicht so beherrschen, wie sie glauben. Das solidarische Verhalten der Bauarbeiter erwählte Cohen in sehr lobender Weise und er nahm Veranlassung, ihnen öffentlich Dank und Anerkennung auszusprechen. Die Kämpfenden hegen die Hoffnung, daß sie auch fernerhin in derselben Weise unterstützt werden. Cohen betonte, daß die Arbeiter bei einem solchen Appell keinen besonderen Druck auszuüben nötig haben; sie rechnen mit dem Klassenbewußtsein der Arbeiter. Wie anders ist es bei den Unternehmern! Diese drohen mit den schärfsten Zwangsmaßnahmen, sie versuchen, jeden geschäftlich zu ruinieren, der nicht zu ihrer Sache hält, das haben sie in ihren Zielsetzungen deutlich ausgesprochen; sie verfolgen jeden, der mit den Arbeitern eine Verständigung sucht. Da kommt kein Staatsanwalt, um sie anzuklagen! Wollten die Arbeiter in ähnlicher Weise vorgehen, so könnten sie sicher sein, daß ein öffentlicher Ankläger in ihrem Verhalten Erpressung und Mordtätigkeit finden würde. Die Unternehmer haben eine Liste mit den Namen der Firmen herausgegeben, die den Tarif bewilligt haben. Diese Liste ist sehr unzuverlässig und enthält auch nur 14 Namen. Man möchte gern familiäre Namen erfahren, aber die Streikleitung wird keinen Namen preisgeben ohne die Zustimmung der Firma selbst, die bewilligt hat.

Die Arbeiter halten ihre Forderungen aufrecht und werden den Kampf, den die Unternehmer selbst heraufbeschworen haben, weiterführen, bis er mit einem vollen Erfolge endet.

Lebhafter Beifall folgte dem Vortrage. Eine Diskussion fand nicht statt.

Am Dienstag morgen versammelten sich die ausständigen Bauklemper im Gewerkschaftshaus. Senfation erregte es, als Cohen bekannt machte, daß am frühen Morgen schon vier weitere Firmen ihre Unterschriften angemeldet haben, so daß bis Dienstag 52 Firmen den Tarif unterzeichnet

haben. Cohen meinte, wenn es so weiter gehe, könne der Kampf in der Hauptsache bis Ende nächster Woche schon als gewonnen gelten. Eine schätzenswerte Hilfe wäre noch ein guter Regen, den die Klempermeister sehr fürchten. Von dem erwarteten großen Zugang von auswärtigen ist, wie aus der Diskussion hervorging, fast gar nichts zu bemerken. Die Zahl der Arbeitswilligen ist sehr gering. Ein Redner meinte, man könne sich weniger über die Auswärtigen als über Berliner beklagen; da würden manche junge Burschen angestellt, die sehr dreist auftreten. Viele Klagen wurden darüber geführt, daß „Mahlteig“ aus Wiesenthal's Organi-

tion Streikarbeit betriebe. Wiesenthal hat in seiner Zeitung bekannt gemacht, daß dergleichen nicht gestattet sei und mit dem Ausschluß aus der Organisation bestraft werden würde. Wenn aber der Vorwand gebraucht wird, daß es sich um Hochlagerarbeiten handelt, dann bringt der „Allgemeine Metallarbeiter-Verband“ gerne seine Arbeitslosen unter solchem Vorwand unter.

Die Streikposten erzählten von ihren Erfahrungen mancherlei. So wurden zwei Posten von einem Vertreter der Firma Dietrich angedrückt mit den Worten: „Ihr dreißige Gesellschaft!“ Gegen diesen Mann soll die Beleidigungsklage angehängt werden. Ein Posten erzählte, daß auf Bauten der Firma Marx im Grunewald am Sonntag wieder gearbeitet wurde. Zugang von auswärtigen ist fast gar nicht gefunden worden. Für die nächsten Tage müssen die Streikposten besonders aufmerksam sein.

Deutsches Reich.
Ein Streik der Kostümschneider droht erneut in Köln auszubrechen. Der vor einigen Wochen ausgebrochene Streik wurde zugunsten der Ausständigen beendet, wobei die Vereinbarung getroffen wurde, daß Maßregelungen Streikender nicht stattfinden dürften. Nun hat aber die große Damenschneidefirma Hirsch u. Co., ein internationales Geschäft, die Schneiderrinnen, die an dem Streike teilnahmen, nicht wieder eingestellt. Ein Schiedsgericht der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen kam nicht zustande. Die Firma wird gesperrt werden. Wenn der Arbeitgeberverband, dessen Sitz in München ist, nicht anerkennt, daß eine Maßregelung vorliegt, wird es in Köln zur allgemeinen Arbeitseinstellung in der Kostümbbranche kommen.

Die Schuhmacher in Wiesbaden sind in den Streik getreten; die Christlichen haben sich dem Streik angeschlossen.

Arbeitsniederlegung der Pflasterer in Dresden. Die im Pflasterergewerbe bei Privatunternehmern in Dresden beschäftigten Arbeiter beschloßen, die Arbeit niederzulegen, um die Verhandlungen über einen neuen Lohnvertrag zu beschleunigen. Die vom Stadtrat in Regiearbeit beschäftigten Pflasterer werden von dem Beschlusse nicht berührt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Ausrufung des neuen Sultans. Konstantinopel, 27. April. (W. T. V.) Von unserem Privatkorrespondenten. Die feierliche Ausrufung Reschad Effendi als Sultan Mohammed V. erfolgte im Kriegsministerium. Der Scheich ul Islam verlas ein Fetwa und sprach die bei dieser Gelegenheit gebräuchlichen Gebete.

Abdul Hamids Sündenregister. Wien, 27. April. (W. T. V.) Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Konstantinopel gemeldet wird, besagt der Fetwa, der in der Nationalversammlung verlesen wurde, folgendes: Wenn der Kalif mit Unrecht Menschen hinmorden läßt, wenn er zwischen den Nationen Anlaß zu Unruhen gibt, wenn er beschworen hat, die Nationen zu organisieren und gewisse verbotene Handlungen nicht mehr zu begehen und dann meinelidig wird, wenn die Provinzen erklären, daß der Sultan entthront ist und sie ihm nicht mehr gehorchen wollen, dann haben die Weisen des Volkes zu entscheiden, ob die Entthronung oder die Abdankung angezeigt ist. Nach der Verlesung erklärte der Präsident des Senats, Said Pascha: die Weisen des Volkes sind wir und unter uns kann kein Zweifel sein, daß Abdul Hamid zu entthronen sei. Unter frenetischem Beifall nahm die Versammlung den Vorschlag an.

Russenfeindliche Stimmung in Persien. Petersburg, 27. April. (W. T. V.) Die Abendblätter melden von einer beginnenden russenfeindlichen Volksbewegung in Nordpersien. 25 Werst südlich Dschulfa sei eine Kosakenabteilung von persischen Reitern beschossen worden. In Meshk und Giljan hätten große Protestversammlungen gegen den Einmarsch der Russen stattgefunden. Es sei beschlossen worden, den Russen bis zum letzten Blutstropfen Widerstand zu leisten, auch die Frage des heiligen Krieges sei erwogen worden. Ferner wird gemeldet, daß eine starke, vorzüglich bewaffnete Nachtlarenabteilung unter Tachtamud, Sultan von Ispahan, nach Teheran gegen den Schah marschiert. Vor Enseli, Alexanderan und Wenderiges liegen russische Transportschiffe bereit.

Ein Amtsdichter als Gesichtsverleher. Posen, 27. April. (W. S.) Bei Lissa fand zwischen einem Amtsdichter und einem Offizier ein Duell statt wegen einer Liebesaffäre. Der Amtsdichter wurde schwer verletzt.

Massenerkrankungen beim Militär. Metz, 27. April. (W. S.) Wie die Blätter melden, sind 160 Soldaten des 12. sächsischen Infanterieregiments erkrankt, wahrscheinlich infolge Genußes verdorbener Wurst.

Neue Unruhen in Marokko. Paris, 27. April. (W. T. V.) Nach den aus Fez kommenden Nachrichten hat sich die Lage für Mulah Hasid verschlimmert. Alle Stämme befinden sich in lebhafter Erregung. Viele haben sich zusammengeschlossen und für El Moghi erklärt; die hasiditisch gesinnten Stämme sind von El Moghi abgesetzt worden. Einige kleinere Stämme suchen mit ihrem Hab und Gut in Fez Schutz.

Seilbruch. Leuthen, 27. April. (W. S.) Auf der Brzem-Große riß das Seil des Förderkorbes, der mit furchtbarem Gewalt in den Schacht hinabfiel. Der Obersteiger Brüdner wurde getötet, mehrere andere Personen verletzt.

Der Pleitegeier. München-Gladbach, 27. April. (W. S.) Die Buchdruckerei des Zentrumsblattes „Gladbacher Merkur“ meldet den Konkurs an. Der „Merkur“ stellte endgültig sein Erscheinen ein.

Zur Explosion auf dem Unterseeboot. Neapel, 27. April. (W. T. V.) Nach den letzten Feststellungen sind bei der Explosion auf dem Unterseeboot Foca elf Personen getötet und zwölf verletzt worden; eine wird vermisst.

Boul Singer & Co., Berlin SW, Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

249. Sitzung vom Dienstag, den 27. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratlich: Dr. Nieberding. Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes wird fortgesetzt.

Die Beratung beginnt bei den Paragraphen über die Eidesleistung von Zeugen und Sachverständigen. Abg. Kirsh (Z.) begründet hierzu den Antrag, aus dem Zeugeneid fortzulassen, daß der Zeuge „nichts hinzugesagt“ habe. Auch die Worte, daß er „nichts verschwiegen habe“ hält er für überflüssig, es genüge für den Zeugen, zu schwören, daß „er die reine Wahrheit gesagt habe“.

Abg. Heinze (natl.) bittet, diesen Antrag abzulehnen, ebenso Staatssekretär Dr. Nieberding. Abg. de Witt (Z.), Storz (Deutsche Sp.), Dr. v. Dziembowski (Pole), Dr. Frank-Mannheim (Soz.) dagegen befürworten den Antrag Kirsh; Doktor Frank (Soz.) weist darauf hin, daß die Weglassung der Worte, der Zeuge habe nichts hinzugesagt, eine wünschenswerte Vereinfachung des Eides bedeute.

Der Antrag Kirsh wird mit großer Mehrheit angenommen. Ferner liegt ein Antrag Dr. Ablas (fr. Sp.) vor, dem § 481 einen Absatz zuzufügen, wonach denjenigen, welche die Anrufung Gottes in der Eidesformel zurückweisen, gestattet wird, zu sagen: „Ich schwöre“.

Abg. Dr. Ablas (fr. Sp.): Es sollte niemals ein gesetzlicher Zwang ausgeübt werden, das jemand etwas tut, was seinem sittlichen Empfinden widerspricht. Daß jemand in dem Augenblick, wo die Pflicht zur Wahrhaftigkeit ihm besonders feierlich zu Gemüte geföhrt wird, zur Unwahrheit gezwungen wird, spricht den fundamentalsten Grundsätzen der Sittlichkeit Hohn. Am liebsten wäre es mir, wenn die religiöse Eidesformel ganz abgeschafft und durch eine staatslich-weltliche ersetzt würde; doch glauben wir doch für keine Mehrheit zu finden. Für unseren Antrag, wie er jetzt vorliegt, können aber auch die Parteien stimmen, welche an der religiösen Eidesformel festhalten wollen, vor allem das Zentrum, das ja erklärt hat, es sei jedem Zwange in religiösen Dingen abhold. Möge der Reichstag beweisen, daß es ihm Ernst ist mit dem Schutze der religiösen Freiheit. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Heinze (natl.) [Berichterstatter]: Bedauerlicherweise hat der Antrag Ablas der Kommission nicht vorgelegen, dort hätte sich vielleicht ein Weg finden lassen. In der vorliegenden Form ist der Antrag Ablas nicht annehmbar, denn ein Eid ohne Anrufung Gottes ist seinem Begriffe nach kein Eid. Dem Wunsch des Abg. Ablas ließe sich vielleicht Rechnung tragen durch Ausbau des § 484, wonach Betuerungen unter gewissen Umständen der Eidesleistung gleich gesetzt werden.

Abg. de Witt (Z.): Ich muß dem Abg. Ablas eine Enttäuschung bereiten, wir lehnen seinen Antrag ab.

Abg. Schrader (fr. Sp.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Ablas an.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Kamens der verbündeten Regierungen habe ich zu erklären, daß der Antrag Ablas unannehmbar ist. (Bravo! im Zentrum.) Die weitaus größte Zahl der Deutschen hängt noch am Glauben (Sehr richtig im Zentrum und rechts), und nach deren Bedürfnisse müssen die Gesetze gemacht werden. Wenn es eine Lüge sein soll, daß ein Dissident den Namen Gottes beim Eide anrufen soll, so ist es doch eine noch größere Lüge, wenn er in einer Religionsgemeinschaft bleibt. (Zuruf links: Wer befreit das?) Würden wir den religiösen Eid fallen lassen, so würde die Gefahr der falschen Aussagen vor Gericht sehr erheblich steigen. Das weiß jeder, der die Verhältnisse kennt. (Zustimmung im Zentrum und rechts.)

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.):

Die Erklärung des Herrn Staatssekretärs hat mich nicht überrascht. Die verbündeten Regierungen, in deren Namen er gesprochen hat, sind nur eine andere Bezeichnung für Preußen, und die Stimmung, die in Preußen gegenüber den Dissidenten herrscht, hat man ja an dem Beispiel der freireligiösen Gemeinde Breslau gesehen, der man unterjagt hat, ein ihr zugesandenes Legat anzunehmen. Zunächst hat der Herr Staatssekretär zur Begründung der Stellung der Regierung ein demokratisch annütendes Argument vorgebracht: die große Mehrheit des deutschen Volkes sei nicht freireligiös gesinnt. Aber er wird doch nicht behaupten wollen,

daß die große Mehrheit des deutschen Volkes zu den Nennonten zählt (Heterleit) oder zu einer der anderen Sekten, für welche unsere Prozeßordnung statt des Eides das Ablegen einer Betuerung gestattet. Und darum allein dreht es sich. Der Antrag Ablas ist ein Ausfluß der allerprimärsten Toleranz. (Lebhafte Zustimmung links.) Den Angehörigen der religiösen Sekten, denen ihre religiöse Überzeugung es verbietet, beim Namen Gottes zu schwören, hat man gestattet, statt dessen eine Betuerungsformel zu sagen. Man verlangt eine Gruppe von Bürgern nicht auf Grund religiöser Vorschriften, sondern auf Grund ihres Gewissens, daß man sie nicht veranlaßt, Gott zum Zeugen der Wahrheit anzurufen, und ihnen das zu gestatten, ist ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit. (Lebhafte Zustimmung links.)

Der Herr Staatssekretär hat dann mit einer merkwürdigen Logik angeführt, wenn es für einen Dissidenten eine Lüge sei, Gott anzurufen, so sei es für ihn doch auch eine Lüge, weiter eine Religionsgemeinschaft anzugehören. Dieses Beispiel hilft noch mehr, als es sonst bei Beispielen der Fall ist. Denn zweifellos weiß der Staatssekretär, daß ein Staatsbürger, der sich weigert, den Eid zu leisten, bestraft wird, und zwar recht erheblich. Unter solchen Umständen kann man irgendwelche zwingenden Momente für die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes nicht anführen. Man sollte sich vielmehr darüber freuen, daß es heute in der Zeit der großen wirtschaftlichen Kämpfe überhaupt Leute gibt, die Zeit und Stimmung finden, Gewissensbedenken zu haben, die nicht nur Zeit dazu haben, über Spiritussteuern und Ausführungsvergütungen nachzudenken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Antrag geht übrigens nicht weit genug, er muß auch auf den Sachverständigen ausgedehnt werden. Es wird möglich sein, das in der dritten Lesung nachzuholen.

Was der Herr Berichterstatter Dr. Heinze vorgebracht hat, ist ganz hinfällig. Er hat aus Lehrbüchern die schulmäßige Definition des Eides vortragen: „Der Eid ist die feierliche Anrufung Gottes“. Aber diese Definition ist eben, wie jede andere, aus den geschichtlichen Verhältnissen abgeleitet und in dem Augenblick, in welchem Sie als gesetzgebende Körperschaft dem Eid einen anderen Inhalt geben, wird nicht der Eid falsch sein, sondern die Definition. (Sehr richtig! links.) Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kirsh (Z.) wendet sich gegen den Antrag Ablas und bittet, die Abnahme der Eidesleistung feierlicher zu gestalten; dann würden auch weniger Meinende vorkommen.

Abg. Everling (natl.): Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß zu einem religiösen Akt niemand gezwungen werden dürfte. Aber der Antrag Ablas zeigt keinen gangbaren Weg. Ich kann daher für den Antrag in dieser Form nicht stimmen.

Abg. Külle (wirtsch. Sp.): Wir lehnen den Antrag Ablas ab, weil wir eine so wichtige Materie nicht so nebenbei bei dieser kleinen Novelle regeln wollen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Der letzte Einwand ist ganz hinfällig; der Staatssekretär führte ja auch aus, daß die Eidesformel geändert werden soll. Man bedauert, daß wir in der Kommission den Antrag nicht gestellt haben. Ist denn die zweite und dritte Lesung nur dazu da, unbeschäftigt die Arbeit der Kommission anzunehmen. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Zweckmäßig ist die Haltung des Zentrums. Hier hat das Zentrum einmal Gelegenheit, Toleranz zu üben, und da sagen die Herren: „Heute ist nicht der Tag dazu.“ Wenn die Worte „Ich schwöre“ Ihnen nicht passen, weil sie auch eine religiöse Bedeutung haben, so kann ja dafür geizt werden: Ich gelobe.

Der Staatssekretär meint, Gesetze werden nicht für die Minderheit gemacht. Ich erwidere ihm, daß die Gesetze nicht das höchste Recht der Gewissensfreiheit eliminieren dürfen, und zwar für niemanden. (Lebhafte Zustimmung links.) Wird unser Antrag jetzt abgelehnt, so wird er selbstverständlich bei der Reform der Reichsprozessordnung von neuem kommen. (Bravo! b. d. Freisinnigen.)

Abg. Schulz (Sp.): Die Erfordernis der Wahrheit macht den stärksten Beweismittelzwang notwendig und dieser Beweismittelzwang ist die Anrufung Gottes. Dieses schärfste Mittel wollen Sie der Rechtspflege nehmen und das nur wegen der theoretischen Bedenken einer verschwindenden Minderheit. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Ablas (fr. Sp.) polemisiert gegen den Staatssekretär Nieberding, der den Antrag bis zur Stunde offenbar nicht gelesen habe. Seine Gründe seien dürr und fadenförmig gewesen, mit Toleranz hätten seine Ausführungen nichts zu. Das Zentrum, das

den Toleranzantrag seinerzeit eingebracht habe, sollte eigentlich mit allen zehn Fingern nach dem Antrage greifen.

In seinem Schlusswort bekämpft der Berichterstatter Abgeordneter Heinze (natl.) den Eventualantrag, den Antrag Ablas an die Kommission zurückzuweisen, und führt eine Reihe von Gründen gegen den Antrag an.

Das gibt Anlaß zu einer ziemlich ausgedehnten Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) bezeichnet das Verhalten des Berichterstatters als unzulässig. Der Antrag Ablas habe der Kommission nicht vorgelegen, also dürfe Abg. Heinze nicht als Berichterstatter der Kommission dagegen polemisieren.

Abg. Heinze sieht nichts Unzulässiges in seinem Verhalten.

Abg. Singer (Soz.): Ich will mich in den Streit der Herren nicht einmischen, aber ich möchte doch feststellen, daß der Berichterstatter nach der Geschäftsordnung zweifellos nur das Recht hat vorzutragen, was die Kommission beschäftigt hat. Der Antrag Ablas hat der Kommission nicht vorgelegen, und so ist es wohl nur dem Umstande, daß Abg. Heinze noch neu im Hause ist (Unruhe bei den Natl.), zuzuschreiben, wenn er gegen die Geschäftsordnung und den langjährigen Gebrauch des Hauses verstoßen hat. Wollte er seine Auffassung über den Antrag Ablas vortragen, so hätte er als Abgeordneter das Wort nehmen müssen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Kirsh (Z.): Herr Heinze hat recht, denn wenn der Antrag der Kommission vorgelegen hätte, so hätte sie ihn doch sicher abgelehnt. (Stürmisches Gelächter links.)

Vizepräsident Passke: Ob der Herr Berichterstatter sein Amt als Berichterstatter überschritten hat, können doch nur die Herren entscheiden, die in der Kommission gewesen sind. Wir können uns doch hier nicht zu Richtern machen.

Abg. Wagner (L.) verteidigt den Abgeordneten Heinze. Ebenso Abg. Westheim (Z.).

Abg. Spahn (Z.): Die Kommission hat beschlossen, daß der Eid die und die Form haben soll. Damit hat die Kommission aber auch ausgesprochen, daß sie eine andere Form des Eides nicht will. Der Referent hat also mit vollem Recht im Namen der Kommission gegen den Antrag Ablas polemisiert.

Abg. Erzberger (Z.) wundert sich, daß gerade der Abgeordnete Singer das Recht der Berichterstatter so einschränken wollte. Er habe als Berichterstatter der Budgetkommission häufig im Plenum gegen die Zurückweisung eines Antrages an die Kommission gesprochen, ohne daß die Billigung der Kommission vorlag.

Abg. Singer (Soz.): Der Abg. Heinze hat als Berichterstatter wörtlich erklärt, daß die Materie in der Kommission nicht verhandelt worden ist. Ist das aber der Fall, dann dürfte er als Berichterstatter im Schlusswort nicht auf die Materie eingehen. Die Fälle, die Herr Erzberger anführt, liegen ganz anders. Auch Herr Heinze hätte als Berichterstatter beantragen dürfen, den Antrag Ablas nicht an die Kommission zurückzuweisen, aber er durfte sich nicht sachlich auf die Belämpfung des Antrages einlassen. Das ist der springende Punkt.

Abg. Heinze behauptet, daß die Angelegenheit implizite der Kommission doch vorgelegen habe.

Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte. Der Antrag Müller-Meinungen auf Rückverweisung des Antrages an die Kommission wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Sozialdemokraten und weniger Nationalliberalen abgelehnt.

Gegen dieselbe Minderheit wird der Antrag Ablas abgelehnt.

Eine Reihe weiterer Paragraphen wird nach den Beschlüssen der Kommission debattelos angenommen.

Bei § 806 begründet

Abg. Schulz (Sp.) einen Antrag auf Anfügung eines Absatzes, daß auf Grund eines vollstreckbaren Schuldtitels Sicherungshypotheken nur eingetragen werden dürfen, wenn die Forderung den Betrag von 300 M. übersteigt; die Eintragung kleiner Hypotheken habe vielfach zu unnötigen Kontursen geführt.

Gch. Oberjustizrat Mügel bestritt, daß zufolge der kleinen Zwangshypotheken unter 300 M. eine nennenswerte Anzahl von Zwangsversteigerungen stattgefunden habe; man dürfe doch den kleinen Gläubiger nicht schlechter stellen als den großen.

Der Antrag wird angenommen.

Bei den Bestimmungen betr. Änderungen des Gerichtskostengesetzes begründet

Abg. Dr. v. Dziembowski (Pole) einen Antrag, eine Bestimmung zu streichen, wonach der Fiskus von einem, der von einer armen

Kleines feuilleton.

Azew. Es ist noch in aller Erinnerung, welchen Eindruck die Enttarnung des „revolutionären“ Spiegels Azew hervorrief. Die ganze Leiter der menschlichen Empfindungen spielte mit — man war erstaunt, empört, überrascht, traurig, entsetzt und entrüstet. Die russische Presseverwaltung aber wußte auch aus dieser „Blüte“ Droug zu fangen: sie belegte die Zeitungen, die über Azews Treiben Nachrichten gebracht hatten, mit Geldstrafen, und dieser Pöbel brachte der Regierung die kleine aber nette Summe von 25 000 R. ein! Man muß gestehen, daß dies eine äußerst praktische Lösung war. Das Ministerium des Inneren, zu dem Azew, als Mitglied der Geheimpolizei, gehörte, erhielt durch das Auge Vorgehen der Presseverwaltung, die demselben Ministerium untergeordnet ist, so wenigstens einen Teil der Unkosten zurück! Es ist gewiß nur ein kleiner Bruchteil der Summen, die Azew zu seinem Unterhalt und zur Inzenerierung von „Atentaten“ verbraucht hat, aber man muß sich bei diesen schlechten Zeiten auch mit Kleinigkeiten wie 25 000 R., zufrieden geben — sagt sich die russische Verwaltung.

Bibliophilie. Am Sonnabend ist bei der Versteigerung in Paris eine sechsbändige Ausgabe der Werke Molières mit 177 500 Franc losgeschlagen worden. Sie stammt aus dem Jahre 1773 und empfängt ihren Wert hauptsächlich durch die Originalzeichnungen des jüngeren Moreau, die ein unbekannter Liebhaber gesammelt und mit den durch sie illustrierten Komödien zusammenbinden lassen hat. Die sechs Bände enthalten im ganzen 83 Zeichnungen und von jeder zwei Probedrucke, davon einen vor der Schrift. Die Herkunft des Werkes liegt im Dunkel. Man weiß nur, daß es 1820 für 1200 Fr. und 1844 in einer weiteren Versteigerung für 900 Fr. verkauft wurde. Der letzte Besitzer hielt es, in fomalischer Jurist vor einer „neuen Kommune“, jahrzehntelang auf einem Schloß in der Bretagne versteckt. Ungemächte Freude hat es jetzt erst seinem Erben gebracht. Das Werk wurde mit 125 000 Fr. ausbezahlt. Das erste Angebot lautete auf 80 000, und in 4 Minuten war der Kampf beendet. Sieger blieb der Bevollmächtigte eines nicht genannt sein wollenden Amateurs. Da zu dem Kaufpreis noch 18 000 Fr. Kosten und sonstige Auslagen hinzutreten, so kommt der ganze Spaß den Erwerber auf rund 200 000 Fr. zu stehen. Wenn er im Stille seines Vorgängers bleibt, wird er eine Festung um das Werk herum bauen lassen.

Ist die Karikatur am Kinderspielzeug berechtigt? Der Begriff der Karikatur wird meist viel zu weit gefaßt. Manche Eltern sehen schon filifizierte Spielfiguren, bei denen unter Weglassung aller Neben-sächlichkeiten nur das Wesentliche in großen Zügen gegeben ist, als Karikaturen an. Diese Darstellungsweise ist natürlich noch lange keine Karikatur, und beim Spielgerät für kleine Kinder ist sie sogar erwünscht. Durch die Stillierung aufs Wesentliche, Typische hin werden diese Spielfiguren klar in der Form und wirksam im Ausdruck; sie prägen sich dem Formeninn so fest ein, daß sie auch dem wenig entwickelten Formgedächtnis des Kindes kaum wieder entschwinden. Bei naturgetreuer ausgeführten Spielfiguren verschwindet das Wesentliche unter der Menge des Neben-sächlichen, und die

Vorstellungen von den Dingen bleiben unklar und verschwommen. Naturtreue mit all ihren Einzelheiten geht noch über die Fassungskraft des kleinen Kindes hinaus, sie legt der Phantasie Fesseln an und bildet den Sinn für die Form zu wenig. Böllige Naturtreue verlangen wir von den Wildern im Legion und von Modellen für unterrichtliche Zwecke; am Spielzeug aber, vornehmlich an dem für kleine Kinder, ist sie überflüssig und schädlich. Die Karikatur beginnt erst bei der Verzerrung, wo die Körperproportionen verhöben und einzelnes aus Kosten des Ganzen verkleinert oder vergrößert und betont ist. Eine Karikatur ist ein kugelförmiger Körper oder ein zahnfleischdicker Mann, ein großer Kopf auf einem winzigen Körperlein und anderes mehr. Aber diese Karikatur ist auch beim Kinderspielzeug in gewissen Fällen berechtigt. Der Ruhnader darf einen ungebührlich dicken Kopf und ein zu großes Maul haben, der Zappelmann zu lange Arme und Beine, der böse Wolf einen riesigen Magen und mächtige Zähne; bei der Katze kann der trummere Wudel, beim Struwalder können die Haare und die Nägel übertrieben werden. Das Kind braucht kräftigere Ausdrucksmittel als der Erwachsene, wenn es den Humor erfassen soll. Nur darf die Karikatur nicht geistreich werden (Ruhnader als Hofmarischall) oder gar herzlos; für geistreiche Begehungen hat das Kind noch gar kein Verständnis. Die Karikatur darf auch nicht ins Grauenhafte, Schreckhafte, Gespenstliche, Unheimliche ausarten; aufdringliche Gräßlichkeit und Häßlichkeit verfolgt das Kind bis in seine nächtlichen Träume. Vollständig ablehnen müssen wir die Karikatur aber dort, wo sie nicht natürlich wirkt. Karikierte Pferde und Mähe passen ins Witzblatt, aber nicht ins Kinderspielzeug, und ein karikiertes Kottäppchen, Schneewittchen oder Doraröschchen kann sogar höchst abstoßend wirken. Wo aber die Karikatur gesund und natürlich wirkt und auch nicht geistreich, herlos oder unheimlich sein will, da ist sie nicht zu verwerfen. Das Kind liebt den Humor, und es ist gut, daß im Menschen der Sinn für Humor wacherhalten wird, denn er ist eine Quelle der Freude und der Kraft. Es ist geradezu ein Vorzug des modernen Spielzeuges, daß es den Humor pflegt. Max Bretschfeld in der „Dürer-Bundes-Korrespondenz“.

Notizen.

— Heinrich Conried ist, noch nicht 54 Jahre alt, in der Nacht vom Montag auf Dienstag zu Meran gestorben. Solange er in Wien, Berlin, Leipzig, Bremen lebte und mimte, war und blieb er ein kleiner unbeachteter Schauspieler. Aber als er Anno 1878 nach Amerika hinüberwagerte, da erschlossen sich dem spekulativen Pflume mit dem Semitenblut in den Adern unbegrenzte Möglichkeiten. Kamte er nicht durch eigene Künstlerleistungen glänzen, so ging er daran, aus der Haut begabter Kollegen und Kolleginnen Namen zu schneiden. Und auf diese Weise hat er, von künstlerischen und sonstigen Skrupeln wenig oder gar nicht beschwert, Gold und Ehren und Orden in Hülle und Fülle eingehemst. Was er an berühmten Schauspielern und Schauspielerinnen, Sängern und Sängerinnen, Komponisten und Dirigenten, Opern und Operetten aus Europa über den Großen Teich lassen konnte, das hat er hinüber-

gelöst, nicht aus übergroßer Liebe zur Kunst, sondern weil er nur so den Yankee und den Deutsch-Amerikanern heizukommen verstand. Wie ein tüchtiger Menageriedirektor für sein Institut die schönsten, die stärksten Exemplare zu erwerben sucht, so hat Conried keinen Amerikaner die besten Kräfte präsentiert, weil er sich ein wenig auf die Kunst und ganz vorzüglich aufs Geschäft verstand: der Darm des New Yorker Theaters. — Seine Leiche wird nach Amerika hinübergeschafft und in New York beigesetzt werden.

— „Shandfang“. Eine eigenartige Ehrung besteht in China für die Höchsten des Reiches der Mitte. Die Ehrung heißt auf chinesisch Shandfang und findet ihren Ausdruck in der Ueberreichung eines prächtigen Ehrenfahls, der in Ueber einstimmung mit der genauen Uebersetzung dieses Wortes den Inhaber einfach berechtigt, jedem, der ihn belästigt, „den Kopf abzuhacken“! Jergend ein Naturist an ein Gericht oder an den Kaiser ist für solche Exekutionen nicht möglich. Auch darf von Rechts wegen für die auf diese Weise bewirkte Hinrichtung niemals eine Untersuchung oder ein sonstiges Marschverfahren eingeleitet werden! — Ob der Dresdener Handbader sich im Glanze des „Shandfang“ sonnt?

— Ein Apparat, der Erdbeben anzeigt. Der Leiter des seismologischen Instituts von Siena, Vater Maggioni, hat, wie der römische „Messaggero“ meldet, einen Apparat erfunden, der Wellen signalisiert, die den mechanischen Wellenbewegungen der Erde vorausgehen. Diese Wellen, über deren Natur nichts verlaudet, wurden von dem Entdecker in seinem Apparat zweimal registriert, beide Male 4 Minuten vor dem Eintreten des Erdstößes und vor dessen Registrierung durch den Seismographen. Der Erfinder wird die Einzelheiten demnächst veröffentlichen. Für die praktische Wertbarkeit des Apparats wird es ausschlaggebend sein, ob die vorverlaufenden Wellen in ihrer Stärke der Stärke des zu erwartenden Erdstößes entsprechen, denn wie alljährlich in Italien hunderte kleiner Erdstöße registriert werden, so würden dementsprechend viele Warnungen von dem Apparat Maggioni ausgehen und die Bevölkerung würde es bald milde werden, Hals über Kopf die Häuser zu verlassen, die unbedeutenden Erdstöße sehr gut standhalten.

— Das Hauptland der Bücherproduktion ist Deutschland. Die soeben erscheinende 3. Auflage des Handwörterbuchs für Staatswissenschaften sagt darüber folgendes: Nach der bis jetzt allerdings nur sehr mangelhaft entwickelten internationalen Statistik des Buchhandels betrug die Zahl der produzierten Bücher in den fünf wichtigsten Kulturländern:

Table with 2 columns: Country and Number of books. Rows include Germany (16,263), England (5,210), France (12,831), Italy (11,068), and United States (4,676), with a total of 60,038.

Im Jahre 1896 entfiel also ein Drittel und 1906 fast die Hälfte der gesamten Bücherproduktion der genannten fünf Länder auf das „Land der Dichter und Denker“. Wieviel Bücher darunter sind, die besser nicht gedruckt wären, davon spricht die Statistik nicht.

Partei verlegt und in erster Instanz beurteilt wird, die Gerichtskosten einzieht und sie auch nicht wieder herausgibt, wenn die Klage in zweiter Instanz abgewiesen wird.

Abg. Oberbürgermeister Nägele bittet, den Antrag abzulehnen; er stehe mit der gegenwärtigen Novelle nicht in innerem Zusammenhang.

Abg. Dove (fr. Sp.): Die Tendenz des Antrages ist zu billigen; vielleicht läßt sich bis zur dritten Lesung noch eine bessere Fassung finden.

Der Antrag wird angenommen.

Bei den Bestimmungen betr. Änderungen der Gebührenordnung für Rechtsanwälte bestimmt

Abg. Storz (D. Sp.) einen Antrag, der die Vertretungskosten für Rechtsanwälte in bestimmten Fällen anders regeln will, als der Entwurf.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.) wendet sich gegen den Antrag, von dem eine Schädigung der Anwälte zu befürchten ist.

Artikel VIII des Gesetzes bestimmt in der Kommissionsfassung, daß innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bei notwendiger Einziehung von Richterstellen Richter innerhalb des Oberlandesgerichtsbezirks besetzt werden können.

Die Abg. de Witt (Z.), **Dr. Frank-Mannheim** (Soz.), **Graf** (wirtsch. Sp.), **Uphling** (fr. Sp.), **Dr. Heine** (natl.) beantragen diesen Artikel zu streichen.

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragt **Abg. Kirch** (Z.), den Artikel so zu fassen, daß Versetzungen nur innerhalb desjenigen Oberlandesgerichtsbezirks zulässig sind, zu dem die eingezogenen Stellen gehören.

Abg. Schr. v. Freyberg (Z.) begründet einen Antrag, dem Artikel die Fassung zu geben, daß Mitglieder eines Landgerichts an das am Orte des Landgerichts befindliche Amtsgericht versetzt werden können.

Abg. de Witt (Z.): Der Artikel VIII bedeutet den ersten Vorstoß gegen die Unverletzbarkeit der Richter, die eine Garantie für unparteiische Rechtspflege gewährleistet und dadurch zugleich die bürgerliche Freiheit. Deshalb wollen wir den Artikel VIII streichen.

Abg. Dr. Wagner (L.): Man soll doch nicht mit Kanonen nach Spatzen schießen; es handelt sich hier nicht um einen Vorstoß gegen die Unabhängigkeit der Richter, sondern einfach um eine Uebergangsbestimmung.

Abg. Uphling (fr. Sp.) schließt sich dem Abg. de Witt an.

Staatssekretär Dr. Niederding: Die verbündeten Regierungen haben keinen Vorstoß gegen die Unverletzbarkeit und Unabhängigkeit der Richter geplant; es ist einfach eine gesetzliche Bestimmung notwendig, weil durch dieses Gesetz eine Entlastung der Landgerichte eintreten wird und deshalb manche Richterstellen entbehrlich werden.

Abg. Gröber (Z.): Es handelt sich hier nicht um einen Vorstoß gegen die Unabhängigkeit der Richter, sondern um eine praktische Maßnahme, die auch schon früher einmal bei der Einführung der Justizgesetze in ähnlicher Weise getroffen ist.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.): Die Maßnahmen bei der Einführung des Gerichtsverfassungsgesetzes, auf die Herr Gröber hinweist, können nicht wohl mit dieser kleinen Novelle verglichen werden. Bei der Frage der Unabhängigkeit der Richter ist jedenfalls ein großer Eifer stets sympathischer als zu große Laune. Praktisch wird die Frage nur in Bayern werden, und auch da werden es nur sehr wenige sein, die der freundlichen Ueberredungskunst der Regierungsvertreter nicht nachgeben werden, wenn es sich um die Uebernahme einer anderen Stelle handelt. Sollte wirklich in einem bayerischen Winkel einmal ein Richter sich dessen weigern, so wird es auch kein Querulant sein, sondern er wird seine Gründe haben. Für einen solchen Ausnahmefall aber braucht man keine besondere gesetzliche Bestimmung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. **Jund** (natl.), **v. Dziembowski** (Poln.), **Dr. Sarenhorst** (Sp.) wird der Artikel VIII in der Form des Antrages **Freyberg** angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Erläuterung der Bauforderungen, zollwichtige Verwendung von Gerste, Haftung des Reiches für seine Beamten.)

Schluß 7/7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung, Dienstag, den 27. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Freisier von Rheinbaben. Zunächst wird der Gesekentwurf betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Düsseldorf in zweiter Beratung angenommen.

Eine Petition der Stadtgemeinde Hilden um Errichtung eines Oberamtsgerichts in Hilden wird, entgegen dem Antrag der Gemeindefraktion, der auf Ueberweisung zur Erwägung lautet, der Regierung zur Verächtlichung überwiesen.

Darauf wird die zweite Beratung des Kultusetats bei der allgemeinen Besprechung fortgesetzt.

Abg. Hoff (fr. Sp.): Auch wir schließen uns dem Bedauern über die schwere Erkrankung des Herrn Holle an, besonders im Namen der Volksschullehrer, deren Vertrauen Herr Holle bereits gewonnen hatte. Das Vertrauen der Lehrerschaft zum Kultusministerium würde weiter gestärkt werden, wenn, wie in Sachsen, die wichtigsten Vorlagen des Kultusministeriums eingeholt würde. Die Herausnahme des Unterrichtsministeriums aus dem Kultusetat würden wir im Interesse der Volksschulen begrüßen, die damit dem Streik der Parteien entrückt würden. Die Besoldungsfrage der Lehrer wird hoffentlich bald auf der Grundlage der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses eine befriedigende Lösung finden. 1906 waren immer noch 7300 Halbtagsschulen mit 606 770 Schülern vorhanden. Tausende von Lehrstellen sind noch immer unbesetzt und auf der anderen Seite ist noch eine große Zahl von Klassen überfüllt. Von den 8 Millionen Schülern befinden sich noch etwa 2 Millionen in nicht befriedigenden Schulverhältnissen. In der Vermeerung der Kreisinspektoren im Hauptamt muß ein weit beschleunigtes Tempo eingeschlagen werden. Den Ausführungen des Herrn Spatenberg über die Aufgaben der Volksschule kann ich mich nur anschließen. Das neueste ist, daß man Fürsorgezöglinge in die Präparandenanstalten aufnimmt, so z. B. einen Jüngling, der noch vor kurzem einer jugendlichen Diebstahlsangelegenheit unterlag. (Hört! hört!) Das Lehrerbildungswesen muß auf eine normale Grundlage gestellt werden. Hier darf an Mitteln nicht gespart werden. Redner kritisiert die Nichtbestätigung von Sozialdemokraten zu Mitgliedern von Schuldeputationen unter Hinweis auf den Fall Quard-Frankfurt a. M. Das ist keine großzügige Politik. So viel ich auch an den Sozialdemokraten auszufragen habe, so kann man ihnen doch Interesse für die Volksschule nicht abspüren. Auch tut man den Herren zu viel Ehre an, wenn man den Anschein erweckt, als ob einige Sozialdemokraten in Schuldeputationen den Staat umfärzen könnten. Die vernichtende Kritik der Abgeordneten Eichhoff und Spatenberg an dem Vorgehen der Unterrichtsverwaltung im Falle Wähling hat der Herr Unterrichtssekretär Weber nicht erschüttern können. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopf: Die Frage, inwieweit man Angehörige der sozialdemokratischen Partei zu Mitgliedern der Schuldeputationen bezeichnen soll, ist wiederholt in diesem Hause erörtert worden, zuletzt bei dem Fall der Nichtbestätigung des Herrn Singer zum Mitglied der Berliner Schuldeputation. Es ist damals auch anerkannt worden, daß Sozialdemokraten wohl für die Volksschule reges Interesse haben können. Aber von dem damaligen Minister Dr. Wose wurde betont, daß die Schuldeputation Anteil hat an der staatlichen Schulaufsicht und daß es nicht angängig erscheine, Angehörige der sozialdemokratischen Partei zur Teilnahme an der staatlichen Schulaufsicht zu berufen. (Sehr richtig! rechts.) Diese Entscheidung ist 1898 gefallen und seitdem ist an dieser

Praxis festgehalten worden. Die Nichtbestätigung des Dr. Quard ist übrigens dem Minister noch nicht bekannt geworden. Die Fürsorgeziehung soll doch gerade dazu dienen, den Jünglingen eine gute Erziehung zu geben, damit sie nicht einen Kater für das Leben behalten. Also sie absolut vom Lehrerberuf auszuschließen, geht nicht an. In dem von Herrn Hoff angeführten Falle handelte es sich um ein besonders begabtes Kind, das nur im Alter von 12 Jahren einmal ein paar Kohlen genommen hatte.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Es ist das erste Mal, daß in diesem Hause die Sozialdemokratie beim Kultusetat zum Worte kommt, und es ist natürlich, daß wir zuerst auf das wichtige Gebiet des dieser Etat umfaßt, das Gebiet des Unterrichts eingehen. Wenn einst der Unterricht losgetrennt wäre vom Kultus, dann könnte es ein wirklicher Kultusetat werden. Augenblicklich sind wir davon ja noch sehr weit entfernt. Die Herren der Rechten und des Zentrums wollen die Schule für alle Zukunft unter die Vormherrschaft der Kirche stellen. Der Kultusfortschritt des Volkes ruht auf der heranwachsenden Jugend, daher ist uns nichts so teuer, was für die Bildung der Jugend getan wird. Einer Regierung, die einen wahren Kultusetat vorlegen würde, würden wir dazu alle Mittel bewilligen. (Lachen rechts.) Diesen Standpunkt muß doch jeder denkende Mensch haben, oder wollen Sie mit Ihrem Lachen sagen, daß Sie sich dazu nicht rechnen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Früher ist auch das liberale Bürgertum energisch für die Schule eingetreten. Dazu gehörten Männer, die nachher rechts auf der Ministerbank gesessen haben, wie Johannes v. Riquel, der dann die schönen Worte, die er als Abgeordneter gesprochen hatte, vollkommen vergaß. Nur ein Reichsschulgesetz kann nach unserer Meinung bei der Dankschuldigkeit der jetzigen Schulverordnungen Wandel schaffen. Die Sozialdemokratie hat sich stets der Volksschule angenommen. Das hat auch der ganz außerhalb unserer Partei stehende Herr Lemo anerkannt. Er hat sehr richtig gesagt, daß ohne eine lebenskräftige Volksschule die Volksschule im preussischen Landtag der energischen Vertretung entbehre und daß es daher von der

Teilnahme der Arbeiter an der Landtagswahl

abhänge, ob die Volksschule von dem künftigen Landtag mehr Förderung erfahren würde, als von dem früheren. Es wird in dieser Beziehung nicht besser werden, bis das gesamte aller Wählerrechte festgesetzt sein wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen einen organischen Aufbau der Einheit der Schule, die Freiheit der Schule bis zur Unversität. Wir wünschen nicht etwa, daß, wie Sie (nach rechts) sagen, jeder Arbeiterlumpen und jeder Bauernbengel die Unversität besuchen dürfe. Nicht jeder Arbeiterlumpen und jeder Bauernbengel...

Präsident v. Redder: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, die Arbeiter nicht so zu beleidigen. (Weiterkeit.)

Abg. Hoffmann (fortfahrend):

Ich freue mich, daß der Herr Präsident die Arbeiter gegen die Ausbrüche, die ich in der Presse der Rechten gefunden habe, in Schutz nimmt. (Erneute große Heiterkeit.) Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Also wir wollen nicht, daß jeder Arbeiter und Bauernsohn die Unversität besucht, ebensowenig wie jeder Nichtsnutz irgend eines Herrn von und wozu. (Weiterkeit.) Auch der Universitätsprofessor Ratorp aus Marburg hat sich vor 6000 Lehrern auf dem vorjährigen deutschen Lehrertag in Dortmund in diesem Sinne ausgesprochen. Er hat das Privilegium des einjährigen Dienstes und die Trennung der Schulen nach gesellschaftlichen Schichten auf das schärfste bekämpft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Damit werde der inneren Verklüftung der Nation nicht entgegengekehrt, sondern sie sei manchmal die ausgesprochen und beabsichtigte Wirkung! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sagt ein Mann, der ein Urteil über diese Dinge fällen kann. Er hat weiter gefordert, daß das Fundament der nationalen Schule ein gemeinsames sein müsse und hat die Volksschule der Besitzenden

ein Symptom unserer unsozialen Zeit

und Verfassung genannt. Für die Wahl der weiteren Bildung will er nicht die Geldmittel oder die mehr oder minder vorsichtige Auswahl der Eltern ausschlaggebend sein lassen, sondern die Befähigung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Genau daselbe haben wir Sozialdemokraten seit jeher verlangt. Wir wollen, daß alle schlummernden Volkskräfte geweckt werden und daß allen Befähigten die Möglichkeit gewährt wird, an den Quellen der Wissenschaft teilzunehmen. Heute ist das unmöglich. In dieser Beziehung sollte Deutschland in der Welt vorgehen. Dann wäre keine Gratulationsdepesche nach Bonn mehr notwendig, die noch dazu zu früh, einen Tag vor dem Examen, eintraf, und dann könnte es auch nicht mehr passieren, daß jemand mit kinematographischer Geschwindigkeit in Strahburg den Doktor macht. (Weiterkeit.) Wir fordern die Einheitschule vom Kindergarten bis zur Hochschule unter völliger Gleichberechtigung der Geschlechter. Erste Voraussetzung dafür ist: Weltlichkeit der Schule. (Aha-Rufe im Zentrum.) Wundern Sie denn das so sehr? Gerade Sie vom Zentrum sollten uns für diese Forderung dankbar sein, denn wir wollen ja Ihren Geistlichen den Religionsunterricht vollständig überlassen. Wir verlangen weiter die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule. (Unruhe rechts.) Diese Forderung ist durchaus nicht eine rein sozialdemokratische, sondern ist in einer ganzen Reihe von guten bürgerlichen Staaten bereits durchgeführt, gut natürlich in Ihrem Sinne. (Weiterkeit.) In der Zeit der Kaiserlichen Erlasse war man wenigstens so einseitig geworden, Dissidenten nicht zu zwingen, ihre Kinder an Religionsunterricht teilnehmen zu lassen. Ich selbst bin vor 25 Jahren wegen Vergehens gegen angeblich zu Recht bestehende Schulverordnungen, meine Kinder mühten an Religionsunterricht teilnehmen, freigesprochen worden, und das Kammergericht hat das freisprechende Urteil bestätigt. Rehn Jahre später aber hat dasselbe Kammergericht das Urteil wieder aufgehoben mit der Begründung: „Es wäre die Pflicht des Angeklagten gewesen, sich danach zu erkundigen, ob das Kammergericht in seinem Urteil von 1880 sich nicht geirrt hat.“ (Lebhaftes Hört! hört! und Weiterkeit.) Was hätte wohl das Kammergericht gesagt, wenn ich, bevor es sich zur Beratung zurückzog, vorgetreten wäre und gefragt hätte: Meine Herren, irren Sie sich auch nicht? (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ja, bin also verurteilt worden, obwohl eigentlich das Kammergericht mich selbst zu der strafbaren Handlung verleitet hatte. (Weiterkeit.) Sogar der Dopprediger Sölder hat es 1893 im Abgeordnetenhaus von seinem religiösen Standpunkt aus für unmöglich erklärt, einen Atheisten zu zwingen, seine Kinder den lutherischen oder römischen Katechismus auswendig lernen zu lassen. In letzter Zeit ist es auf diesem Gebiete nicht besser, sondern schlechter geworden. Man hat die Bestimmungen über die Kinder aus konfessionell gemischten Ehen beschränkt auf Kinder aus gemischten christlichen Ehen. Es kann heute passieren, daß man auch die jüdische Religion nicht zu den anerkannten Religionen rechnet und daß man jüdische Kinder zwingt, am Religionsunterricht der Schule teilzunehmen. (Hört! hört! links.) Ich habe mir allerdings zu helfen gewünscht. Als ich meine Kinder in die Realschule schicken konnte, waren sie sofort vom Religionsunterricht befreit. (Hört! hört! links.) Also

wer 20 M. zahlt, braucht keine Religion,

aber wer kein Geld hat, muß Religion haben. (Weiterkeit links, Unruhe rechts.) Auch die freireligiösen Gemeinden hat man in den letzten Jahren erneut schikaniert, und man hat einen Vater in Eschersheim bei Frankfurt bestraft, weil er seine Kinder vom Religionsunterricht zurückhielt, obwohl er nachwies, daß sie vom Prediger der Frankfurter freireligiösen Gemeinde Unterricht besaßen. Auch die seit 60 Jahren bestehende Selbstständigkeit der Wiesbadener freireligiösen Gemeinde will man beseitigen und damit die letzten Reste von Gewissensfreiheit in Preußen. Meine Petition an dieses Haus in der Affäre Kammergericht kontra Kammergericht (Weiter-

keit) ist der Regierung als Material überwiesen worden. Aber ich habe noch nicht gehört, daß irgendwie Wandel geschaffen werden solle. In Bochum hat das Schöffengericht einer Mutter das Erziehungsrecht über ihre Kinder genommen, weil sie aus der Kirche ausgetreten ist und eine Ehe mit einem fleißigen und soliden Bergmann eingegangen ist, aber sich nicht hat trauen lassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das bloße formelle Schicksal der Kinder in den Religionsunterricht der Schule wurde von dem Richter als nicht maßgebend angesehen. Das Landgericht war dann so vernünftig, dieses Urteil aufzuheben. Es erkannte an, daß es den Eltern freistehet, ihre Ansichten über Religion auf die Kinder einwirken zu lassen. Was man mit einem solchen Vorgehen gegen die Dissidenten erreicht, darüber sollten Sie sich klar werden. Haß und Verbitterung erzeugen es in den Kreisen, die Sie gewinnen wollen. Den Eltern ist es doch eine Kleinigkeit, das Dogmengebäude der Schule mit ein paar Worten umzuwerfen. Viele Eltern wehren sich schon deshalb gegen die Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht, weil sie nicht wollen, daß sie die Bibel in die Hand bekommen. Ich will Ihnen nicht Stellen aus der Bibel vorlesen, Sie werden sie aus Ihrer Jugendzeit vielleicht besser kennen. Wenn Sie nachschlagen wollen, führe ich Ihnen nur einige Kapitel an: Moses Kapitel 12, Vers 11 bis 19, Kapitel 16, Vers 1—16, Kapitel 20, Vers 2—18. (Große Unruhe rechts und im Zentrum; Schlußrufe.) Und ein solches Buch geben Sie den Kindern in die Hand.

Präsident v. Redder: Herr Hoffmann, ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoffmann (fortfahrend): In Wodenheim bei Frankfurt a. M. wurde vor kurzer Zeit wiederholt eine Witwe in Haft genommen, weil sie ihre Kinder vom katholischen Religionsunterricht fernhielt und zum freireligiösen Unterricht schickte. Die Verhaftung erfolgte auf Grund einer noch gültigen Verordnung aus dem Jahre 1798. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Anstatt Religionsunterricht sollte man in der Schule Gesehenslehren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Religion sollen die Kinder bei dem Geistlichen lernen, zu dessen Kirche die Eltern gehören. Statt dessen verlangt man heute noch mehr Religion, mehr Bibellehre, und dann wundern Sie sich über schlechtes Deutsch und gute Bibellehre. (Weiterkeit.) Gymnasialprofessor Weber in Kassel verlangt jetzt auch für die höheren Schulen mehr Religionsunterricht. Weiter verlangt er unter anderem förmliche Verpflichtung des Lehrers auf das kirchliche Bekenntnis bei der Anstellung. Das ist der Wunschzettel der Orthodoxen. Selbst ein evangelisches Gemeindeblatt von Rheinland-Westfalen betont, selten ein solches

Zeugnis kirchlicher Unverträglichkeit

gelesen zu haben. Wir schämen uns, daß es innerhalb des protestantismus solche Schleppträger des jesuitischen Kirikalismus gibt. Und ein katholischer Orthodoxer Kirchenrat sagt: „Wir sind und bleiben die von Gott aufgestellten Herden über die Schul- lehrer; die Lehrer sind unsere Untergebenen, wenn sie auch noch so hochmütig an uns vorübergehen.“ Und das alles geschieht unter der Firma Holle. Ich halte es nicht für notwendig, unser Bedauern über die Krankheit des Kultusministers noch besonders zum Ausdruck zu bringen. Jeder fühlende Mensch wird mit jedem Mitleid haben, der durch Krankheit heimgesucht wird. Es kommt darauf an, daß unter der Firma Holle die fähigsten Hoffnungen aller Dunkelmänner in Erfüllung gegangen sind. Wir sind auf dem besten Wege, die Schule zur Wagnis der Kirche zu machen. Hat man es doch sogar fertig gebracht, in den Berliner Etat Tausende einzuflechten für Verstromungswerte bei den Fortbildungsschulen. (Bravo! im Zentrum.) Glaubt man wirklich im Kultusministerium, mit solchen Mitteln noch etwas zu erreichen in einer Zeit, wo Männer der Wissenschaft mit ihren Forschungen die letzten Ueberbleibsel einer vergangenen Zeit in Stücke schlagen? Ich erinnere an die genialen Forschungen Prof. Jenseus in Marburg, die die gesamte christliche Presse tauglich zu machen versuchte, weil sie über das Alte und Neue Testament neue Klarheit bringen. Die Liberalen haben nicht die Vorstoßkraft, hier wirklich Wandel zu schaffen, weil sie noch in der Synthese des Bocks liegen. (Weiterkeit.) Wir verlangen Trennung der Schule von der Kirche. Frankreich ist vorausgegangen, es folgt jetzt wahrscheinlich England. Es hat auch Seiten gegeben, wo ein König auf dem Boden dieser Forderung stand. Im Kaiserlichen Museum zu Berlin ist unter einer Glasplatte eine Verfügung zu lesen, die Friedrich der Große eigenhändig als Antwort auf eine Petition märkischer Pfarrer geschrieben hat: „Nein, es muß bei dem jetzigen Königs Verfassung bleiben. Wenn auch 100 geistliche Priester heute den Abchied nehmen, so kann man morgen kaum tausend wiederbekriegen. Soldaten kriegen Brot, aber Priester leben von dem himmlischen Thron, das von da oben kommt. Ihr Reich ist nicht von dieser Welt, sondern von jener. Peter und Paulus haben Korn gekriegt, und ist im Neuen Testament kein Apostelmagazin zu finden.“ So dachte einst ein Hohenzoller auf dem Thron. Es ist freilich lange her. In einem Regierungserlaß von 1895 heißt es: „Auf die Konfession des Lehrers kommt es nicht an.“ Aber schon als die Reaktion nach den Freiheitkriegen einsetzte, lieferte man die Schule an die Kirche aus, und was noch blieb, haben Sie mit dem famosen Schulunterhaltungsgebot und seiner Auslegung besorgt. Heute heißt es: „In der Regel soll der katholische Lehrer die katholischen, der evangelische die evangelischen Kinder in allen Fächern unterrichten.“ Ein Berliner bürgerlicher Stadtverordneter höhnt mit Recht darüber und sagt: „Es wäre ja schrecklich, wenn katholische Kinder von dem evangelischen Lehrer erfahren würden, daß 7 x 9 = 63 ist.“ Wir stehen auf dem Standpunkt: Die Bildung für diese Welt ist die Hauptsache, das andere überlassen wir gern dem Geistlichen. Freilichliche Leute wie Eugen Richter und Birchow und beim neuesten Volksschulgesetz auch Herr Cassel haben sich feierlich dagegen verwahrt, daß sie die Religion aus der Schule entfernen wollten. Der freisinnige Berliner Stadtrat Weigert schrieb aber 1890: „Es ist zunächst auf die

vollständige Trennung der Kirche von der Schule

hingzuweisen, eine Forderung, die bei uns immer noch der Verwirklichung harret und auf deren Durchführung zum großen Teil die eminenten Fortschritte beruhen, welche der französische Volksschulunterricht in dem letzten Jahrzehnt gemacht hat.“ Dazu sagen Sie gewiß auch sehr richtig. Aber deshalb treten Sie doch dafür ein, daß in Preußen die Religion der Schule erhalten bleiben soll. Ich erinnere an die Haltung der Bremer und Hamburger Lehrer, die auch die Beseitigung der Religion aus der Schule verlangen. Lassen Sie einmal eine geheime Abstimmung der preussischen Lehrer über diesen Punkt stattfinden, dann werden Sie sehen, was herauskommt. Auch Arthur Schulz, der Herausgeber der Blätter für deutsche Erziehung, hat an dem Religionsunterricht in der Volksschule vernichtende Kritik geübt. Professor Döring hat in der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur gesagt: „Die Schule mit dem Religionsunterricht ist ein Ueberbleibsel aus der schönen Zeit, wo der Landesvater auch die Konfession seiner Untertanen bestimmte und diese daher im wesentlichen einheitlich war.“ Professor Bruno Meyer hat gesagt: „Der Religionsunterricht in der öffentlichen Schule ist

ein Uebergriff und eine Vergewaltigung.

Am besten sorgt jeder einzelne für seine religiösen Bedürfnisse ganz selbstständig“ usw. Das ist unser Standpunkt. Die Schulverwaltung muß bis ins kleinste eine weltliche sein. Die Selbstverwaltung der Kommune ist freilich durch die Auslegung so gut wie illusorisch gemacht. Seine hat sehr richtig gesagt: „Nicht ist ein Begriff, den ein jeder für sich in Anspruch nimmt, den aber nur der besitzt, der die Macht hat.“ Die Schulverwaltung hat diese Macht und muß sie aus. Das beweist ihre Haltung gegenüber Sozialdemokraten, die in den Schulvorstand, in die Schuldeputation, gewählt werden. Der Herr Redner hat schon darauf hingewiesen. Es handelt sich

Hier um ein Ausnahmefestgesetz gegen die Sozialdemokraten, billigt vom Kultusministerium, das der Verfassung widerspricht. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokraten. Mit dem Vorbehalt gegen unseren Genossen Hofer in Gr. Städtgerren begann dieses Ausnahmefestgesetz. Damals erklärte die Regierung, daß sie es nicht dulden könne, daß ein Anhänger der Sozialdemokratie dem Vorstand einer Schule angehört, die zur Pflege des Christenglaubens und zur Treue und Liebe zum Herrscherhause bestimmt ist. (Sehr richtig! recht.) Nach unserer Meinung hat die Schule andere Aufgaben, sie soll zur Bildung und zum Wissen herangezogen. Dann hat man Singer die Befähigung zum Mitglied der Berliner Schuldeputation verweigert. 25 Jahre hat der Genosse Singer in der Berliner Stadtverwaltung seine Pflicht und Schuldigkeit in so hohem Maße erfüllt, daß selbst seine Gegner es bei seinem Jubiläum anerkennen mußten. Den Leuten, die ihn in die Schuldeputation gewählt haben, wird dadurch von dem Kultusministerium ein Schlag ins Gesicht versetzt, wenn man ihnen sagt, er hat darin nichts zu suchen. Der Berliner Magistrat kniete ja zusammen und ließ Selbstverwaltung Selbstverwaltung sein. In Hannover bei Hannover wurde ein Sozialdemokrat, der bereits 6 Jahre, und ein anderer, der bereits 17 Jahre dem Schulvorstand angehört hat, bei seiner Wiederwahl nicht bestätigt, in Gelle ein Sozialdemokrat, der 18 Jahre dem Schulvorstand angehört hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es war ein Geistlicher, der angeht dieses Falles schrieb: „Es hat mich selten was so tief enttäuscht, wie die Nichtbestätigung Ihres Genossen Stabe in Gelle. Wie kann man einem Manne, der regelmäßig an allen Sitzungen teilnahm, der ein höchst ehrenwerter Mann von tadellosem Wandel, ein guter Ehemann und Vater ist, der seine Kinder vorzüglich erzogen hat und keineswegs unfruchtlich ist, die Fähigkeit zum Schulvorstande abspornen nur aus dem Grunde, weil er dem sozialdemokratischen Wahlverein angehört? Da hört mein Verständnis dessen, was Recht und Gerechtigkeit ist, auf.“ Sie sehen daraus, wie solche Ungerechtigkeiten wirken, und überall die Empörung in heißen Flammen auflodert. In Baboe war der Fischer Böge in den Schulvorstand gewählt und wurde vom Landrat in Pflanz bestätigt. Dann trat er als Wahlmann auf, wurde gewählt und gab seine Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten ab. Daraufhin ging ihm ein Schriftstück von der Schulverwaltung zu, wodurch im Hinblick auf seine Abstammung als sozialdemokratischer Wahlmann die Befähigung zum Mitglied des Schulvorstandes zurückgezogen wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist denn doch ein

hartes Stück von Terrorismus.

Dann können Sie sich nicht belagern, wenn wir einmal die Aute, die Sie selbst gebunden haben, benutzen, um Ihnen einiges damit zu verbrochen. Die Kinder der Sozialdemokraten besuchen die Volksschule, daher ist es unsere Pflicht, dahin zu streben, daß wir in der Schulverwaltung den gebührenden Einfluß haben. In dessen hat man zwei sozialdemokratische Schulleute bestätigt; der preußische Staat scheint so etwas nicht zu vertragen. Einem freisinnigen Stadtdirektor, der 20 Jahre Stadtdirektor ist, hat man die Wahl in den Schulvorstand nicht bestätigt, „da nicht die Gewähr geboten sei, daß er die Geschäfte des Schulvorstandes dem Interesse gemäß führen könne.“ So wird das Kultus- und Sozialistengesetz auch gegen Freisinnige angewandt. Ich erinnere auch an die Nichtbestätigung des Rektors Jubs in Kolberg, die angeblich deshalb erfolgt ist, weil man ein nicht ausgedrucktes Spind vorgefunden hat. Der Mann war freisinniger Kandidat bei der letzten Wloswahl. Das geschieht in einer Zeit, wo der Freisinn von Regierungsfähigkeit träumt. In diesem Falle wird als die Triebfeder der Superintendent und Kreisakademiker Dr. Matthes angesehen, der seit 10 Jahren wie ein Alp auf der dortigen Lehrrschaft lastet. Dabei möchte ich anfragen, wie die Sache mit seinem Opfer, dem Lehrer Berend steht, der 1907 disziplinarisch abgesetzt wurde und Berufung eingelegt hat, da die meisten Zeugen gegen Matthes nicht vernommen waren. Seitdem hat man nichts wieder davon gehört. Will man etwa warten, bis alle Zeugen fortgeritten? Wenn einmal für Lehrer ein Strafwortbuch der geistlichen Schulaufsicht herausgegeben werden wird, so könnte man diesen Matthes als Titelbild benutzen. (Heiterkeit.) Die geistliche Schulaufsicht wollte bereits die Nationalversammlung 1848 beseitigen. Nichts verbittert dem Lehrer den Beruf mehr, als die geistliche Bevormundung. Wo ist der Widerstand der Liberalen gegen diese geistliche Schulaufsicht geblieben? Männer wie Dunder, Dr. Kangerhand, Dr. Löwe, Schulze-Delitzsch haben sich feierlich mit aller Entschiedenheit gegen die geistliche Schulaufsicht gewandt. Heute sollten die Herren Freisinnigen eine Fußprozession nach der Köpenickerstraße zu dem Denkmal von Schulze-Delitzsch machen. Die Forderungen, die früher von beherzten Männern des Liberalismus aufgestellt wurden, gingen zugrunde an

Indifferentismus des liberalen Bürgertums.

das in den Gründerjahren nur von dem einen Gedanken, bereichert Euch, beherrscht wurde. Selbst Konserwativen wird die geistliche Schulaufsicht hier und da ein bißchen zu bunt. In Osnabrück ist es sogar vorgekommen, daß ein Landrat, ein vernünftiger Landrat (Heiterkeit) sich geweigert hat, einem Geistlichen den Vorsitz im Schulvorstand zu geben; er ist aber von der Regierung dazu gezwungen worden. Schließlich ist an solchen Zuständen das Volk selber schuld. Ein Sturm wirklicher Volksempörung müßte sie hinwegfegen, er würde auch das Kultusministerium einmal gründlich auslüssen. Wie wenig Verlaß auf das Bürgertum in dieser Beziehung ist, beweist das Buch des Bürgermeisters Dr. Schüling. (Zurufe rechts.) Gewiß Sie haben ihn gemarkelt. Aber sein Buch können Sie doch nicht beseitigen. Er schreibt: „Wenn Landrat und geistlicher Schulpflichter Hand in Hand gehen, um das Schulwesen nach reaktionärsten Gesichtspunkten auszugestalten, dann gründet der gebildete Preuze einen historischen Verein, in dem Vorträge über die barocksten Fragen vergangener Jahrhunderte gehalten werden. Ueber die Bildung seiner Kinder, die Rechte seiner Gemeinde, seine eigenen Rechte rebet der Preuze nicht gern öffentlich, das könnte in höheren Kreisen Anstoß erregen, dem Geschäft oder der Karriere schaden.“ Das ist hart, aber guttessend. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nur einige Wälder aus den Volkszuständen in Preußen. 614 328 Kinder sind in 115 912 Klassen untergebracht. Auf den Dörfern fehlen 15 000 Klassenzimmer, in den Städten 1000. Es kommen

Klassenfrequenzen bis zu 200 Kindern

vor. In der Provinz Hannover hat jedes zehnte Kind ein schmutziges Schullebuch in alter Orthographie mit zahllosen fehlenden Wörtern, die anderen haben überhaupt keine. Im Kreis Oppeln wurden 258 Kinder auf dem Lande zurückgewiesen, weil kein Platz in der Schule war. Ein aus Galizien zugewandener Anlieber stellt nach den „Pörsener Neuesten Nachrichten“ fest, daß die Volksschulzustände in Posen schlimmer sind als in Galizien. Das sind die gerühmten Früchte der Ostmarkenpolitik. 210 000 Kinder haben noch Wege von hin und zurück je 2½ Kilometer zum Halbtagsunterricht zurückzulegen. In Ribben auf der kurischen Nehrung sind zwei Klassen in Fischerhäusern untergebracht, in einer steht ein Wadofen, der auch im Sommer benutzt wird. Aus einem Dorfe bei Nordermünde wird berichtet, daß der Lehrer in seinem „Schulpaß“ die seit langem herausgefallenen Fenster mit Brettern vernagelt hat, um mit den Kindern vor Sturm und Regen geschützt zu sein. Im anderen Falle ist die Schule vom Kreisarzt für stark gesundheitsgefährlich erklärt, aber Abhilfe ist nicht geschaffen. Handelte es sich um eine Nase, so wäre das längst geschehen. Freiherr v. Oettingen hat es ja ausgesprochen: „Vor den Schulräumen haben die Pferde den Vorzug.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Beim Lehrermangel spielt eine der Hauptrollen die

höfliche Erziehung in den Seminaren.

Manche dort bestehende Hausordnung könnte sich jede Strafanstalt zum Muster nehmen. Auf diese Weise will man

Drillautomaten und Geistesklaven erziehen. Wir verlangen freie Bildung für den Lehrer und Zulassung zum Universitätsstudium. Ich erinnere auch an die Lehrrermahrgelungen; ein Lehrer, der Brabot zu der Rede eines anderen, der deswegen gemarkelt wurde, gerufen hatte, wurde zur zweiten Krügerung nicht zugelassen. Ja, Brabot soll man nur rufen bei Krügerungswahlreden à la Oldenburg und Pappenheim. (Heiterkeit.) Wie die Herren der Rechten über die Lehrrer denken, ist ja bekannt. Ein christlichsozialer Wälder Reuter sagte: „Die Lehrrer sind wie hungrige Hunde; wenn man ihnen einen Knochen hinwirft, lassen sie ihn liegen und greifen schon nach dem, der noch auf dem Tische liegt.“ Das ist weder christlich noch sozial, und diese Lehrrer sollen auf die Leimrute des neuen agrarischen Vereins gehen? Dazu halte ich sie für viel zu intelligent. Nur durch Terrorismus könnten sie dazu gezwungen werden. (Zuruf rechts: Rauter!) Für Sie, Herr v. Pappenheim, werde ich wohl nicht laut genug sprechen können; in dieser Beziehung werden Sie immer politisch taub bleiben. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und zu einer Unversität bekommen die Lehrrer bereitwillig Urlaub, einer lustigen Unversität, der neu errichteten Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Dort sollen sie gedrillt werden zum Kampf gegen die Sozialdemokratie. Wenn Sie so die Lehrrer auf religiösem und politischem Gebiete gegen uns loslassen, werden Sie es den Eltern nicht verdenken können, daß sie ihre Kinder darüber aufklären, daß die Lehrrer nur, um ihre Kinder ernähren zu müssen, lehren müssen, was sie selber nicht glauben.

Wir verlangen die Unentgeltlichkeit des Unterrichts bis zur Unversität, unentgeltliche Lieferung aller Lehrmittel, so gut wie den Soldaten die Waffen geliefert werden. Wir verlangen den Ausbau von Spezialklassen für zurückgebliebene Kinder, die Anstellung von Schulärzten, Beseitigung der Prügelstrafe. Die Erziehung soll beginnen mit Kindergärten, die frei von jeder Frömmelerei sind. Solange der jegliche Geist im Kultusministerium herrscht, wird es nicht besser werden. Ich erinnere nur an die Turnhallengeschichte. In Städten beruft man sich auf uralte Verordnungen. Es scheint, man hat einen politischen Schlemmer zur Ausarbeitung solcher Verordnungen im Kultusministerium angestellt. (Heiterkeit.) Mit dieser ganzen Taktik dienen Sie nur unseren Interessen und fördern unsere Ideen. (Zuruf rechts.) Trotzdem protestiere ich aus Gerechtigkeitsgefühl dagegen. Dafür haben Sie freilich kein Verständnis. Die ganze Aufmachung des Kultusetats geschieht

im Interesse der herrschenden Klassen.

Dem Bildungshunger des Volkes gerecht zu werden, sind wir nicht imstande. Das hat uns der Liegnitzer Fall in der Gesellschaft zur Förderung der Volksbildung gezeigt. Wir wollen bildungsfördernde, nicht bildungshindernde Bibliotheken, bei denen die

Binkerlinge und Schwarzköpfe, (Große Heiterkeit.) ihren Einfluß zum Nutzen ihrer Leiter und Geistesverwandten ausüben. (Erneute große Heiterkeit.) Wir kämpfen mit Ihnen gegen die Schundliteratur, dazu gehören aber auch die frömmelnden Traktätschen und byzantinischen Bücher. Unsere Pläne auf dem Gebiete des Schulwesens mögen Milliarden kosten. Diese Milliarden aber sind aufzubringen, wenn Sie das Geld nicht für unproduktive Zwecke hinauswerfen würden. Her die Milliarden für die Erziehung unseres Volkes. Wir wollen zur Freiheit, zur Erkenntnis! (Wohlfahrter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff: Ich könnte natürlich die Ausführungen des Vorredners, soweit sie sachlich waren, widerlegen. Es widerstrebt mir aber, wenn die bedeutungsvollen Angelegenheiten, um die es sich bei den Unterrichtsfragen handelt, hier in diesem Tone behandelt werden. (Brabot rechts.) Der Vorredner hat darauf verzichtet, diese Fragen wirklich objektiv und sachlich zu erörtern und hat sich darauf beschränkt, diese wichtige Angelegenheit in einer leidlich an der Oberfläche bleibenden agitatorischen Art zu behandeln. Ich verzichte namens der königlichen Staatsregierung darauf, auf diese Rede zu erwidern. (Stürmisches Brabot rechts. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist bequem!) Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch, 11 Uhr.

Schluß 4 Uhr

Parlamentarisches.

Aus der Geschäftsordnungskommission.

In zwei Sitzungen, am 23. April und 27. April, hat sich die Kommission mit einer Neuregelung des § 85 befaßt, der sich auf die Initiativanträge der einzelnen Parteien und die Petitionen bezieht und für beide vorsteht, daß in der Regel ein bestimmter Tag in der Woche dafür angelegt wird, der sogenannte Schwerinstag, der seinen Namen von dem ursprünglichen Antragsteller Graf Schwerin erhalten hat. Im Laufe der 40 Jahre seines Bestehens ist der Schwerinstag hin und wieder monatlang außer Übung gekommen. Außerdem hat sich auch das Bedürfnis geltend gemacht, Initiativanträge außer der Reihenfolge, die für die Schwerinstage bei Beginn der Session festgesetzt wird, zu verhandeln. Die Petitionen sind obendrein fast durchweg an anderen Tagen zur Erörterung gekommen.

Um eine auf Grund der Erfahrung den Bedürfnissen entsprechende Neuregelung herbeizuführen, hatte der freisinnige Abg. Müller-Weinungen eine authentische Interpretation des § 85 vorgelegt. Man versteht darunter einen bindenden Beschluß, der schriftliche Gesetzesparagrafen klarstellt und eine unzweideutige Richtschnur gibt. Da aber kein bestimmter Vorschlag von dem Abgeordneten Müller der Kommission unterbreitet war, verließ die Sitzung am 23. April völlig resultatlos. Es stellte sich aber auch heraus, daß man mit einer authentischen Interpretation nicht auskommen würde, sondern eine neue Fassung des § 85 finden müßte.

In der Sitzung vom 27. lagen nun mehrere solcher Anträge vor. Von den nationalliberalen Abgeordneten Jund und Lind sowie dem freisinnigen Müller-Weinungen war ein Antrag eingegangen, der es ausdrücklich ausspricht, daß Initiativanträge auch außerhalb der für die Schwerinstage vorgesehenen Reihenfolge durch Mehrheitsbeschluß auf die Tagesordnung gesetzt werden können. Für den Fall, daß das geschieht, sollte in der nächsten Woche dann unbedingt ein Schwerinstag stattfinden.

Die Sozialdemokraten Singer und Ledebor beantragten eine Verschärfung dieser Bestimmungen, daß durch Streichung der Worte „in der Regel“ im § 85 die Abhaltung eines Schwerinstages in jeder Sitzungswoche zur bindenden Pflicht gemacht wird, es sei denn, daß zwingende Umstände wegen auch nicht ein Mitglied Widerspruch gegen die Fortsetzung des Schwerinstages erhebt. Ferner schlugen sie eine Bestimmung vor, daß eine Partei, deren Antrag durch Mehrheitsbeschluß aus der Reihenfolge der Initiativanträge vorweggenommen wird, in der nächsten Serie der Schwerinstage als Antragstellerin aussteht.

Die Konserwativen Kretsch und von Volke beantragten außerdem, daß Petitionen nicht mehr auf Schwerinstage angewiesen sein sollen, sondern in der Reihenfolge wie sie zur Beratung im Hause fertiggestellt sind, behandelt werden müssen. Abgewiesen sollte nur dann davon werden, wenn nicht 80 Mitglieder Widerspruch erheben.

Nach sehr eingehender Debatte, in der es zu erregten Vorwürfen zwischen den Modliberalen Jund und Müller einerseits und den Modkonserwativen Kretsch und Schuly andererseits kam, ergab sich in der Abstimmung folgendes Resultat:

Die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge zu dem Antrag Jund, Lind, Müller werden mit 17 gegen 5 Konserwativen und freikonserwativen Stimmen angenommen und mit der nämlichen Mehrheit dann der so verbesserte Antrag Jund, Lind, Müller. Der Antrag Kretsch v. Volke betreffs der

Behandlung der Petitionen wurde einstimmig angenommen.

Eine Redaktionskommission wird die Fassung des § 85 auf Grund dieser Beschlüsse feststellen und sie zur zweiten Lesung, die aber schließlich noch Änderungen ergeben wird, in der nächsten Sitzung vorlegen.

Aus der Subjektionskommission des Reichstags.

(52. Sitzung vom 27. April.)

Die Kommission begann heute mit der Spezialberatung der Besoldungsordnung für Reichsbeamte. Eine längere Debatte enthielt sich beim § 2 der Regierungsvorlage, welcher bestimmt, daß Änderungen der Besoldungsordnungen durch den Reichshaushaltsetat erfolgen können. Erzberger wünscht, daß diese Bestimmung ausgemergelt wird, damit die Beamten wissen, daß eine Änderung ihrer Gehaltsätze nur durch Änderung der Besoldungsordnung und nicht alljährlich durch den Etat erfolgen könne. Von freisinniger Seite wurde demgegenüber darauf hingewiesen, daß die unbedingte Festlegung der Gehaltsätze eine Beeinträchtigung des Budgetrechts in sich schließe. Der ständige Fluß ununter wirtschaftlichen Verhältnisse lasse es für den Reichstag notwendig erscheinen, die Möglichkeit, die Gehälter zu ändern, nicht für längere Zeit aus der Hand zu geben. Der Paragraph 2 der Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und freisinnigen gestrichen und dafür im Paragraph 1 eingeschaltet, daß die Gewährung des Gehaltes nur an die „im Gesetz genannten“ etatsmäßigen Beamten erfolgt.

Als Paragraph 2 wird ein Antrag Erzberger angenommen: „Kein Beamter kann gleichzeitig mehr als eine der in der Besoldungsordnung vorgesehenen Stellen bekleiden.“

Der Paragraph 3 erhält folgende Fassung: „Dienstentlohnungen für Nebenämter und Nebenbeschäftigungen können ebenso wie Zulagen nur insoweit bewilligt werden, als der Reichshaushalt es ausdrücklich bestimmt.“

Der Paragraph 4 bestimmt die Regelung der Gehälter nach Dienstaltersstufen. Ausgenommen sind die Beamten der Reichsanzeiger, die gefandtschaftlichen und konsularbeamten.

Ueber die Anstellung von Militärärzten bestimmt der § 8, daß derselben, soweit sie acht Jahre und darüber im Heere oder in der Marine gedient haben, diese Zeit, soweit dieselbe mit der nachfolgenden Zivildienstzeit zwölf Jahre übersteigt, bis zu vier Jahren angerechnet sind. Den Militärärzten, die weniger als acht Jahre im Heere oder in der Marine gedient haben, wird bei der etatsmäßigen Anstellung diese Zeit bis zur Dauer eines Jahres auf das Besoldungsdienstalter angerechnet.

Heimarbeit.

Die Gewerbeordnungskommission des Reichstags beschäftigte sich auch in ihrer gestrigen Sitzung noch mit dem § 189 q. (Versichtlich war in unserem Bericht vom 23. d. Mts. mitgeteilt, daß die Abstimmung bereits erfolgt sei.) Der § 189 q der Regierungsvorlage will nur für solche Gewerbebetriebe, die mit besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden sind, den zuständigen Polizeibehörden das Recht einräumen, im Wege der Verfügung für einzelne Werkstätten die Ausführung der Maßnahmen anzuordnen, die zur Durchführung der Regierungsvorlage angegebener, sich an den § 120 a der Gewerbeordnung anschließenden Grundzüge erforderlich erscheinen. Vor den Osterferien war die Streichung dieses Kapitels des § 189 q beschlossen. Ein Antrag des Zentrums verlangte, daß in der Regierungsvorlage angegebener etwas vermehrte Grundzüge allgemein gelten sollten. Danach sollte der § 120 a Anwendung finden und dem § 120 c entsprechend bei Hausarbeitern unter 18 Jahren und bei Hausarbeiterinnen, die besonderen Rücksichten, insbesondere auf die Gesundheit, auch bezüglich der Arbeitszeit genommen werden, die durch das Alter und das Geschlecht dieser Arbeiter geboten sind. Ferner sollten Arbeiten an Sonn- und Festtagen nur soweit gestattet werden, als solche für die Arbeiterwerkstätten nach den §§ 105 b bis 106 h zugelassen sind. Die sozialdemokratischen Anträge verfolgten das Ziel, einmal festzustellen, daß auf das Verhältnis der Hausarbeiter zu ihren Verlegern nicht die Vorschriften über Werkvertrag, sondern die über Dienstverträge Anwendung finden sollten, daß ferner die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung (§§ 105—106, 113—119 a, 120—121 a, 135—139) allgemein auf die Hausarbeiter angewandt werden sollten, und endlich daß eine Arbeitsordnung in jedem Hausgewerbebetriebe, in denen mehr als fünf Arbeiter beschäftigt sind, ausgehängt werden solle.

In der Diskussion wurde von Seiten der freisinnigen Volkspartei, der freisinnigen Vereinigung, der Nationalliberalen, der Konserwativen und der Regierung wiederum lebhaft die Ausdehnung der Schutzbestimmungen selbst in der abgeänderten Form der Zentrumsanträge belämpft. Der Abg. Stresemann (natl.) beantragte, dem § 189 q folgenden Eingang zu geben: „Auf Antrag der Gewerbeaufsichtsbeamten kann durch die zuständige Polizeibehörde im Wege der Verfügung für einzelne Werkstätten die Einführung der Maßnahmen angeordnet werden, die zur Durchführung der folgenden Grundzüge erforderlich erscheinen, soweit in einzelnen Gewerbebetrieben Gefahren für Gesundheit und Leben aus der Art und Weise der Beschäftigung sich ergeben.“ Dieser Antrag, der noch weniger als die Regierungsvorlage besagt, wurde von der Mehrheit angenommen. Für diese Weise sollte stimmten auch die Zentrumsmitglieder, um zu verhindern, daß der ganze § 189 q insofern einer Stimmengleichheit für ihre Anträge falle. Besser wäre solcher Erfolg als die beschlossene Scheinbeschriftung gewesen. Die Grundzüge des § 189 q wurden dann den Anträgen des Zentrums entsprechend gefasst, die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt.

Den Heimarbeitern ist durch diese Regelung absolut nichts geboten. Die bürgerlichen Parteien haben an Stelle der Erfüllung ihrer vor einem Jahrzehnt bereits abgegebenen Versprechungen ihnen ein totenloses Schemen gegeben.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

Als Fürsorgegesetz für Schnapsbrenner

wächst sich mit dem Fortschreiten der Kommissionsberatungen immer mehr das neue Branntweinsteuergesetz aus. Der gesamte Alkoholbedarf des Reiches wird mit rund 4 Mill. Hektoliter berechnet. Diese Menge soll aus den bestehenden Brennereien verteilt werden und zwar unter Zugrundelegung der Mengen, die sie in den Jahren 1897 bis 1906 erzeugt haben (Durchschnittsbrand). Sie haben dafür eine gestaffelte Betriebsauslage zu entrichten, die bis zu 10 M. pro Hektoliter bei einer Produktion von 2000 Hektoliter steigt. Was über diesen Durchschnittsbrand hinaus hergestellt wird, soll bei gewerblichen Brennereien mit mindestens 22 M., bei landwirtschaftlichen Brennereien mit mindestens 18 M. pro Hektoliter extra belastet werden. Der Zweck dieser Bestimmung ist, die Spiritusproduktion in gewissen Grenzen zu halten, um ein Sinken der Preise zu verhindern. Eine große Brennerei wird für die Ausdehnung ihrer Produktion dreimal bestraft:

1. überschreitet sie ihr Kontingent und hat für diese Menge statt 115 M. pro Hektoliter 135 M. pro Hektoliter Steuer zu entrichten,
2. steigt progressiv mit der Produktion die Belastung durch die Betriebsauslage,
3. wird der Durchschnittsbrand überschritten, was mit einer besonderen Abgabe von 18 bis 22 M. pro Hektoliter bestraft wird.

Ein Vertreter der Regierung erklärte rund heraus, daß auf diese Weise verhindert werden soll, daß eine Anzahl großer Brennereien zusätzl Branntwein erzeugen und damit den rückständigen landwirtschaftlichen Brennereien Konkurrenz machen. Konserwativen und Zentrum traten eifrig für diesen Schutz der Schnapsbrenner ein. Der Freisinn wandte sich dagegen. Abg. Dr. Sudekum bedte

diese Praktiken **Konsumlos auf und hoch herbor**, daß sie nichts mehr und nichts weniger bedeuten, als den Erlaß des abgelehnten staatlichen durch ein privates Produktionsmonopol. Dieselben Konsumativen, die den Kampf gegen den Konsumieren führen, finden es ganz in der Ordnung, daß der Spiritusdring gefällig fundiert wird.

Soziales.

Ein Kommunalstumpf.

Der 31jährige Bureaugehilfe Georg Böning, der beim städtischen Gaswerke in Offenbach a. Main angestellt war, ist nach Untersuchungen im Gesamtbetrage von etwa 6000 M. flüchtig geworden und befindet sich unter dem Namen Alfred Häkert in Begleitung einer „Dame“ an Bord des Dampfers Kaiser Wilhelm II. auf der Fahrt nach Amerika. Die Untersuchungen verteilen sich auf etwa 2 Jahre und sind durch mangelhafte Kontrolle begünstigt worden. Der Defraudant war bereits der Teilnahme an den kolossalen Diebereien in der Offenbacher Stadtkasse fasslich verdächtig, die Untersuchung gegen ihn wurde damals mangels ausreichender Beweise eingestellt. Er war als „Lebemann“ bekannt, galt als nachlässig und lieberlich. Als ihm der Boden zu heiß wurde, kündigte er seine Stellung, trat am 15. d. M. ordnungsmäßig aus und flüchtete. Dann erst wurden die Untersuchungen zufällig entdeckt, weil man mit den Revisionsarbeiten einige Monate im Rückstande war.

Bei den früheren Entdeckungen großer Diebereien an der städtischen Steuereinnahmehere, am Schlachthofe, am Gewerbe- und Bauamt, vor allem an der Stadtkasse, polante die bürgerliche Presse nach Reichsverbandsmannier in alle Welt hinaus, die Schlamereien und Diebstähle seien Folgen „sozialdemokratischer Mißwirtschaft“. In Wahrheit sind es die Folgen einer Beamtenzucht, die der von den Sozialdemokraten befechtete frühere Oberbürgermeister Drink ein Menschenalter lang übte. Seit Jahresfrist sind in Offenbach 6 Beamte disziplinarisch aus dem Amte entfernt worden, mehrere mit Gefängnis bestraft. Böning ist der siebente.

Große Beleidigung?

Der Hausdiener K. Klagte gestern vor der zweiten Kammer des hiesigen Gewerbegerichts auf eine vierzehntägige Lohnentziehung von 50 M. Kläger hatte einen Wochenlohn von 25 M. und Anspruch auf vierzehntägige Kündigungsfrist. Der Beklagte, Kaufmann S., wendete als Grund zur sofortigen Entlassung ein, Kläger habe ihn grob beleidigt. Er habe seiner Hauswirtin zur Entschuldigung dafür, daß er die fällige Mietrate nicht zahlte, erzählt, er habe seit drei Wochen seinen Lohn erhalten, weil der Beklagte bankrott sei. — Das Gericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung der geforderten Entschädigung mit der Begründung: Der in § 153 aufgeführte Entlassungsgrund wegen großer Beleidigung trifft nicht zu. Denn die grobe Beleidigung setzt das Bewußtsein und die Absicht des anderen, zu beleidigen, zu schaden oder zu kränken, voraus. Das war aber beim Kläger nicht der Fall. Die von ihm aufgestellte Behauptung, Beklagter sei bankrott, war lediglich ein inoffizieller, aber oft anzutreffender Ausdruck für die zutreffende Behauptung, daß Zahlungsschwierigkeiten vorliegen.

Die Zentralfstelle für Volkswohlfahrt

läßt soeben die Einladung zu ihrer diesjährigen Konferenz in Darmstadt (24.—26. Mai) ergehen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Thematika der Jugendfürsorge: 1. „Fürsorge für die schulentlassene männliche Jugend, namentlich im Anschluß an die Fortbildungsschule.“ (Referent: Direktor Bauer-Verhelsdorf, Universitätsprofessor Obermedizinalrat Dr. von Gruber-München, Dr. Kede-Berlin, Fortbildungsschuldirektor Hermann-Gresfeld). 2. „Die Ernährungsvhältnisse der Volksschulkinder.“ (Referent: Universitätsprofessor Geheimrat Medizinalrat Dr. Kubier-Berlin). Mit der Konferenz ist eine kleine Ausstellung und eine Spezialkonferenz und verschiedene Besichtigungen verbunden. Der Besuch steht allen Interessenten frei; zur Dedung der Unkosten, insbesondere für Lieferung der reichhaltigen Materialberichte, wird ein kleiner Beitrag erhoben. Wegen Ueberföndung einer Einladung nebst ausführlicher Tagesordnung und näheren Angaben über die sonstigen Veranstaltungen, über die Unterrichtsverhältnisse usw. wende man sich an den Geschäftsführer der Zentralfstelle für Volkswohlfahrt, Berlin SW. 11, Dörfauer Str. 14.

Aus der Frauenbewegung.

Der Weltfeiertag.

Der Frauen und Mädchen der westlichen Bevölkerung ur-eigenes Interesse gebietet ihnen, in erster Linie als Demonstranten an dem Maifest der Arbeit teilzunehmen. Sie sind wirtschaftlich und politisch am schwersten bedrückt und entsetzt und die weibliche Arbeitskraft ist zu einem wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben geworden. Nach der letzten Veruzählung (1907) sind in Deutschland 8 Millionen Arbeiterinnen tätig. Es gibt wohl keinen Beruf mehr, der nicht mit Frauenarbeit durchsetzt ist. — Und dieselben Leute, die Millionen Frauen in den Fabriken und in der Landwirtschaft abhezen, gegen Hungerlöhne fronen lassen und als Konkurrenz gegen den Mann benutzen, erklären nach wie vor, wenn es sich um Er-zingung staatsbürgerlicher Rechte für die Frau handelt: die Frau gehört ins Haus!

Die bürgerlich staatsbehaltenden Parteien denken nicht ernstlich daran, der Frau das ihr gebührende Maß der Gleichberechtigung zu geben. Mag auch von dieser oder jener Seite manchmal etwas getan werden, um den für das 20. Jahrhundert skandalösen Zustand der völligen Rechtslosigkeit der Frau um einige Grade zu mildern, für die Gleichstellung der Frau durch Verleihung politischer Rechte teilt keine der bürgerlichen Parteien ein. Deshalb fordern wir die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse auf, selbst energisch in den Kampf für Erlangung der Gleichberechtigung einzutreten. Nur die Sozialdemokratie vertritt diese politische Forderung; sie hat deshalb auch ein Anrecht auf die Mitarbeit der Frau.

Am 1. Mai fordert die Arbeiterklasse auf gebieterisch eine Regelung der täglichen Arbeitszeit und eine ausreichende Schutzge-gebung, vor allem auch für die Frauenarbeit. Da gilt es durch starke Beteiligung zu zeigen, daß auch die Frauen bereit sind, den Kampf aufzunehmen für eine Gesellschaftsordnung, in der die Aus-beutung des Menschen durch den Menschen verschwunden ist.

Die Befreiung der Arbeit von der kapitalistischen Ausbeutung kann erst geschehen, wenn sich die politische Macht in Händen des Volkes befindet und Männer und Frauen an der Gesehung be-teiligt sind.

Am Weltfeiertag soll natürlich auch gegen den böllermordenden, kulturfeindlichen Militarismus demonstriert werden.

Frauen und Mädchen! Eure Söhne, eure Brüder und Männer sind es, die mit ihrem Blut, ja mit ihrem Leben die Völkermorde der Herrscher bezahlen. Gegen diesen Wahnsinn der Mächtigen gilt es zu protestieren, und dabei dürfen die Frauen nicht fehlen!

Es gilt zu agitieren und zu organisieren, damit die Erkenntnis von den kulturellen Zielen des Sozialismus auch in den Reihen der Frauen wächst. Das erhöht die Stofkraft des Proletariats in den Klassenkämpfen, die den endgültigen Sieg der Unterdrückten vor-bereiten.

Frauen herbei! Helft mit, daß wir das Ziel bald erreichen.

Scharfe Konkurrenz der Frauenarbeit.

Als Mitte 1907 der Konjunkturrückgang einsetzte, äußerte er sich auf dem gewerblichen Arbeitsmarkte zunächst in der Weise, daß die

Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften zurückging, der Begeh nach weiblichen Arbeitskräften dagegen noch längere Zeit ziemlich lebhaft blieb. Nur allmählich verschlechterte sich auch auf dem Arbeitsmarkte für Weibliche die Beschäftigungslage. Infolge der starken Arbeitslosigkeit für die männliche Arbeiter trat eine bemerkenswerte Erscheinung ein, die auch gegenwärtig die Konkurrenz am Arbeitsmarkte verhärtet: das Angebot von weiblichen Kräfte nimmt auffallend zu. Das Angebot war z. B. im März dieses Jahres um 23 Proz. höher als im Vorjahre, während es für männliche Arbeiter nur um 23 Proz. stieg. Diese Zunahme von Beschäftigung suchenden Frauen und Mädchen erklärt sich leicht, wenn man sich die Folgen der Arbeitslosigkeit für eine großstädtische Arbeiterfamilie vor Augen hält. Solange der Mann Beschäftigung hat, brauchen Frau oder Tochter nicht oder nicht in dem Grade erwerbstätig zu sein, wie es der Fall ist, sobald der Ernährer der Familie ohne Verdienst ist. Je größer der Kreis der männlichen Arbeitslosen, desto stärker das Bestreben der weiblichen Familienangehörigen, sich Beschäftigung zu suchen. In manchen Gewerben, die sich durch regelmäßige wintertliche Ruhe auszeichnen, hat sich sogar eine Art Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau herausgebildet, wonach die Frau in der Zeit, in der die Arbeit des Mannes ruht, erwerbstätig ist. Namentlich sind in sächsischen Bezirken derartige Beobachtungen zu machen. So findet man im Chemnitzer Bezirk in Appreturanstalten viele Frauen, die nur im Winter daselbst tätig sind, weil deren Männer als Handarbeiter, Maurer, Zimmerer usw. im Winter gar keinen oder nur geringen Verdienst haben. In anderen Betrieben suchen die Frauen von Bauarbeiten während der Wintermonate Beschäftigung in Fabriken. Es kommt sehr häufig vor, daß während der Abwesenheit der Frau der Mann die Wirtschaft besorgt. Eine ähnliche Erscheinung findet sich auch bei Ehen der Hamburger Gelegenheitsarbeiter, wozu alle ungelernen Fabrikarbeiter, Kai- und Hafenarbeiter, Ewerfahrer, Heizer und Trimmer auf Seeschiffen gehören. Im Winter sind diese Gelegenheitsarbeiter zum Teil ohne Verdienst, und die Familie ist deshalb auf den Winterwerb der Frau sehr angewiesen. In Zeiten niedrigerer Konjunktur wird diese Erscheinung häufiger, und namentlich im laufenden Jahre ist der Andrang von arbeitssuchenden Frauen und Mädchen besonders stark. Diese Zunahme des weiblichen Andranges bedeutet nun nicht nur eine Verschärfung des Wettbewerbes auf dem weiblichen, sondern auf dem gesamten Arbeitsmarkte. In Zeiten, wo der Beschäftigungsgrad sich erst ganz langsam wieder zu heben beginnt, bevorzugen auch die Arbeitgeber weibliche Hilfskräfte, und diese dringen, da sie billiger arbeiten, zum Teil in Verufe ein, die bisher den männlichen Arbeitern vorbehalten waren.

Frauenstimmrecht auf Hawaii. Das Repräsentantenhaus in Honolulu beschloß mit großer Mehrheit, den Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika aufzufordern, den Frauen und Töchtern der Einwohner von Hawaii volle politische Gleichberechtigung mit den Angehörigen des männlichen Geschlechts zu gewähren. In der Begründung der Resolution wird darauf hingewiesen, daß vor der Annexion der Inseln durch Nordamerika, Frauen mehrfach und erspriehlich an der Führung der Regierungsgeschäfte beteiligt gewesen seien.

Gerichts-Zeitung.

Der beleidigte Pastor.

Eine Anklage gegen Dr. Rudolf Lautenbach wegen Beleidigung eines Pastors kam am Dienstag zum zweiten Male zur Verhandlung vor der Hilfskammer des Landgerichts I. Das Konsistorium der Provinz Pommern stellte Strafantrag gegen Lautenbach als den verantwortlichen Redakteur der Berliner Wochenzeitung „Die Tribüne“, die am 15. Januar 1908 einen Artikel enthielt, durch den sich der Pastor Dr. Hartwich in Ahlbed beleidigt glaubte. Der Artikel war dem Stettiner „Volkssboten“ entnommen und von Lautenbach mit einigen weiteren kritischen Bemerkungen versehen worden. Der Artikel war überschrieben: „Der Herr Pastor am Grabe“. Der Pastor wurde beschuldigt, an der Leiche eines organisierten Mannes, Schmidt in Ahlbed, absällig über den Verstorbenen sich geäußert zu haben, indem er zu dem Vater, der Frau und den erwachsenen Kindern sagte, sie sollten sich den Lebenswandel des Verstorbenen nicht zum Beispiel nehmen. Von dem Pastor wurde behauptet, daß er politische Agitation gegen die Sozialdemokratie auch von der Kanzel herab gelegentlich betreibt. Extra zehn Zeugen wurden in Ahlbed kommissarisch vernommen ihre Aussagen kamen zur Verlesung. Die Witwe Schmidt sagte zugunsten des Pastors aus, aber auch in ihrer Aussage heißt es, daß der Pastor, zu einem der Kinder gewandt, gesagt habe, „sic möchte nicht denken, wie ein Arbeiter, wenn der Tag vorbei wäre, daß der Lohn erhöht werde“. — Ein Träger des Sarges sagt aus, daß der Pastor geäußert habe, die Kinder möchten „nicht dem Lebenswandel ihres Vaters folgen, der gern wenig Arbeit leistete, aber viel Geld dafür nahm“. Ein zweiter Sargträger sagt in ähnlicher Weise aus. Andere Zeugen bestreiten daß der Pastor diese oder ähnliche Worte gebraucht habe.

Der Staatsanwalt beantragte 200 M. Geldstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Halpert, betonte, daß der Angeklagte jedenfalls im besten Glauben gehandelt und in seiner kritischen Würdigung der Handlungsweise des Pastors keine beleidigenden Ausdrücke gebraucht habe, es sei denn, daß man das Wort „Lacklosigkeit“ als Beleidigung anfähe.

Das Urteil des Gerichts lautete auf 50 M. Geldstrafe oder 5 Tage Haft und Tragung der Kosten. Dem Pastor Hartwich wird die Befugnis zugesprochen, das Urteil einmal in der „Tribüne“ und einmal im „Stettiner Volkssboten“ zu veröffentlichen. In der Begründung des Urteils heißt es, daß ein Vergehen gegen den § 186 vorliege, daß objektiv unwahre Angaben in dem Artikel enthalten seien. Den zwei Entlassungszeugen sei keine besondere Glaubwürdigkeit vor den übrigen Zeugen beizumessen, da sie als Leute aus niederen Ständen — beide sind Sargträger — nicht geeignet erscheinen, die Rede eines Pastors zu beurteilen! Das Gericht billigt dem Angeklagten aber mildernde Umstände zu und nehme an, daß er in gutem Glauben gehandelt habe.

Wenn „Leute aus niederen Ständen“ nicht imstande sind, die Rede eines Pastors zu beurteilen, so wird es für sie besonders empfehlenswert sein, sich von pastoralen Reden, von denen sie ja doch nichts verstehen, fernzuhalten und durch Austritt aus der Kirche zu vermeiden, daß ihre Großen zur Befolgung eines Mannes verwendet werden, dem sie nach gerichtlicher Ansicht ja doch nicht verstehen.

Die Wahrscheinlichkeitsdemonstrationen in Braunschweig

beschäftigten am Montag das Reichsgericht. Vom dortigen Landgerichte ist am 9. November v. J. der Arbeiter Heinrich Dannenberg zwar nicht wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wohl aber wegen Aufforderung zur Vergehung einer Körperverletzung zu zwei Monaten Gefängnis, außerdem wegen Erregung ruhestörenden Lärms zu 15 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Strafe wurde durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet. Am 22. Januar v. J. fanden auf den Straßen und Plätzen Braunschweigs Ansammlungen und Umzüge der arbeitenden Bevölkerung statt, welche zugunsten des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts für den Landtag demonstrieren wollten. Nachdem die Polizei den Zug bereits auf-

gelöst hatte, rief der Angeklagte, als er einen in Zivil gekleideten Polizeibeamten sah: „Gaut ihn auf den Hut!“ Das Gericht hat angenommen, daß der Angeklagte den Beamten als solchen erkannt hat und daß er die Menge aufgefordert hat, wenigstens eine Körperverletzung an ihm zu begehen. Wegen der großen Freiheit, die der Angeklagte bewiesen hat, so heißt es im Urteile, wurde eine Strafe von 2 Monaten für angemessen erachtet. Die Ueberretung hat der Angeklagte, wie es im Urteile heißt, durch besonders lautes Gröhlen begangen. — In seiner Revision bestritt der Angeklagte das Vorhandensein des gesetzlichen Tatbestandes. Weder Öffentlichkeit noch Menschenmenge sei ausreichend festgestellt, auch sei nicht erwiesen, daß seine Aufforderung ernstlich gemeint gewesen sei. Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Verwerfung der Revision.

Inbesondere die Art und Höhe der Strafe, wie die eigenartige Begründung des landgerichtlichen Urteils lassen deutlich erkennen, daß das Klassenempfinden und die politische Anschauung der Richter die treibenden Faktoren für die Beurteilung waren. Darüber vermag auch die Verwerfung der Revision nicht hinweg zu täuschen. Für die vermeintliche, erfolglose Aufforderung zur Körperverletzung wird der Arbeiter mit zwei Monaten Gefängnis in demselben Reich bestraft, in dem ein Referendar von Juel nur vier Monate erfährt, wiewohl er einen Menschen erschossen hatte.

Die beleidigte oldenburgische Regierung.

Wegen Beleidigung der großherzoglich oldenburgischen Regierung waren seinerzeit der Landtagsabgeordnete und Hauptmann a. D. v. Lebehorn sowie der Redakteur eines Lübecker Blattes zu Geldstrafen verurteilt worden. v. Lebehorn hatte in einem „Eingeländ“ nach das betreffende Blatt der oldenburgischen Regierung in Gütin angedroht, sie wolle die Gebühren für die Nachschau auch noch den Viehhältern aufhaken. Im Zusammenhang damit war von Viehhältern der Regierung die Rede, die aus dem Fell der Bauern Riemen schneiden wolle. Mit solchen Absichten gehe die Regierung einen Streikgang usw. Wegen das Urteil war Revision eingelegt worden, die das Reichsgericht für berechtigt anerkannte. In der erneuten Verhandlung vor dem Lübecker Landgericht gab der Staatsanwalt die Erklärung ab, daß die Regierung zu Gütin auf die Durchführung des Verfahrens kein Gewicht mehr lege, daß eine Jurisdiktion des Strafantrages aber gesetzlich nicht zulässig sei. Die Beklagten nahmen für sich den Schutz des § 193 in Anspruch. Das Gericht billigte den Beklagten den Schutz dieses Paragraphen zu und erkannte auf Freisprechung.

Eine gleich verständige Anerkennung der Wahrnehmung berechtigter Interessen durch Gerichte trifft man gegenüber sozialdemokratischen Pressbüchern kaum an.

Ein Arzt als Weinpantföher.

Der praktische Arzt und Sanitätsrat Dr. Kollh aus Osthofen hatte sich gestern vor der Strafkammer in Mainz zum dritten Male wegen Weinfälschung zu verantworten. Der Angeklagte wurde auch diesmal für schuldig befunden und zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Ferner wurde Kollh wegen des Umfanges der Fälschung und der damit bewiesenen niedrigen Gefömmung zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Verfammlungen.

Stellung zur Maifeier nahm am Montag auch eine Generalversammlung des Berliner Zweigvereins des Maurerverbandes (Sektion der Maurer). Welche emphatisch namens des Vorstandes und der Vertreterzeitung eine Resolution, welche allen Kollegen die Arbeitsruhe am 1. Mai zur Pflicht macht. — Hierüber entstand eine lebhaft Diskussion. Die ersten Redner, Sommer und Leonhardt erklärten, sie seien persönlich nicht gegen die Arbeitsruhe, dann trugen sie aber eine Reihe Bedenken gegen dieselbe vor. Besonders verwiesen sie auf die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse und meinten, diese würden viele Kollegen von der Arbeitsruhe abhalten. Da auch der „Grundstein“ bis jetzt keinen Aufruf zugunsten der Arbeitsruhe erlassen habe, so sei eine starke Beteiligung an der Feier nicht zu erwarten. Uebrigens habe sich trotz zwanzigjähriger Kampfes eine auch nur annähernd allgemeine Arbeitsruhe nicht erzielen lassen. Eine Feier, an der sich nur 30 Prozent der Kollegen durch Arbeitsruhe beteiligen, habe keinen Wert. Die Organisation sei doch nicht in der Lage, die nichtfeiernden Mitglieder auszuschließen, deshalb solle sie ihnen die Arbeitsruhe auch nicht zur Pflicht machen. — Der folgende Redner, Da Henburg, deutete die Ruhe, mit der die Versammlung die Ausführungen der beiden Vorredner entgegengenommen hatte, als ein bemerkenswertes Zeichen dafür, daß die Mehrheit der Kollegen keine Stimmung für die Arbeitsruhe habe. Auch dieser Redner äußerte Bedenken gegen einen Beschluß, der allen Kollegen die Arbeitsruhe zur Pflicht mache. Er beantragte, die Resolution so zu fassen, daß nur die Kollegen, denen es möglich sei, die Arbeit ruhen lassen sollten. — Leiner trat entschieden für allgemeine Arbeitsruhe ein. Er verwies darauf, daß die Arbeitsruhe bis zum Jahre 1906 bei den Berliner Maurern nändig zugenommen habe. Wenn während der schweren Krisenjahre ein Ausweg eingetreten sei, so dürfte man sich dadurch nicht entmutigen lassen. Die Maurer müßten nach wie vor den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern. Die Ausführungen dieses Redners fanden lebhaften Beifall. — Wreschke und Risolous traten ebenfalls für strikte Arbeitsruhe ein, während Strohschein und Bichow einen alle Kollegen zur Arbeitsruhe verpflichtenden Beschluß unter den heutigen Verhältnissen als unbrauchbar und deshalb ungedenkmäßig bezeichneten. — Der Vorsitzende Hankle, der weder für noch gegen die Arbeitsruhe sprach, beleuchtete die Argumente der Vorredner und verwies darauf, daß Risolous, einer der entschiedensten Befürworter der Maifeier, nicht Mitglied des Wahlvereins, auch nicht Abonnet des „Vormärts“, sondern Leiter der „Morgenpost“ sei. — Raufschied trat ebenfalls für die Arbeitsruhe ein. — Welche wandte sich in seinem Schlusswort gegen die Einwendungen, welche der Arbeitsruhe entgegengesetzt wurden. Er habe nicht geglaubt, daß in einer Maurerverammlung solche Reden, wie sie hier gegen die Arbeitsruhe gehalten wurden, möglich seien. Schon oft hätten die Maurer unter schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen die Maifeier durch Arbeitsruhe begangen. Warum sollten sie sich denn in diesem Jahre davon abhalten lassen. Wenn auch noch nicht alle Kollegen zum Feiern veranlaßt werden könnten, so müsse doch der ideale Gedanke der Maifeier hochgehalten und diese in der würdigen Form, der Arbeitsruhe, begangen werden.

Die Resolution des Vorstandes wurde schließlich gegen wenige Stimmen angenommen. Sie lautet:

Die Versammlung beschließt:

1. Analog den früheren Beschlüssen, welche bestimmten, daß der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert wurde, auch in diesem Jahre die Maifeier durch Arbeitsruhe zu begehen.
2. Es findet am Vormittag des 1. Mai eine Versammlung statt, in der jeder Verbandskollege zu erscheinen verpflichtet ist. Die Anwesenheit wird durch Stempel im Mitgliedebücher bestätigt. Die Kollegen in den Vororten schließen sich den Kartellversammlungen ihres Ortes an.
3. Vom Montag, den 3. Mai an haben sich die Kollegen, welche wegen der Maifeier ausgesperrt sind, sowie alle Arbeitslosen in ihren Kontrollstellen zu melden und ihre Mitgliedebücher mitzubringen. Diese müssen den Maistempel enthalten.
4. Am Mittwoch, den 5. Mai findet im Gewerkschaftshause eine Versammlung statt, welche sich mit der Auswertung beschäftigt wird und alle weiteren Maßnahmen zu beschließen hat. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit der Beitragszahlung der Arbeitslosen. Ein Antrag des Vorstandes wurde angenommen, welcher besagt, daß vom 10. Mai ab die Arbeitslosenmarkte aus der Lokalkasse nur dann bezahlt wird, wenn sich die Arbeitslosen zweimal in der Woche zur Kontrolle melden.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Inseratenteil vergew.: Th. Glöde, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts

Partei-Angelegenheiten.

Maisfeier — Achtung!

Zu den gestrigen Annoncen ist nachzutragen:

Vormittags:

Groß-Lichterfelde. 10 Uhr. Versammlung im Kaiserhof.
Zenthen-Gischwalde. 10 Uhr. Versammlung im Restaurant Lindemann. Referent U. M.

Nachmittags:

Groß-Lichterfelde. Nachmittags von 6 Uhr ab. Wahren-dorfs Gesellschaftshaus (Baekestraße 22) und Kaiserhof (am Kranoldplatz).
Pantow. Nachmittags von 3 Uhr an bei Ebersbach („Zum Kurfürsten“), Berliner Straße 102.
Schönwalde. 8 Uhr abends. Lokal von Schulz. Referent: Hermann Müller.

Für alle nötigen Einreichungen (nicht Ein-richtungen, wie im Inserat steht) sowie für die Anmeldung der Versammlungen in den Vor-orten haben die Funktionäre der einzelnen Orte in der üblichen Weise zu sorgen, ebenso für alle Berliner Abendveranstaltungen.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Alwin Körsten, Engelauer 15 I.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins u. Umgegend. Leopold Liepmann, SW. 68, Lindenstr. 69.

Mitdorf. Der heute bei Hoppe geplante Lichtbildvortrag des Genossen Sed fällt aus, da derselbe infolge Krankheit in seiner Familie nicht in Berlin anwesend ist. Die Vorträge behalten ihre Gültigkeit und wird noch näher bekannt gemacht, wann der Vortrag stattfindet. Der Vorstand.

Friedenan. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieberver-sammlung bei Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a. Tagesordnung: 1. Die Finanzreform. Referent: Genosse U. M. — Schlachtensee. 2. Berichte. 3. Renewal des Schriftführers. 4. Die Maisfeier. 5. An-träge und Verschiedenes. Der Vorstand.

Karlshorst. Parteigenossen! Unsere Maisfeier findet am Sonn-abend im Restaurant „Zum Fürstenbad“ — Inhaber Fr. Bartels — statt. Beginn nachmittags 4 Uhr. Für entsprechendes Programm ist gesorgt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Bausuchlinien und Bebauungspläne.

Für die Besitzer großer Terrains speziell für Terrain-gesellschaften bildet die von den Kommunalbehörden zu treffende Festsetzung der Bausuchlinie bezw. des Bebauungs-planes die Unterlage für die Bewertung ihres Besitzes. Der Besitz an Land kann noch so groß sein, er behält nur einen minimalen Wert, wenn nicht die Möglichkeit einer baulichen Erschließung geschaffen wird. Die Wertsteigerung des auf-geschlossenen Landes wird um so größer sein, je vorteil-hafter die Bausuchlinie oder der Bebauungsplan für den oder die Besitzer ist. Je mehr Straßen in einen solchen Landbesitz gelegt werden, desto größer wird die bauliche Wertverwertung des Grund und Bodens und damit auch die Rentabilität desselben. An der baulichen Aufschließung eines Terrains hat zwar auch die Gemeinde ein gewisses Interesse, allein sie übernimmt damit auch nicht ganz unerhebliche Verpflichtungen für Straßenreinigung, Pflasterung, Beleuchtung, Verwässerung, Schullasten, deren Kosten nur zu einem geringen Teil von den Hausbesitzern eingezogen werden können. Und deshalb muß eine Gemeinde recht achtgeben, wenn sie Bausuchlinien und Bebauungs-pläne aufstellt, damit bei dieser Gelegenheit die Interessen der Gemeinde nicht denen der Terrainsbesitzer geopfert werden. Viele Gemeinden machen deshalb ihre Zustimmung zur Auf-stellung neuer Bausuchlinien von gewissen Bedingungen ab-hängig, beispielsweise von der unentgeltlichen Hergabe des Straßenlandes, von Land zu Schulbauten und öffentlichen Plätzen, je nach der Größe des aufzuschließenden Landes. Durch das elende Dreiklassenwahlrecht kommen aber viele Gemeinden in dieser Beziehung zu kurz, da Großgrund-besitzer und Terrainspekulanten in den Gemeinden ihre Vertreter haben und dort nach Kräften die eigenen Interessen, nicht aber die der Gemeinde wahrnehmen.

In Berlin ist es in zahlreichen Fällen gelungen, bei Auf-schließung von Land zu Bebauungszwecken ganz erhebliche Konzessionen von den Besitzern zu erhalten, das wird auch in Zukunft möglich sein, wenn der hierzu günstige Zeitpunkt, nämlich die Festsetzung der Bausuchlinie oder Aenderung des Bebauungsplanes nicht verpaßt wird. Die Terrain-gesellschaften gründen ja ihre ganze Tätigkeit auf die von den Gemeinden zu treffende Festsetzung der Straßenzüge und heimsen dabei müßelos Hunderttausende, ja Millionen ein. Einen keinen Einblick in dieses Geschäftsgebaren läßt uns der Bericht über den Stand der Bodenaktiengesellschaft Berlin-Nord tun. Den Ausführungen des Direktors Busch ist zu entnehmen:

„daß die Terrains Müllerstr. 102—112 und 74—76 in etwa einem Jahre baureif sein werden, nachdem sich die Gesellschaft mit einem von der Stadt Berlin aufgestellten Bebauungsplan einverstanden erklärt hat. Diese ca. 21 000 Quadratrußen großen Terrains stehen bei der Gesellschaft mit ca. 230 M. zu Buch. Im Geschäfts-verkehr könnte man die Quadratrute in dieser Gegend auf etwa 400—500 M. bewerten, das heißt nette Bauland auf etwa 600—700 M. Die Verwaltung glaubt, aus dem Verkauf dieses Blocks eine bessere Dividende herauswirtschaften zu können. Das Terrain in der Seefstraße, welches billig erworben wurde, konnte am 1. April aufgelassen werden. Der Ausschuss kann infolge noch bestehender Differenzen nicht vor dem 1. Oktober er-folgen, wird dann aber im Herbst große Fortschritte machen können. Die Gesellschaft hatte darunter zu leiden, daß sie nicht genug baureife „Bare“ hatte, sie sucht diesem Mangel jetzt durch Ankauf abzuwehren. So erwarb sie zwischen dem Bahnhof Char-lottenburg und dem Kurfürstendamm 1700 Quadratrußen für den Preis von 1600 M. für die Aute. Die Verwaltung will für dieses Gelände einen neuen Bebauungsplan ausarbeiten, um höhere Verkaufspreise erzielen zu können. Ferner besitzen Ver-handlungen wegen des Ankaufs eines größeren Terrains im Osten. Genauere Angaben über die Lage des Terrains kann die Verwaltung noch nicht machen, da sie erst mit 10 Besitzern von 14 abgeschlossen

hat. Die Verwaltung erwartet auch aus dieser Transaktion eine höhere Verzinsung des Aktienkapitals.“

Aus diesem Bericht geht wie aus vielen anderen gleichen Charakters die preistreibende Tendenz der Grund- und Boden-preise durch die Bodengesellschaften hervor; es zeigt sich, welcher Wucher mit dem Grund und Boden getrieben wird. Unsere Genossen in den Gemeindeparlamenten tun gut, noch mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit der Festsetzung der Bausuchlinien und Bebauungspläne zuzuwenden, damit die Interessen der Gemeinden nach Möglichkeit gewahrt werden.

Aus der Trinkerheilstätte „Waldfrieden“.

Heber diese Anstalt lesen wir in der „Berliner Morgenpost“: „Waldfrieden“ ist der Name der schönen Trinkerheilanstalt bei Fürstentwalde, die der fegensreichen Aufgabe dient, die dem Alkohol Verfallenen den verderblichen Folgen des Giftes zu ent-ziehen und sie dem Leben wiederzugeben. „Waldfrieden“ liegt in einem idyllischen Park drei Kilometer von Fürstentwalde ent-fernt, in paradiesischer Ruhe und heiterem ländlichen Frieden. Aber diese Ruhe und dieser Frieden waken nicht so in dem Verhältnis zwischen dem Verwaltungsausschusse und dem lei-tenden Arzt der Anstalt Dr. Kapff, der seit Jahr und Tag gegen den führenden Mann im Ausschusse, gegen den früheren Char-lottenburger Stadtrat Dr. Waldschmidt, einen Kampf führt, in dem es gikern zum Eklat gekommen ist.

Die Trinkerheilstätte „Waldfrieden“, die am 13. Juni 1900 vom Bezirksverein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke (Berlin und Umgegend) E. V. begründet wurde, ist heute mit 170 Kranken belegt 110 von diesen sind von der Landesdirektion über-wiesen, 56 von der Berliner Armendirektion, den Kranken-lässen und der Landesversicherungsanstalt. Der Rest sind frei-willige Pensionäre. Die Gründung der Anstalt, die den Alkohol-erkrankten ebenso wie den sonst Geisteskranken zu systematischer Heilung führt, war von zweifellos fegensreicher Wirkung, und die Resultate, die der Leiter der Anstalt, Direktor Dr. Kapff, eine Kapazität auf nervenärztlichem Gebiete, dort erzielt hat, sprechen deutlich für die Notwendigkeit einer solchen Heilanstalt.

Aber so glänzend die Erfolge sind, die Dr. Kapff in „Wald-frieden“ in den drei Jahren seiner dortigen Tätigkeit erzielt hat und erzielt und so sehr er die Anerkennung der wissenschaft-lichen Welt gefunden hat, mit ebenso großen Schwierigkeiten hat er im Verwaltungsbetriebe der Anstalt zu kämpfen. Und die treibende Kraft dieses Widerstandes ist der genannte Referent des Verwaltungsausschusses, der frühere Charlottenburger Stadtrat Dr. Waldschmidt. Schon im Jahre 1902 sah sich der damalige Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses, Geh. Medizinalrat Professor Dr. Guttstedt vom Reichsgesundheitsamt, veranlaßt, den Vorstoß niederzuliegen, weil er mit verschiedenen Modalitäten der Kassenführung und der Form der Grundbuch-eintragungen nicht einverstanden war. In die Kassenführung des Vereins und der Heilstätte teilten sich damals als Kassen-führer des geschäftsführenden Vorstandes ein Ingenieur O. Cuntmann, der ein Schwager des Dr. Waldschmidt ist, der Kassenführer des Verwaltungsausschusses der Heilstätte Georg Springorum, ebenfalls ein Verwandter Dr. Waldschmidts, und Dr. Waldschmidt selbst als Führer der Kasse der Anstalt. Ein außergewöhnlich starker Verbrauch von Kassenführern, wenn man bedenkt, daß es sich um ein Wohlfahtsinstitut handelt, dessen Kosten durch teilweise geschenkte, teilweise unentgeltlich gegebene Anteilsscheine deckt werden.

Im Jahre 1906 wurde von Dr. Waldschmidt der Anstalt „Waldfrieden“ eine revidierte „Speiseordnung“ gegeben. Die Neuordnung führte zu einer Hungerrivolte, bei der der un-schuldige Anstaltsleiter Dr. Kapff in Lebensgefahr schwebte. Die Inzassen, die mit der Kost, die weit unter jener der Dal-dorfer Anstalt stand, nicht zufrieden waren, rebellierten gegen Dr. Kapff, der dann auf eigene Verantwortung die alte Speise-ordnung wieder einführt, ohne daß der Ausschuss dagegen remonstrierte. Auch wegen der Berechnung der Ueber-schüsse der Anstalt entständen Differenzen. In dem Statut heißt es, daß die Ueber-schüsse zugunsten der Patienten zu verwenden seien, und um dieses guten Zweckes willen hat der Oberpräsident sogar eine Hauskollekte genehmigt. Im letzten Jahre sind 60 000 M. Ueber-schuss herausgewirtschaftet worden, über deren Verwendung der Direktor der Anstalt aber keine Auskunft erlangen konnte. Heber die ganze Verwaltung blieb ein mysteriöser Schleier ge-breitet, ein Einblick in die Geschäftsführung wurde dem in erster Linie interessierten Anstaltsleiter nicht gewährt.

Befürwender, die an den Ausschuss gelangten, wurden nach den Erklärungen Dr. Waldschmidts in der Regel als „erledigt“ angesehen, und die energischen Ausstellungen Dr. Kapffs mit seiner „sofortigen Entlassung“ beantwortet. Die Verfü-gung wurde alsbald zurückgenommen, vorgestern aber erhielt Dr. Kapff die „Entlassung“ von neuem. Gestern morgen erschien Dr. Waldschmidt mit einem Rechtsanwalt und dem präsumptiven Nachfolger Dr. Kapffs in der Anstalt, um den bisherigen Direktor seines Amtes zu entheben. Es kam zu einer außer-ordentlich heftigen Auseinandersetzung, die damit endete, daß Direktor Kapff den Herren die Tür wies.

Die Angelegenheit wird, wie wir hören, ein gerichtliches Nachspiel haben, was zu einer öffentlichen Klärung der Vor-gänge Gelegenheit geben wird.

Heber die Verhältnisse in der Heilstätte „Waldfrieden“ sind uns im Laufe der letzten Jahre wiederholt Klagen zugegangen, die wir aber nach Lage der Sache schwer nachprüfen konnten. Donach war nicht immer alles so einwandfrei, wie das im vorliegenden Artikel dargestellt wird. Heber die Differenzen Dr. Waldschmidts mit Dr. Kapff erhalten wir aus der Anstalt folgende Zuschrift: „Heut — am 26. April — machte Herr Dr. Waldschmidt den Ver-such, den Direktor dieser Heilstätte, Herrn Dr. Kapff, der ihm (Waldschmidt) schwere Verfehlungen in der Verwaltung der Heil-stätte vorgeworfen hatte, unter Assistenz eines Fürstentwälder Rechtsanwalts und eines neuen ärztlichen Direktors seines Amtes zu entheben. Herr Dr. Kapff, dem Herr Waldschmidt seinen Klag-vortrags, sagte ihm vor vielen Zeugen deutliche Worte und wies ihn aus der Anstalt, worauf Herr Waldschmidt mit seinen Mannen ziemlich verdrückt wieder abzog. Aus der Menge der Kranken, die sich angeammelt hatte, wurden ihm Worte nachgerufen, die er sich nicht hinter den Spiegel stecken wird. Man hätte eben die seinerzeitige „Hungerrivolte“ noch nicht vergessen, deren Ursache ausschließlich in dieses Herrn Maßnahmen lag. (Walam er doch damals 6 Proz. vom Reingewinn der Anstalt.) Der Frankfurter Kreisarzt, den Herr Dr. Waldschmidt zur Teilnahme an diesem Feld-zug eingeladen hatte, war zu Herrn Dr. Waldschmidts Bedauern nicht erschienen, hatte aber in einem Schreiben an den Berliner Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke bemerkt, daß gegen Herrn Dr. Kapffs Amtsführung nicht das mindeste einzuwenden sei und daß er die Angelegenheit zur Kenntnis der Regierung gebracht habe.“

In der Kasse in der Niebischstraße

Ist gestern nach der von dem Restaurateur Ved eingelegten Beschwerde an das Amtsgericht der entwendete photographische Apparat durch zwei Schulkente wiedergebracht. Der Polizeipräsident hat eine Auf-klärung über den von uns geschilderten Vorfall nach nicht gegeben. Da wird uns nichts übrig bleiben, als die Gründe für das Auftreten des Bureau-schreibers Mißfalle demnächst selbst zu enthüllen. Wenn-gleich uns die Fälle polizeipräsidialer Nachbefragnisse zur Aufklärung des Tatbestandes nicht zu Gebote steht, wird das von uns Ermittelte

wohl zur Aufklärung der Frage hinreichen, weshalb das von uns geschilderte rechtswidrige Eingreifen in das Eigentum und in die persönliche Freiheit von Staatsbürgern möglich war.

Gegen die geplante Erhöhung der Kanalisationsgebühren von 1 1/2 auf 2 Prozent zu Lasten der Hausbesitzer nahm am Montagabend in der Brauerei Königsplatz eine Versammlung der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine Stellung. Der Bundes-vorsitzende Barlowitz sprach seine Entrüstung darüber aus, daß durch dieses Projekt den Haus- und Grundbesitzern eine Mehrausgabe von 2 1/2 Millionen Mark auferlegt werden soll. Er betonte, daß der Berliner Haus- und Grundbesitz dieses Opfer nicht bringen könne, da er so wie so schon genügend Sonderlasten zu tragen habe. Stadt-verordneter Zden, Rektor Lieverenz, Apotheker Streber und andere sprachen sich in gleichem Sinne aus und schloßen an, daß die Kanalisation nicht im nur im Interesse der Hausbesitzer, sondern der Allgemeinheit liege. Wenn die städtische Finanzverwaltung nicht so „miserabel“ wäre, dann würde man mit reichen Ueber-schüssen rechnen können. Zu einer einstimmig angenommenen Resolution wurde schließlich die Erhöhung der Kanalisationsgebühren zu Lasten der Hausbesitzer als eine unerhört einseitige Maßnahme, die gegen Recht und Billigkeit verstoße, bezeichnet und nachdrücklich gegen dieselbe protestiert. Zum Ausgleich der Finanzen wird eine rationelle Ver-wirtschaftung der Rieselfelder gefordert.

Wenn die Hausbesitzer zahlen sollen, verstehen sie so laut zu schreien wie unsere Agrarier.

Unbemittelte Magen- und Darmkranke werden in der Poliklinik Karlstr. 20a, wieder täglich von 10—11 Uhr unentgeltlich behandelt.

Folgen der Arbeitslosigkeit. Weil er sich von seiner Frau nicht wollte ernähren lassen, hat der 40 Jahre alte Metallarbeiter Theodor Lehmann aus der Auguststraße 41 Hand an sich gelegt. Lehmann war vier Jahre bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Ab-teilung Voltastraße, beschäftigt, wurde aber vor sieben Wochen wegen Arbeitsmangels entlassen. Seitdem bemühte er sich vergeblich um neue Arbeit. Seine Frau mußte durch die Hausreinigung für den Unterhalt der Familie sorgen. Der einzige Sohn verdient als fünfzehnjähriger Lehrling noch nichts, eine Tochter ist erst fünf Jahre alt. Der Gedanke, daß seine Frau ihn ernähren müsse, war Lehmann unerträglich. Oft, wenn er wieder den ganzen Tag umsonst Arbeit gesucht hatte, äußerte er Selbstmordgedanken. Gestern nachmittag machte er seinem Leben ein Ende, indem er sich auf dem Hausboden an einem Balken erhängte. Als die Frau, die ihn und den Boden-schlüssel vermisste, ihn auffand, war er schon tot. Wiederbelebungs-versuche, die ein Mann aufstellte, blieben erfolglos.

Rot und Glend, verursacht durch Arbeitslosigkeit, haben den Stolpischestraße 47 wohnhaften Arbeiter Otto Neumann zur Ver-zweiflung getrieben. Er ging hin und stürzte sich gestern von der Friedrichsbrücke aus in die Spree, um seinem Hungerleben ein Ende zu machen. Tot wurde er aus dem Wasser gezogen. Damit ist aber nicht das Glend seiner Familie geändert, da eine Frau mit fünf Kindern zurückbleiben und das sechste Kind jeden Tag er-wartet wird.

Der ausgerissene Polizeihund. Hundebiebstahl ist anscheinend die Polizeihündin Flora in die Hände gefallen. Das Tier entlief auf dem Tempelhofer Feld beim Ueben seinem Herrn, einem Polizeibeamten, und ist seitdem verschwunden. Da der Hund schon seit drei Tagen vermisst wird, so kann nur angenommen werden, daß er von Hundebiebern gefangen worden ist.

Daß ein Hund, der Spitzhunden fangen soll, selbst aber von solchen gefangen wird, das dürfte auch nicht alle Tage vorkommen.

Zus Wasser gehürzt und ertrunken ist gestern der Arbeiter Johannes Daus. D. hatte am Schiffsfahrkanal bei Hohenfinow Paggerarbeiten getan. Als er abends heimging, geriet er in der Dunkelheit so nahe an die Uferböschung heran, daß er in den Kanal stürzte und hilflos ertrank. Die Leiche des bedauernswerten Mannes konnte gelandet werden.

Auf der Arbeitsuche verunglückt. Von einem Straßenbahn-trojan überfahren und schwer verletzt wurde gestern früh der 33-jährige Arbeiter Franz Matowial aus der Rindener Straße 29. Gegen 8 Uhr vormittags passierte M. die Horkstraße und versuchte unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Fahrgänge 3 die Gleise zu überqueren. Er wurde von dem Wagen erfaßt, zu Boden geworfen und geriet unter den Schuttrahmen des Vorderperson. Dem Arbeiter war der linke Arm vollständig zer-malm und das Fleisch von den Knochen gerissen worden. Der Verunglückte erhielt auf der Anstalt am Tempelhofer Ufer die erste Hilfe und wurde dann nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt, wo ihm der Arm abgenommen werden mußte. Der Inguinalgefäß ist um so bedauerlicher, als Matowial erst gestern noch längerer Krankheit aus dem Krankenhaus Friedrichshain ent-lassen worden war und sich auf der Suche nach Arbeit befand, als er so schwer zu Schaden kam.

Rinderraubentung.

Mit einem schwer beladenen Handwagen quälte sich am Montag-abend ein dreizehnjähriger Junge an der Horkstraße ab, um schließ-lich vor Entkräftung nicht mehr weiter zu kommen. Vorüber-kommende Arbeiter empörten sich ob dieser dem Jungen zugewandten Schinderei und veranlaßten einen Schuttmann, einzugreifen. Dieser rief telephonisch den Chef, einen Herrn Ulrich-Fritsche, Alexanderstr. 50, der ein Agenturgeschäft in Geschirren, Wägen u. dgl. hat, herbei, der nunmehr einen Arbeiter zum Transport der Materialien an-nehmen mußte. Wie uns mitgeteilt wird, war der arme Junge schon stundenlang mit seiner Last unterwegs, ohne recht vorwärts zu kommen. Der noch schulpflichtige Junge soll für seine Tätigkeit bei diesem Herrn Fritsch, die von 2 bis 9 Uhr dauern soll, 4,50 M. wöchentlich bekommen. Wenn er dann nach 9 Uhr müde und ermattet nach Hause kommt, wartet seiner noch die Anfertigung der häuslichen Schularbeiten.

Genieß mag die Eltern des Knaben nur Bitters Armut dazu veranlassen, den Knaben zum Mitterwerb heranzuziehen, weil oft der Vater nicht soviel verdient, um eine Familie ernähren zu können; andererseits ist aber die Tätigkeit, die dem Schulknaben hier auf-gebürdet worden ist, eine solche, die sich für einen erwachsenen Arbeiter nicht. Natürlich würde ein solcher nicht für 10 Pf. pro Stunde arbeiten.

Ein Flugblatt der Anarchisten ist dieser Tage im Norden Berlins verbreitet worden mit der Ueberschrift: Was ist Anarchismus! In diesem Flugblatt, auf dessen verschrobener Inhalt einzugehen, kein Anlaß vorliegt, ist zum Schluß mitgeteilt, daß der „Freie Arbeiter“ unter anderem auch durch den Gastwirt Knapp, Grünhäger Str. 5, zu beziehen sei. Genosse Knapp bitte uns mitzuteilen, daß dieser Hinweis ohne sein Wissen und ohne seine Zustimmung in das Flug-blatt Aufnahme gefunden habe.

Wer sind die Toten? Aus dem Lektower Stichkanal wurde gestern nachmittag in Treptow die Leiche eines unbekanntes Mannes gelandet. Der Tote ist etwa 55 bis 60 Jahre alt, 1,82 Meter groß und kräftig gebaut. Er hat weißes Haar mit Glatze, einen grau-melierten Schnurrbart mit Fliege, braune Augen und ein rundes Gesicht und trug schwarze Kleidung: Hut, Jackettanzug, Krawatte und Schuhschäkel. Sein kleines Hemd ist G. M. sein Zaidentuch E. der Trauring F. M. 1884 gezeichnet. Die Leiche befindet sich in der Halle zu Treptow. — Aus dem Spreekanal vor dem Hause Neu-Kölln am Wasser wurde die Leiche eines unbekanntes jungen Mädchens gelandet. In der Kleidertafel fand man einen Zettel

mit dem Namen eines achtzehnjährigen Dienstmädchens aus der Gemarkung. Die Vermutung, daß dieses die Ermordete sei, bestätigte sich jedoch nicht. Das Dienstmädchen lebt und kennt die Tote nicht.

Erbaunngskräfte für Eisenbahnreisende werden regelmäßig an Sonntagen den Ausflüglern Berlins in die Hände gegeben, wenn sie mit den Vorortzügen hinausfahren in Feld und Wald. Vor längerer Zeit wiesen wir einmal darauf hin, daß solche Traktatchen von den mit der Verteilung betrauten Personen direkt in die Eisenbahnwagen hineingelegt wurden, und wir fügten hinzu, daß die Eisenbahnverwaltung ihnen ihr Gewerbe in keiner Weise erschwere. Wir erklärten uns einverstanden mit dieser „Toleranz“, warfen aber die Frage auf, ob daselbst Entgegenkommen auch anderen Leuten gewährt werden würde, die den Eisenbahnreisenden nicht Traktatchen, sondern etwa sozialdemokratische Flugblätter überreichen wollten. Die Eisenbahndirektion Berlin hielt es damals für nötig, uns eine Gegenüberlegung zu schicken, in der sie versicherte, daß die Einlegung von Flugblättern, Zeitschriften und dergleichen in die Züge allgemein untersagt sei, soweit es sich nicht um verträglich zugelassene Fremdenzeitungen handle. Heute wollen wir feststellen, daß wir am letzten Sonntag vormittags beobachten konnten, wie auf dem Görlitzer Bahnhof in den Waggons die Verteilung von Traktatchen vor aller Augen betrieben wurde. Ein Verteiler hatte sich in dem Vorraum aufgestellt, der vom Innern der Halle aus bequem zu übersehen ist. Hier trat er den von der Straße hereinkommenden Ausflüglern in den Weg und drängte ihnen seine Traktatchen auf. Wir haben, solange wir dem Wagne zusehen, nicht bemerkt, daß einer der Beamten ihm die Traktatchenverteilung untersagt hätte. Dürfen wir daraus den Schluß ziehen, daß die Eisenbahndirektion Berlin über die Zulässigkeit der Verteilung von Druckchriften innerhalb ihres Machtbereiches jetzt anderer Meinung ist? Sie würde nunmehr wohl auch nichts dagegen einzuwenden haben, wenn neben dem Mann mit den Erbaunngskräften auch sozialdemokratische Flugblätter verteilt werden könnten. So denken wir's uns wenigstens.

In der Säuglingsfürsorge IV, die im Hause Raunynstraße 63 untergebracht ist, haben wohl die aus dem Stadtsäckel zur Verfügung gestellten Mittel nicht gelangt, alle erforderlichen Einrichtungen in derjenigen Vollkommenheit zu schaffen, die man bei einem solchen Institut als selbstverständlich voraussetzen möchte. Eine Mutter meldet uns, kürzlich sei es ihr dort passiert, daß ihr Kind bei der durch das Personal vorgenommenen Ermittlung des Körpergewichtes von der Waage herabfiel und samt dem Wiegeteller auf den Fußboden stürzte. Auch man sich schon darüber wundern, daß angesichts des in reichlicher Zahl umherstehenden Personals das Kind herunterstürzen konnte, so ist noch weniger begreiflich, daß für eine Säuglingsfürsorge nicht eine Waage beschafft wird, deren Wiegeteller fest mit ihr verbunden ist. Mancher wird hier fragen, warum nicht die Mutter selber das Kind, während es auf dem Wiegeteller lag, behält? Ja, früher hatte sie das mal versucht, indem sie das strampelnde Baby leicht festhielt, aber das wurde ihr damals in einem Ton untersagt, den sie als recht unfreundlich und schroff empfand. Als jetzt das Kind von der Waage herabgefallen war, schien das bei dem Personal keine sonderliche Aufregung hervorzurufen. Der Vater des Kindes hat sich mit einer schriftlichen Beschwerde nebst Ersuchen um Aufklärung an den Herrn Dr. Wallin, den leitenden Arzt der Säuglingsfürsorge IV, gewandt. Herr Dr. Wallin scheint sich mit der Verantwortung nicht allzusehr beäugen zu wollen, noch 14 Tage nachher wartete der Vater darauf.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Wertzuwachssteuer von der Stadtverordnetenversammlung angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung am Montag wurde fast mit der Verabreichung der neuen Wertzuwachssteuer-Ordnung ausgefüllt. Eine gemeinsame Deputation des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung hat bereits seit Wochen daran gearbeitet und sich einstimmig für die Einführung einer Wertzuwachssteuer ausgesprochen. Nach dieser Ordnung soll eine Wertzuwachssteuer erhoben werden, wenn der Wertzuwachs 10 Proz. bei bebauten und 3 Proz. bei unbebauten Grundstücken übersteigt. Die Höhe der Steuer steigt mit der Höhe des erzielten Wertzuwachses, und zwar von 3 Proz., wenn der Wertzuwachs mehr als 3 bis 6 Proz. beträgt, bis auf 25 Proz., wenn der Wertzuwachs mehr als 100 Proz. beträgt. Bei bebauten Grundstücken ermäßigt sich die Steuer, wenn seit dem letzten Umsatz mehr als zehn Jahre verstrichen sind. Stadtv. Jodel (lib. Fr.) gab als Berichterstatter eine nähere Erläuterung der Steuerordnung. Er empfahl die sofortige Annahme ohne Ausschüßberatung, da durch jede Verschiebung weitere Summen der Stadtgemeinde verloren gehen. Die Grundbesitzer Schönebergs haben sich nicht so gezeigt, daß man mit Rücksicht darauf etwa noch mit der Einführung der Steuer warte. Der Stiftungsetat Schönebergs schließt nur mit 5000 M. ab. Redner meint, daß die Schöneberger Bürgererschaft auf diejenigen Stadtverordneten mit Fingern zeigen werde, die heute gegen die Einführung der Wertzuwachssteuer stimmen.

Auch der zweite Referent, Stadtv. Heyne (Unabh. Bg.), empfahl die sofortige Annahme ohne Ausschüßberatung.

Stadtv. Ritter (Soz.) hält die Wertzuwachssteuer für eine der gerechtesten Steuern, deren Einführung in Schöneberg zum großen Teil der sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken ist. Die Steuer kann auch so leicht nicht auf andere Schultern abgewälzt werden. In den Gemeinden, wo die Steuer bereits eingeführt ist, hat dieselbe ganz neue Summen eingebracht. Redner gibt dafür eine Reihe von Beispielen und empfiehlt zum Schluß, der Steuerordnung ohne Ausschüßberatung zuzustimmen. Die Verweisung an einen Ausschüß bedeute nur eine Verschleppungstaktik, die von der sozialdemokratischen Fraktion nicht mitgemacht wird.

Stadtv. Janyow (lib. Bg.) ist für die Einführung der Wertzuwachssteuer, hält aber eine nochmalige Ausschüßberatung für unbedingt notwendig.

Stadtv. Schneider (Unabh. Bg.) erklärt gegen die Einführung der Wertzuwachssteuer stimmen zu wollen. Seiner Meinung nach kann eine solche in Schöneberg nur eingeführt werden, wenn das in Wilmersdorf und Charlottenburg auch geschehe. Die Grundbesitzer werden immer härter belastet. Unter den Grundbesitzern in Schöneberg herrscht heute eine Erregung, wie nie zuvor.

Stadtv. Gottschall (lib. Fr.) tritt für die sofortige Annahme der Vorlage ein.

Stadtv. Mollenhuth (Soz.) geht auf die in der Debatte aufgeworfene Frage einer Reichwertzuwachssteuer ein und meint, daß die Konservativen für jede Steuer zu haben sind, die sie nicht zu bezahlen brauchen. Die Wertzuwachssteuer bricht sich immer mehr Bahn. Wenn man, wie der Stadtverordnete Schneider, die Wertzuwachssteuer überhaupt ablehnt, dann ist doch auch eine Ausschüßberatung zwecklos. Es kommt dann nur lediglich darauf hinaus, den Zeitpunkt der Einführung der Steuer noch weiter hinauszuschieben. Jede Woche, die aber mit der Einführung verzögert wird, bringt für den Gemeindefiskus große Verluste. Redner bedauert, daß der ursprüngliche Entwurf noch abgelehnt worden ist, hoffentlich läßt sich dies in Zukunft wieder gut machen.

Der Kammerer erklärt, daß die Änderungen des ursprünglichen Entwurfs notwendig geworden sind, um eine möglichst schnelle Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden möglich zu machen. Redner hat in dieser Beziehung mit den Aufsichtsbehörden bereits Fühlung genommen.

Stadtv. Heyner (Unabh. Bg.) tritt für sofortige Annahme der Steuerordnung ein und sucht sich zu entschuldigen, daß er nicht bereits früher aus einem Gegner zu einem Anhänger der Wertzuwachssteuer geworden ist.

Nach weiteren Auseinandersetzungen wird die Uebersetzung an einen Ausschüß abgelehnt und die Steuerordnung in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 8 Stimmen angenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte die Einführung der neugewählten Stadtv. Peine und Hartmann (lib. Fr.)

Rixdorf.

Aus der Magistratsitzung. Der Magistrat tritt den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung vom 25. März 1909 über die städtische Beihilfe an das freiwillige Feuerwehrkorps und die abweichende Festsetzung des Gehalts für die Oberfeuermänner bei. — Der mit dem Diakonissenhause Bethanien abgeschlossene Vertrag über die vorzugsweise Aufnahme armer Rixdorfer Kranker soll trotz der Erhöhung des Pflegesatzes auf 8,50 M. für den Tag nicht gekündigt werden. — Der Verein Trianea erhält für die in Rixdorf zu veranlassende Ausstellung von Aquarien und Terrarien eine Unterstützung von 100 M. gegen die Verpflichtung, den Rixdorfer Schülern den Besuch der Ausstellung unter Leitung ihrer Lehrer unentgeltlich freizustellen. — Wegen der Beteiligung der Stadt an den Kosten des Neubaus der Herzhabrücke sollen nochmals mündliche Verhandlungen mit der königl. Eisenbahndirektion eingeleitet werden. — Zu Assistenzärzten an der chirurgischen Abteilung des neuen städtischen Krankenhauses für die Zeit vom 1. Oktober dieses Jahres ab werden Dr. Hering aus Chemnitz und Dr. Groß aus Greifswald gewählt. — Als Mitglied des Stadtschulraths wird an Stelle des ausgeschiedenen Stadtrats Lehle Stadtrat Biskate gewählt. — Der Magistrat erklärt sich damit einverstanden, daß für die Untergrundbahn Roabit-Rixdorf die Stadt Berlin die Betriebsführung übernimmt. Der Reingewinn soll so geteilt werden, daß der auf jede Gemeinde entfallende Anteil am Bruttogewinn nach Abgabe des Beschlages ermittelt wird und daß von dem Bruttogewinnanteil jeder Gemeinde ihr wagenkilometrischer Anteil an den Betriebskosten und an der Materialverzinsung in Abzug kommt. Geht dieser Anteil über den Bruttogewinn, der auf eine der beiden Gemeinden entfällt, hinaus, so hat diese in entsprechender Höhe einen Zuschuß zu leisten. — Die Kanalisationsgebühr soll bis zum 1. April 1910 noch nach dem bisher geltenden Gebäudesteuerwert berechnet werden. — Die Erträge der Warenhaussteuer aus dem Jahre 1908 und der Restiertrag aus dem Jahre 1907, der bei der Berechnung für 1908 voraussichtlich nicht zur Verwendung kommen wird, sollen im vorausschüssigen Gesamtbetrag von 7710,46 M. auf das Gewerbesteuerfeld der Steuerklassen III und IV angerechnet werden, so daß die Zuschläge für diese Steuerklassen um 8 Proz., also auf 142 Proz. ermäßigt werden. — Es sollen 7000 Merkblätter über die Schädlichkeit des Alkoholkonsums im Kindesalter zur Verteilung an die Mütter der Erntimpflinge aus den für die Ausführung des Impfschältes zur Verfügung stehenden Stadtmitteln angeschafft werden. — Der Magistrat nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der Besprechung über die Regelung der Kostenfrage für die Krankenhauspfege. Es wird auch eine Erhöhung der für das Rixdorfer städtische Krankenhaus geltenden Versorgungsätze für die Zeit nach dem 1. Oktober d. J. in Aussicht genommen. — Der Magistrat stimmt dem Beschlusse der Beleuchtungsdeputation, betreffend die Anlegung eines neuen Rohrbrunnens sowie der Beschaffung einer Worthingtonpumpe für das Gasanstaltsgrundstück in der Leipziger Straße zu.

Steglitz.

Um den Beträgern der Grundstückspekulationen einen Riegel vorzuschieben, hatte der Gemeindevorstand der letzten Gemeindevorversammlung eine neue Umsatzsteuerordnung vorgelegt. Wie aus der Begründung des Referenten hervorgeht, haben es verschiedene Spekulanten fertig gebracht, die Gemeinde innerhalb der letzten fünf Viertel Jahre um die nette Summe von rund 60 000 M. Umsatzsteuern zu pressen. Daß es sich ausnahmslos um auswärtige Käufer handelt, macht für die Gemeinde den Verlust nicht weniger schmerzhaft. Die neue Vorlage wurde von verschiedenen Herren festig umstritten, schließlich aber doch mit einigen Änderungen, die ungewohnte Härten verhüten sollen, in erster Lesung angenommen. — In dem Entwurf für die demnächst zu errichtende kaufmännische Fortbildungsschule wurde ein Nachtrag beschlossen, wodurch auch die in kaufmännischen Geschäften tätigen weiblichen Angestellten zum Besuch verpflichtet werden. — In dem Entwurf über das Gewerbegericht wünschte der Bezirksausschuß einige geringfügige, edt bürokratische Änderungen, die von der Versammlung genehmigt wurden. Hoffentlich finden nun bald die Neuwahlen statt, die schon im Februar hätten erfolgen müssen. — Für Aufstellung einer Bedürfnisanstalt auf dem Marktplatz, der demnächst reguliert wird, wurden 12 500 M. bewilligt. Außer einem Raum für den Marktmeister soll der Bau auch einen solchen für den Verkauf alkoholfreier Getränke enthalten. — Der Vertrag der Gemeinde mit den B. V. E. W. läuft im Jahre 1911 ab; deshalb wurde eine Kommission zur Beratung über die künftige Versorgung der Gemeinde mit Elektrizität eingesetzt, die sich auch mit der Frage beschäftigen wird, ob die Gemeinde ein eigenes Elektrizitätswerk errichten soll. — Als Sitzungstag der Gemeindevertretung wurde wieder der erste Freitag im Monat bestimmt.

Lichtenberg.

Unsere Behauptung, daß das hiesige Ortsblattchen sich einer arg konfus und tendenziösen Berichterstattung über die Einberufungen der Stadtverordnetenversammlung bedient hat, hat es zu einem Ausfall gegen unsere Genossen veranlaßt. Um sich von dem Verdacht der Konfusion sowie der tendenziösen Rasche zu reinigen, oder aber auch seine Leser von der eigentlichen Kernfrage abzulenken, schimpft es noch Herzenslust in seinem Jargon über gewisse „sozialdemokratische Großen“, aber das Renommee „gewisser Kaufhelden“. Endlich spricht das Blattchen von „Salzbarereien des Vorwärts“. Alles aber, was es bisher geflüstert hat, übertrifft die Behauptung, der „Vorwärts“ hätte in einem seiner früheren Berichte über die Stadtverordnetenversammlung — sozialdemokratische Redner aufspazieren lassen, die in der betreffenden Sitzung überhaupt nicht den Mund aufgetan haben. Entweder liegt hier der Verfasser der Notiz betrunken, oder aber er leidet an Gedächtnisschwäche, denn sonst müßte er wissen, daß wir den in dem betreffenden Bericht enthaltenen Irrtum — denn um einen solchen konnte es sich handeln — richtig gestellt haben.

In Wirklichkeit scheint das Blattchen, um sich von dem Verdacht der Unzuverlässigkeit zu reinigen, sich des bekannten Rufes: „Postei den Dieb“ zu bedienen. Der Magistrat sowie die bürgerliche Wehrzeit sind wirklich nicht zu beneiden, daß sie sich also verteidigen lassen müssen. Sie sowohl, wie auch die Leser des Blattchens verdienen Mitleid, das ihnen in den wenigen Spalten, die nicht aus der Plattenfabrik stammen, serviert wird.

Ober-Schöneweide.

Die Uebernahme des Wochenmarktes in eigene Regie, welche seit dem 1. April d. J. durchgeführt ist, wird der Gemeinde einen nennenswerten Mehrertrag gegen den früheren Zustand bringen. Im April sind bisher an Standgeldern eingegangen 450 M., was einer Jahreseinnahme von 5400 M. gleichkäme, wogegen der bisherige Pächter nur 3100 M. zahlte und dies erst das Ergebnis einer wesentlichen Steigerung war. — Bei den Ortsberatungen wurde von einer Seite angeregt, für die Gemeinde das Steuerbring-

licht einzuführen. Dem Gutachten der Steuerkasse sind die gewiß zutreffenden Ausführungen zu entnehmen, daß die Einführung eine arge Belästigung sowohl der Steuerzahler als auch der Steuerverwaltung darstellen würde und im übrigen nicht einmal eine Verringerung des Beamtenstabes brächte. Ein 19 000 Einwohner zählender Industriort mit äußerst schwacher Bevölkerung ist eben nicht zu vergleichen mit Gemeinden wie Grunewald und anderen. — Die Erfüllung des neuen Ortsteiles geht jetzt rüstig von statten. Neben den großen Durchgangsstraßen wird in erster Linie der Marktplatz hergerichtet. Der Bau des Postgebäudes ist in Angriff genommen.

Frügelpädagogik. In letzter Zeit mehren sich die Beschwerden über allerbald Liebergriffe einiger Lehrpersonen an den hiesigen Schulen. Das Maß der Fälligkeit wird vielfach in einer Art angewandt, die es als notwendig erscheinen läßt, daß sich die Deffektivität damit besetzt, wenn von den maßgebenden Stellen nicht Abhilfe geschaffen wird. Wenn es auch begreiflich erscheint, daß aus Anlaß solcher Ausschreitungen die Eltern in der Aufregung zum Lehrer laufen und dort womöglich einen Austritt herbeiführen, der in den meisten Fällen noch sogar Beleidigungsklagen für die Eltern einbringt, so ist dies nicht immer gerade zweckmäßig. Mindestens sollte dies nicht der alleinige Protest sein. Um diesem Uebel wirksam zu begegnen, wird hierdurch ersucht, in allen solchen Fällen eine Mitteilung des Falles dem Gemeindevorstand Genossen Grunow, Deulstr. 2, vorn III rechts zugehen zu lassen.

Alt-Ostende.

Ueber wirtschaftliche Organisation sprach Genosse Gerhard Werschhof in der Generalversammlung des Wahlvereins. Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung erstattete Genosse Schneider, den von der Verbandsgeneralversammlung Genosse Kurzbein. Die Einnahme vom ersten Quartal betrug 66,30 Mark, wogegen die Gesamtausgabe von 109,48 Mark gegenübersteht. Der „Vorwärts“ wird in 170 Exemplaren gelesen. In den Wahlverein neu aufgenommen wurden 2 Genossen und 9 Genossinnen. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende, die am 1. Mai bei Wahn stattfindende öffentliche Versammlung zahlreich zu besuchen.

Johannisthal.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Schmidt den Vorstandsbericht. Der Kassensbericht weist eine Einnahme von 78,78 M. und eine Ausgabe von 102,22 M., mithin ein Defizit von 23 M. auf. Die Expedition hat einen Ueberschuß von 14,48 M. ergeben. Nach einem vom Genossen Dühring gestellten und begründeten Antrag soll in Zukunft die Parteispedition Rudow nicht mehr vom hiesigen Wahlverein übernommen werden. Der Zentralvorstand soll ersucht werden, eine andere Regelung zu schaffen. Nachdem Genosse Krieg den Bericht von der Kreisgeneralversammlung und Genosse Scherling den von Groß-Berlin erstattet hatte, wurde an Stelle des verstorbenen Genossen Wäsche Genosse Hoffmann zum zweiten Vorsitzenden und Genosse Sauerland an Stelle des verstorbenen Genossen Mertins zum Beisitzer gewählt. Der Vorsitzende ermahnte am Schluß der Versammlung noch zu reger Teilnahme an der beim Genossen Desse stattfindenden Reisefeier.

Weißensee.

Das Gelände an der Industriebahn wird in kurzer Zeit ein anderes Aussehen erhalten, da am 1. Juli d. J. das alte Aeselfeld aufgehoben und der bebauten erschlossen werden soll. Bis zum 1. April 1912 werden über das Aeselfeld drei Straßenzüge verlegt und zwar als Verlängerung der Gustav-Adolf-Straße, der Kollkestraße und Karlsruher Straße. Ein großer Teil ist bereits zu Fabrikanlagen verkauft, dieselben erhalten Gleisanschluss an die Industriebahn. Die Straßenzüge werden sämtlich mit Asphalt belegt, die Bürgersteige erhalten Vorgräten, die Laufbahn besteht in entsprechender Breite aus Klinkerplatten; Kanalisation und Wasserleitung, sowie Beleuchtung werden von der Gesellschaft auf fünf Jahre unterhalten, bevor die Straßen der Gemeinde übergeben werden. Auch das Terrain jenseits des Aeselfeldes von der Berliner, Feldmann- und Fallenbergstraße begrenzt, wird reguliert und zwar hat sich die dortige Gesellschaft verpflichtet, bis zum 1. April 1912 einen Teil, an die Berliner Straße grenzend, bis zum 1. April 1917 einen weiteren Teil und den Schluß bis zum 1. April 1922 vollständig auszubauen. Auch hier treffen überall dieselben Bedingungen zu, wie bei der ersten Gesellschaft. Selbstverständlich sind nicht nur die Gesellschaften Anlieger dieses Terrains, sondern es haben auch viele Privatleute dortselbst ihre Baustellen, und soweit diese Besitzer der Gemeindevertretung angehören, zeigten sie ein besonderes Interesse für diese Unternehmungen. In der Hauptsache war es Herr Raspe, der durchaus nicht begreifen konnte, daß man an der Grenze des Drees solche Spekulationen unterstützen konnte. Verwundert fragte er, warum die Bürgersteige der Bergmannstraße Kunststoffsplaster erhalten soll. In der ausgedehnten Debatte holte sich Genosse Frey ein Ordnungsruf, als er die große Unverständlichkeit des Herrn Raspe feingekennzeichnete. Dr. Pope kam seinem Freunde zu Hilfe, indem er in vorwurfsvoller Tone erwiderte, daß, wenn man die Vorlage bereits in der Kommission „durchgelaut“ habe, auch vorbereitet sein könne. Mit seinem Angriff hat er allerdings daneben gehauen, denn Genosse Frey gebot zufällig der betreffenden Kommission gar nicht an. Nach dreißündiger Debatte wurden die Straßenregulierungsverträge mit beiden Gesellschaften gegen die Stimme des Herrn Raspe angenommen.

Zegei.

Bei der gestrigen Gemeindevahl siegte unser Genosse Rudolf Trendel mit 913 Stimmen über die bürgerlichen Parteien, von denen der Kandidat des Reichverbandes, des Kriegervereins und der Sanitätskolonne 318 Stimmen erhielt und der Kandidat des Haus- und Grundbesitzervereins 12 Stimmen. 8 Stimmen waren zersplittert. Unter den Stimmen des Reichsverbandes kandidaten befinden sich auch die sämtlichen Gemeindevorstande und Beamten, auf die ein Druck ausgeübt wurde, um sie zur Wahl des Kandidaten des Reichverbandes zu veranlassen.

Waldorf a. d. Ostbahn.

Die gut besuchte Quartalsversammlung des hiesigen Wahlvereins nahm am Sonnabend den Bericht des Vorstandes entgegen. Wie hervorgehoben wurde, läßt der Besuch der eingeführten Jahlabende zu wünschen übrig. Genosse Kämmerling ersucht die Genossen und Genossinnen, in Zukunft für besseren Besuch mit Sorge zu tragen. Gleichzeitig machte derselbe bekannt, daß in jedem Jahlabend keine Vorträge gehalten werden, um die Genossen über die laufenden Tagesfragen aufzuklären. Nach dem Kassensbericht, den Genosse Knack gab, ist nur noch ein Kassenbestand von 5,82 M. vorhanden. Dieser geringe Bestand erklärt sich durch die Zuschüsse zur Expedition und allgemein war man der Ansicht, daß nach dem neuen Kreisstatut der Kreisvorstand nimmere die kleinen, entfernt liegenden Bezirke tatkräftig unterstützen wird, umso mehr, da der „Vorwärts“ zur Agitation nicht zu entbehren sei.

Den Bericht der Kreis-Generalversammlung gab Kämmerling. Auch erstattete Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin. Hieran schloß sich eine längere Diskussion, namentlich über die freie Zustellung und Lieferung des „Vorwärts“ an arbeitslose Genossen. — Da nach den Ausführungen des Expediteurs Scheide der Wahlverein nicht in der Lage ist, diesen Beschluß auszuführen, da jedes „Vorwärts“-Exemplar bezahlt werden muß, so wurde auf Anregung des Genossen Weirauch dem Vorstande aufgegeben, im erweiterten Kreisvorstande die Mittel hierfür zu verlangen, um auch den hiesigen Genossen das Recht, welches ihnen durch den Beschluß Groß-Berlins zustieß, zulassen zu lassen. — Als Schriftführer wurde hierauf Genosse Karl Weirauch gewählt. Ebenso wurden die Genossen Schulz und Schmidt als Beisitzer bestätigt.

Neuenhagen (Ostbahn).

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm den Vierteljahrsbericht des Vorstandes entgegen. Die Einnahme betrug 131,68 Mark und die Ausgabe 105,77 M. Zum Bericht von der General-

Verammlung von Groß-Berlin wurde allseitig die Erhöhung des Frauenbeitrages bejaht. Als würdigste Form der Weisheit erachtet die Versammlung die Arbeitsruhe. Die Genossen versammelten sich nachmittags 2 Uhr zum gemeinsamen Auszug bei O. Giese, Freiheitsdorf. Abends 7 Uhr: Versammlung bei R. Giese, Freiheitsdorf, am Bahnhof. Für diejenigen, welche den Tag durch Arbeitsruhe feiern und nicht am Auszug teilnehmen, findet die Arbeitsruhe beim Genossen Köseling, Reichenhagen, Lindenstraße, statt.

Sozialdemokratischer Leses- und Diskussionsklub „Heinrich Heine“. Heute abend 9 Uhr bei Bolze, Reichenhagenstr. 8: Sitzung. **Leses- und Diskussionsklub „Ludwig“.** Heute abend 8 1/2 Uhr bei Reibardt, Köpcke-Strasse 58: Vortrag. Gäste willkommen. **Leses- und Diskussionsklub Baumhüttenweg.** Heute abend 9 Uhr: Sitzung im Lokal von Goergens, Baumhüttenweg 17. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. **Achtung, Lagerhalter.** Heute abend 9 Uhr: Versammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 10.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbschaftsangelegenheit findet Enderstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 7. Stockwerk, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gestern 7 Uhr Sonnabend beginnt die Erbschaftsangelegenheit um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Pfandzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Erbschaftsangelegenheit vor. **G. W. 86.** Rein. — **G. R. 49.** Von Amts wegen würde die Sache nicht in die Hand genommen, nur vom Richter ein Vermögensverzeichnis leitend des Gerichts verlangt werden. — **G. R. 26.** Leider nein. — **G. R. 18.** Falls aus Ihrem Rechtsvertrage nicht etwas Gegenteiliges folgt, hat der Richter Ihnen den Schaden zu ersetzen. Die Einbehaltung der Miete oder die Aufrechnung auf die Miete ist gewöhnlich durch den Miets-

vertrag ausgeschlossen. — **G. R. 33.** 1. Wenn etwa 15 Besuche erfolgt sein sollten, würde die erhobene Forderung gerechtfertigt sein; sonst würden Sie etwa für jeden Besuch eine Mark als angemessen rechnen können. 2. Rein. 3. Die Gebühr ist leider gerechtfertigt. 4. Ja. Der Antrag auf Anstiftung muß wiederholt werden. — **G. R. 22.** Eine strafbare Handlung würde kaum als vorliegend erachtet werden. Sie könnten nur zivilrechtlich auf Herausgabe des Scheines und auf Schadenersatz klagen. — 3. Rein. — **G. R. 20.** Es kann bereits vor der Einbindung auf Hinterlegung der Einbindungskosten und des Inventarbuches für ein Vierteljahr gefügt werden. — **G. R. 48.** Wenn der Mann für schuldig erachtet ist, würde eine Klage auf Unterhaltsbeiträge Aussicht auf Erfolg haben. — **G. R. 21.** Einen Pfandbrief zu gebrauchen ist nicht. — **G. R. 1.** Ist zu besorgen, daß der Erblasser früher sterben werde, als die Errichtung eines Testaments vor einem Richter oder einem Notar möglich ist, so kann er das Testament vor dem Richter der Gemeinde, worin er sich aufhält, oder falls er sich in dem Bereich eines durch Landesgesetz einer Gemeinde gleichgestellten Verbandes oder Ortsbezirks aufhält, vor dem Vorsteher dieses Verbandes oder Bezirks errichten. Die Besorgung, daß die Errichtung eines Testaments vor einem Richter oder Notar nicht mehr möglich sein werde, muß im Protokoll festgesetzt werden; der Gültigkeit des Testaments steht es aber nicht entgegen, daß die Besorgung nicht begründet war. 2. Rein. Das Geld fällt an die Erben Ihres Stiefvaters. — **G. 1909.** 1. Das zurückgenommene Testament hat keine Gültigkeit, es sei denn, daß es ein eigenhändiges Testament war. 2. Erbe ist der Ehemann, der hinterläßt Witwer und die Eltern oder Geschwister der Frau. Der Witwer erhält die Hälfte des Nachlasses, und außerdem als Voraus die Haushaltungsgegenstände und die Hochzeitsgegenstände. Das während der Ehe Erworbenes wird in der Regel Eigentum des Ehemannes; daß es in Ihrem Falle anders liegt, ergibt sich aus Ihrer Darstellung nicht. — **G. R. 20.** Leider nein. — **Steffen.** Der Lohn ist bei der Arbeitsniederlegung zu zahlen; auch wenn nach der Arbeitsordnung zum Beispiel nur Sonnabends Lohnzahlen festgesetzt und die Arbeitsniederlegung am Mittwoch oder Donnerstag erfolgt. — **G. W. 100.** Ja, aber Berlin hat damit für die Armenunterstützung aufzukommen. — **G. R. 10.** Sie können dagegen nichts machen. Ihr Vater hat Verfügungsrecht über sein Eigentum. — **Zukunft 33.** 1. Weil das Gesetz dies vorschreibt. 2. Die

Gründe zum Dispens gibt das Gesetz nicht an. Sie werden vom Gericht von Fall zu Fall entschieden. — **G. R. 9.** Ein Paß ist nicht erforderlich, aber zweckmäßig. — **J. R. 35.** Ist die Wohnung gesundheitsgefährdend, so hat der Mieter einen Anspruch auf Aufhebung des Vertrages und auf Schadenersatz.

Künftiger Marktbericht der holländischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Central-Marktbörsen. Markttag: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise unverändert. **Bild:** Zufuhr sehr knapp, Geschäft rege, Preise fest. **Geflügel:** Zufuhr knapp, Geschäft rege, Preise gut. **Fische:** Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse:** Döh und Südrübe: Zufuhr mehrfach ungenügend, Geschäft schleppend, Preise teilweise ansteigend.

Witterungsübersicht vom 27. April 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Luft mm	Wind- richtung	Wolken- decke	Temper. in °C	Stationen	Barometer Luft mm	Wind- richtung	Wolken- decke	Temper. in °C
Bremen	756	SO	3 halb	14	Hannover	751	SE	3	10
Hamburg	755	SO	3 bedeckt	12	Petersburg	757	SE	2	10
Berlin	757	SE	2 bedeckt	15	Stettin	754	SE	4	10
Frankfurt	758	SE	5 Regen	13	Wien	753	SE	1	6
München	759	SE	3	17	Paris	753	SE	2	10
Bien	759	RD	1	15					

Wetterprognose für Mittwoch, den 28. April 1909. Etwas kühler, vielwolkeiger, jedoch sehr unbeständig mit einzelnen Regenschauern und ziemlich häufigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Maizeitung 1909

joeben erschienen. Reichhaltiger Inhalt. u. a.: „Maienbotschaft“ von Richard Wagner — „Die Maizeiter und die Arbeiterinnen“ von Mathilde Wurm — „Erwachen“ von Ernst Prezang — „Selbsthilfe“ von Wilhelm Jansson — „Der Rai und die Jugend“ von K. Korn. **Künstlerische Illustrationen.** Preis 10 Pf. Wiederberläufer Rabatt. Preis 10 Pf. Verlags-Buchhandlung Bornhardt, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 28. April.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Walküre. Anfang 7 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Der Renegat.
Neues königliches Opernhaus. Geschlossen.
Deutsches Haus. Kommerzielle. Der Krat am Scheidenweg. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Naha.
Romische Oper. Bräutigam v. Belle-Vie.

Anfang 8 Uhr.
Verliner. Ein Herbstmanöver.
Reigen. Ein Volkstanz.
Reigen. Der Jockeyklub.
Reigen. Renaissance.
Reigen. So mocht sie denn?
Reigen. Kammere dich um Amelie.
Lustspielhaus. Im Klubessel.
Reigen. Moral.
Reigen. Arsène Lupin.
Schiller O. (Schiller-Theater.) Die Welt, in der man sich langweilt.
Schiller Charlottenburg. Racheb.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Husarenfeder.
Luisen. Geschlossen.
Trianon. Liebesgemitter.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Der Warrer von Kirchfeld. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Vernard Hoie. Spreewald-Räte.
Gastspiel-Theater. Der Hund von Baskerville.
Gedächtnis Herrnsfeld. Reine-Deine Tochter. Der selige Niemann.
Reigen. Die Geschwister Bienthal. Spezialitäten.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Hoyerland. Spezialitäten.
Vahage. Spezialitäten.
Reichshausen. Stettiner Sänger.
Volksbühne. Spezialitäten.
Polles Caprice. Infolvent. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Kassas. Aldermann. Spezialitäten.
Gustav Schrens. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Parodie. Siegel siegelt alles. — Alles fürs Kind. Ober: Die Folgen eines Reindesovous. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis Korfu.
Sternwarte. Anhalterstr. 67/68.

Lessing-Theater.

Mittwoch 8 Uhr: Iphenogenia; Ein Volkstanz.
Donnerstag 8 Uhr: Der König.

Berliner Theater.

Heute 8 Uhr: Ein Herbstmanöver.
Morgen 8 Uhr: Ein Herbstmanöver.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.

Renaissance.

Morgen und folgende Tage: Renaissance.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Mittwoch, 28. April, Anfang 8 Uhr: Sufarenfieber.
Donnerstag: Zum ersten Male: Die Siebzehnjährigen.
Freitag: Die Siebzehnjährigen.

Theater des Westens.

Täglich 8 Uhr bis 11 Uhr. Freitag: Der Jockeyklub. Operette von Viktor Holländer.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. — Anfang 8 Uhr.
Kammere dich um Amelie. Schwank in 3 Akten (4 Bildern) von Feytaud.
Morgen u. folg. Tage: Die Vorstellung. Sonnabend, den 1. Mai: Zum 200. Male: Kammere dich um Amelie.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Im Klubessel.

Hebbel-Theater

Königsgraben Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Arsène Lupin.
Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 25. a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall. In Vorbereitung: Der Zigeunerbaron.

Luisen-Theater.

Mittwoch, Donnerstag: Geschlossen.
Freitag: Premiere: Krone und Fessel. Schauspiel in 6 Bildern. Sonnabend: Krone und Fessel. Sonntag nachm. 3 Uhr: Ausgewiesen. Montag: Krone und Fessel.

BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurter Str. 132. Zum ersten Male: Die Spreewald-Räte. Volkstanz mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Rier. Hofmann. Musik von Leopold Hofmann. Anfang 8 Uhr. Bodentagspreise. Donnerstag: Die Spreewald-Räte.

Gastspiel-Theater

Röpenicker Straße 68. Anfang 8 Uhr.
Zum vorletzten Male: Der Hund von Baskerville. Freitag: Sherlock Holmes.

Metropol-Theater

Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Tänze von Mr. Bishop. Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater

Nur noch 3 Tage. 9 1/2 Uhr: Die 3 Schwestern.

Wiesenthal

Dazu: Amelie de Guelas, Singsphänomen, F. A. Grubas, Redentänzer, und die übrigen Attraktionen. 8 Uhr: Der junge Papa, Operette.

Folies Caprice.

Schlus der Saison am 30. April. Auf vielseitigen Wunsch: Die Brautschau. Ein lediger Ehemann. Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Schiller-Theater.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt. Lustspiel in 3 Aufzügen von Ewald Pollock. Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Doktor Klaus.
Freitag, abends 8 Uhr: Doktor Klaus.

Brauerei Friedrichshain

Heute, Mittwoch: 13. Tag der großen internationalen Ringkämpfe um die Weltmeisterschaft. Heute ringen vier Paare: Annoni, Italien, gegen Sanders, Neger-Champion. Nitschke, Berlin, gegen Roszack, Berlin. Konitzka, Polen, gegen Salge, Berlin. Pampuri, Italien, gegen Pettijean, Elsaß-Lothringen. Vor den Ringkämpfen: Das große neue Spezialitäten-Programm. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf., res. Pl. 1 M., numer. Tisch 2 M.

WINTERGARTEN

Letzte Woche!

Amann Salerno Acht Geishas sowie das von Publikum und Presse glänzend beurteilte April-Programm. Reservierort Pl. 2 M. Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe).

Gebüder Herrnsfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr. Schluß der Spiel-Saison: Freitag, 30. April. Bis dahin täglich die mit stürmischem Beifall aufgenommenen Novitäten: Meine-Deine Tochter. Komödie in 2 Akten mit den Autoren Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen. Ferner: Der selige Niemann. Lustspiel in 1 Akt von Karl Tellheim.

Sanssouci, Kottbuser

Direktion Wilhelm Köhler. Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsch. Sänger und Frühlings-Kränzen. Beg. Sonn. 5, wochent. 8 U. Stets neues hochaktuelles Programm!

Berliner Eis-Palast

Ständige Eisbahn. Bis 12 Uhr nachts geöffnet. Konzerte und Kunsttänze.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Macbeth. Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare. Ende 11 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der schwarze Kavaller. Freitag, abends 8 Uhr: Das Erbe.

Stadt-Theater Moabit.

Größter und vornehmster Theater-saal Moabits. Alt-Moabit 48. (Tel. II 9402) Donnerstag, den 29. April: Eine tolle Nacht. Schwank in 4 Akten von H. Knecht. Anfang der Vorstellung 8 Uhr, Kassenöffnung 7 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz. Sonntag, den 2. Mai: Die Tochter der Hölle. Donnerstag, den 6. Mai: Don Carlos. Benefiz-Vorstellung für Herrn Reich.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Wriez. Heute Mittwoch ringen: Porios von Deht, Holland, gegen Reigenbauer, Rigbol. Ludwig Grammer, der bayerische Herrscher, gegen Schibild, Berlin. Herausforderungskampf zwischen ??? und Bau der Vorn, Holland. Außerdem: Das große Spezialitäten-Programm. Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum.

Prinzeß Fassie die Amazonenkönigin mit ihrer wilden Garde. „Das blaue Weib“ das Opfer unarmherziger Tötation. Alles ohne Extra-Entree!

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. — Täglich 8 Uhr. Bis zum 30. April: Aekermann. 1. Mai auf vielseitigen Wunsch: Das Oysterlamm. Sonntag 4 Uhr: Aekermann.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. 3. Schlus (nur noch kurze Zeit) zum 168. Male: Der Kompagnie-Ball. Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Zirkus Busch.

Mittwoch, den 28. April 1909, abends 7 1/2 Uhr prächtige: Gr. Vorstellung. Um 8 Uhr: Mons. Vansart! Um 9 Uhr: Mr. Charlestan! Ferner: Jrl. Martha Mohne, Schulleiterin. Herr Ernst Schumann, Reudress. Die Aristores. Schwestern Truzzi. Um 9 1/2 Uhr: Auswanderer! Achtung! Am Sonntag, 2. Mai: Um 4 Uhr u. 7 1/2 Uhr, ungetrigt: Auswanderer!

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Oll. Stramenstr. 16. Die Macht des Goldes. Schauspiel in 5 Akten von Lember. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Sonnabend: Gr. Extra-Vorstellung! Ein ungeschickter Liebhaber. Mont., 3. Mai, Schlus d. Winterpielzeit.

Passage-Theater.

Die maurische Schlangentänzerin Yaka-Jshad. Gastspiel der Garland-Negeroperette. 18 Solokräfte und das grandiose April-Programm. Der größte Variété-Erfolg den je Berlin gehabt!

Damms Volkspark-Theater

(früher Diets) Landsberger Allee 76/77. Täglich: Weibach Sächsisch. Volks-Theater zum erstenmal in Berlin — vollständig neu — alles leicht — man amüsiert sich köstlich.

Steidl-Theater

Grüdenstraße. Anfang 8 Uhr. Letzte Woche! Donnerstag, den 29. April: Abschiedsvorstellung!

Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr. Die gr. April-Spezialitäten. Am Tunnel: Freikonzert.

Phänomen Cigaretten

Devis: Qualität ist die beste Empfehlung

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis Korfu.

Gustav Behrens-Theater.

Coltze Str. 9. Das glänzende sensationelle April-Programm. 9 1/2 Uhr: Aufführ. des lehrbaren Lustschiffes „Juppelin II“. Der Friseur als Don Juan. Operette. Anfang 8 Uhr.

Pumpen aller Art

für Abessinier und Kesselbrunnen, Jauchepumpen usw. in bester Ausführung zu den billigsten Preisen. Kataloge gratis. Paul Gries, Berlin SO. 16, Köpenicker Straße 44.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt 02/0 für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4

Reste

Damenstüch, schwarze und farbige, Costumes-Stoffe, neuere Muster, Tricot-Stoffe, Seiden-Pilach, Sammet, Seide etc. Paletots, Jackets, Staubmäntel, Costumes und Costumes in grosser Auswahl.

C. Pelz

Kottbuserstr. 5.

Steyppdecken

Sucht man nur am besten und billigen Preis in der Fabrik? Bernhard Strömann. Colln, 72 Wallstr. 72-74. Gestrichelte Decken werden billigste, feinste, Preisliste gratis.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1239. Charitestraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, 29. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5:

Branchen-Versammlung der Elektromonteur und Helfer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Hto. 2. Diskussion. 3. Branchenanangelegenheiten und Verschiedenes.

Donnerstag, 29. April, abends 8 1/2 Uhr, im Drehdener Garten, Drehdener Straße 45:

Versammlung der Gold- u. Silberarbeiter u. verwandten Berufsgenossen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Goldschmiedemeisters Herrn R. Wenzel über die zu errichtende Schulwerkstatt. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht 116/6

Ortsverwaltung.
Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.
Donnerstag, 6. Mai, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

Außerordentliche General-Versammlung der Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber.

Tages-Ordnung: Beratung und Beschlußfassung über die Änderung der §§ 12, 13, 20, 29 und 30 des Kassenstatuts betreffend anderweitige Klasseneinteilung der Mitglieder und dementsprechende Festsetzung der Beiträge.
Berlin, 29. April 1909.

Der Vorstand. 274/10*
A. Daehne, Vorsitzender. E. Simanowski, Schriftführer.

Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Donnerstag, den 29. April, abends 8 Uhr, in Anton Voelkers Festsaal, Weberstraße 17:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht und Abrechnung der Ortsverwaltung. 2. Stellungnahme zur Verbands-Generalversammlung und Wahl der Delegierten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

73/5 **Die Ortsverwaltung.**
Bier-Großhandlung H. Michaelis, Insterburger Straße 4,

Liefert frei Haus zu folgenden Preisen:			
ff. Weißbier (Landré)	30 Hl.	1 R.	80 Pf.
Schultheiß, hell	30 Hl.	2	40
dunkel	30 Hl.	2	50
Friedrichshain, hell	30 Hl.	2	25
dunkel	30 Hl.	2	25
Königstadt, hell	30 Hl.	2	25
dunkel	30 Hl.	2	25
Patzehofer, hell	30 Hl.	2	25
dunkel	30 Hl.	2	25
Engelhardt Caramel-Malz	30 Hl.	2	25
Spezialität: Original-Bilzbrause	30 Hl.	2	25
Echt Grätzer	30 Hl.	3	00
Lübener Fischbier	30 Hl.	1	25

Echt Porter und Kulmbacher Bier, Selters, Limonaden usw.
Täglich: Jungbier.

Zur Maifeier!

Gr. Garten- und Kaffeekonzert in Treptow, Baylens Gesellschaftshaus. Inh.: F. Drogge.

Sonnabend, den 1. Mai

bleibt mein Geschäft geschlossen!
Arbeits-Anzüge.
Willh. Fahr, Brunnenstraße 116.

Zur Sommerfaison!

Empfehle mein Motorboot (70 Perf.) zu Wasserpartien.
H. Finkelde, Köpenick, Stieg 4.

Möbel
Dresdenerstr. 16
Ob Barzahlung oder Teilzahlung
Teilszahlungen stets dieselbe reelle Qualität!
Dankebar günstigste Bedingungen!
Siegmund Misch

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Bezirk Wedding, Moabit.

Heute Mittwoch, den 28. April, abends 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend):

Kombinierte Sitzung.

Tages-Ordnung: Der 1. Mai. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig.
Die Kommission. Max Bannert, Pringelallee 14.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Sektion der Einlieferer und Kassenboten. Berlin, Verwaltung I. Einkassierer und Kassenboten.
Donnerstag, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Sieber, Seidelstraße 30, am Spittelmarkt:

Große Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Der gelbe Zumpf im Betriebe der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ und der Röhmaschinenfirma Singer Co. 2. Besondere: Kollege Friedrich Ludow. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 67/1
Die Versammlung beginnt pünktlich und werden die Kollegen gebeten, zahlreich zu erscheinen.
NB. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Beiträge können bezahlt werden.
Die Sektionsleitung.

Baustellen in Mahlsdorf.

an gepflasterter Straße, unmittelbar am Bahnhof Mahlsdorf, preiswert zu verkaufen. Event. wird Baugeld gegeben. Pläne stehen zur Verfügung.
59/11*
Mahlsdorfer-Terrain-Gesellschaft, Berlin, Behrenstr. 21.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Todes-Anzeige.

Unsern Mitgliedern geben wir bekannt, daß der Genosse

Hermann Theuergarten (Gruppe 3) 250/10
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. April, nachmittags 1/2 5 Uhr, auf dem Luisenkirchhof, Fürstendammer Weg, statt. Die Genossen aus dem 25. und 26. Bezirk treffen sich um 1/2 5 Uhr bei Schmann.

Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Berlin 14. Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

August Boltz
am 25. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Lutherfriedhofes in Lentzow aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
23385 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Königlicher Viertel. Bezirk Nr. 182, Teil I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Klempner

Wilhelm Radtke (Rantkestr. 52)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. April, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Sigdorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
217/10 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

August Lorenz
an Lungenleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 28. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofes in Plögensee aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Klempner

Wilhelm Rathke
am 24. d. M. an Lungenleiden.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 28. April, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Sigdorf aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Dreher

Leopold Omiezinski
am 25. d. M. an Lungenleiden.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 28. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Sterbehause Widan, Schwarzkopfsstraße, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung ermahnt
116/5 Die Ortsverwaltung.

Persil Das vollkommene, wirklich selbsttätige Waschmittel
von unerreichter Wirkung: gibt mühelos blendend weiße Wäsche bei größter Schonung des Gewebes. Pakete 35 und 65 Pfg. Ueberraschend erhaltlich. Alleinige Fabrikanten.
Henkel & Co., Düsseldorf.

In allen Drogen-, Kolonialwaren- und Seifengeschäften erhältlich.
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: **Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstraße 11.** 201/14*

Wenn Sie Cigaretten unter Garantie für Preiswürdigkeit kaufen wollen, dann verlangen Sie nur

JOSETTI VERA CIGARETTEN.

Unsere Firma bürgt Ihnen im weitesten Maße für erstklassige Qualität.

Josetti Vera m. u. o. M. 10 Stück 30 Pfg.

Billigste Bezugsquelle gedieg. Trauergarderobe

Westmanns Trauer-Magazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a NO., Gr. Frankf. Str. 115.
Genau Beachtung meiner Firma u. Hausnummer geboten!

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11 (Städt. Börse).

FÜR DIE REISE Mein gesamtes Engros-Lager in Reisemänteln und in Reisekostümen im einzelnen bestehend in

Staubmänteln, Gummimänteln, leichten wasserdichten Regenmänteln, Lodenmänteln, Lodencape, Kostümen in allen möglichen leichteren Stoffen, für Promenade, Strand usw.

Kleidern x Röcken x Blusen x Jacketts x Kimonos tausendfach verschiedener Auswahl und größtenteils eigener Fabrikation, soll möglichst sofort nur einzeln an Private, für den dritten Teil des Wertes, einzelne **Reisemuster** und **Kopien** noch erheblich billiger, ausverkauft werden!

Wert bis M. 18.- bis M. 30.- bis M. 55.- bis M. 85.- bis M. 120.- bis M. 180.- usw. jetzt nur M. 6.- nur M. 10.- nur M. 18.- nur M. 28.- nur M. 40.- nur M. 60.- usw.

Zum Zwecke der Räumung **gratis** schon bei Einkauf 2 1/2 Meter Lodenstoff von 20 M. an: **aus meinem Atelier!**

Ungeheure Auswahl! Gediegene, saubere Arbeit!
Einkauf möglichst vormittags erbeten.

Westmanns Spezial-Konfektionshaus
Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a
und Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 115
kein Eckhaus, 2. Haus vom Hausvogteiplatz,
kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße.
Genau Beachtung meiner Firma u. Hausnummer dringend erwünscht.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 26. April verstarb unser Mitglied, der Gastwirt

Paul Schmidt (Bohlskystr. 15).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Heilands-Gemeinde, Plögensee, aus statt. 226/20
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Paul Schmidt Bohlskystraße 15 (Bezirk I) am 26. d. Mts. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofes in Plögensee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
74/13 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband deutscher Brauerei-Arbeiter.

Zweigverein Berlin. Am 28. April verstarb nach kurzer Krankheit unser Mitglied, der Flaschenflaskerarbeiter

Ferdinand Lehmann (Brauerei Dsh. Beckler).
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. April, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem südlichen Friedhof, Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
42/18 Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, des Schneidermeisters

Max Schuch
lage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Genossen und Kollegen Sigdorfs sowie den Kolonisten von „Früh auf“ meinen herzlichsten Dank!
Um Nomen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Witwe Schuch.

Frack-Verleih-Institut: Friedrichstr. 115/1, a. Oranienbr. Tor. Gie. Frack, Gebrod 1,50, Heje 1,00, Bekke 50/84.

Sind Gewerkschaften Versicherungsvereine?

Zum § 1 des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen ist ausdrücklich zum Schutz gegen eine mißbräuchliche Anwendung des Gesetzes auf Gewerkschaften erklärt: „Als Versicherungsunternehmungen im Sinne dieses Gesetzes sind solche Personenvereinigungen nicht anzusehen, die ihren Mitgliedern Unterstützung gewähren, ohne ihnen einen Rechtsanspruch darauf einzuräumen.“

Trotzdem ist wiederholt von Behörden versucht, Gewerkschaften, wiewohl diese einen rechtlich einlagbaren Anspruch auf Unterstützungen nicht gewähren, zu Versicherungsunternehmungen zu stempeln. Erst kürzlich, am 7. März, konnten wir über ein ähnliches Vorgehen des Senftenberger Magistrats berichten.

Grundsätzlich ist die Frage, ob solche Gewerkschaftsunterstützungen als Krankheitsunterstützungen zu erachten sind, am 15. März von der Zivilkammer des Landgerichts Berlin II entschieden. Bei der Wichtigkeit dieser Entscheidung geben wir die jetzt vorliegenden Gründe aus dem schriftlichen Erkenntnis wieder.

Der Seizer Wilhelm Boil in Köpenick ist Mitglied des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer und arbeitet bei der Firma Spindler in Spindlersfelde. Der Zentralverband gewährt seinen Mitgliedern Krankenunterstützung. Die Spindlersche Betriebskrankenkasse kürzte Boil das volle statutarische Krankengeld soweit als dasselbe zusammen mit dem aus der Krankenunterstützung des Zentralverbandes bezogenen Krankengeld den vollen Betrag seines durchschnittlichen Arbeitsverdienstes überstieg, nämlich um 15 M. Sie behauptete, die Krankenunterstützung des Zentralverbandes erfolge auf Grund einer Versicherung, und Boil habe einen Rechtsanspruch auf dieselbe.

Der Magistrat von Köpenick und auch das Amtsgericht Köpenick bestätigten diesen Irrtum. Das Amtsgericht stützt sich insbesondere auf eine Anmerkung zu § 9 des Statuts des Zentralverbandes. Dieser § 9 lautet: „Erkrankten Mitgliedern kann auf ihren Antrag folgende Unterstützung gezahlt werden: (folgt Unterstützung.)“ Die Anmerkung zu diesem Paragraphen lautet: „Um dem Verband den Charakter einer Versicherungsgesellschaft zu nehmen, ist es notwendig, die Fassung in vorstehender Form zu wählen, welche genau nach der von den Aufsichtsbehörden vorgeschriebenen Form erfolgt.“ Das Amtsgericht führt aus, der Zentralverband der Maschinisten und Heizer sei ein sozialdemokratischer Verein. Er habe, wie sich aus der Anmerkung ergebe, die Fassung der fakultativen Zahlung gewählt, um zu vermeiden, daß er vom Aufsichtsamt für Privatversicherungen kontrolliert wird. In der Tat habe das Mitglied einen Rechtsanspruch auf die Krankenunterstützung, und der Verband sei in soweit eine Versicherungsgesellschaft.

Gegen dieses Fehlurteil ließ Boil durch Rechtsanwalt Dr. Herzfeld Berufung einlegen. Das Berufungsgericht fragte unter anderem beim Aufsichtsamt für Privatversicherungen an, ob der Zentralverband als Versicherungsgesellschaft unter seiner Aufsicht stehe. Das Aufsichtsamt verneinte dies, verwies auf seine veröffentlichten Entscheidungen wegen der Grundsätze zur Entscheidung der Frage und erklärte, daß die Entscheidung des Landgerichts für das Amt maßgebend sein werde.

Das Landgericht hob die Vorentscheidung auf und beurteilte die Betriebskrankenkasse zur Zahlung des vorenthaltenen 15 Mark. In den Urteilsgründen heißt es: Für die Entscheidung der Frage, „ob den Mitgliedern des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer ein Rechtsanspruch auf Unterstützung zusteht, ist nicht sowohl die Formulierung einzelner Satzungsbestimmungen, als der Gesamteindruck der betreffenden Satzungen, und wo dieser zu Zweifeln Raum läßt, der Gesamtkarakter des Unternehmens für die Entscheidung maßgebend. Nach § 1 der Satzung bezweckt der Verband, die Lage seiner Mitglieder in materieller sowohl wie in theoretischer und praktischer Beziehung zu heben und zu verbessern. Die zur Erreichung dieses Zweckes geeigneten Mittel sind in § 2 angegeben. Unter diesen zwölf Mitteln ist in § 9 angeführt, daß arbeitslosen und erkrankten Mitgliedern unter den dort angegebenen Bedingungen auf ihren Antrag eine Unterstützung gezahlt werden kann. Wie die Satzung mit Deutlichkeit ergibt, ist das Unternehmen des Zentralverbandes nicht etwa auf den Abschluß von Versicherungsgeschäften gerichtet, die Versicherung ist vielmehr nur nebenbei mit den sonstigen Zwecken des Verbandes verbunden. Wenn nun auch für den Fall der Arbeitslosigkeit oder Erkrankung die zu gewährenden Unterstützungen ihrer Höhe nach ziffernmäßig bestimmt ist, auch die Voraussetzungen, unter denen eine Unterstützung zu gewähren ist, statutarisch bis ins einzelne festgesetzt sind, so ist doch andererseits durch die Satzungsbestimmung, daß die Unterstützung auf Antrag gezahlt werden könne, mit der erforderlichen Deutlichkeit ausgesprochen, daß die Mitglieder ein Recht auf die Unterstützung nicht haben, letztere vielmehr freiwillig sein solle und deren Gewährung oder Nichtgewährung im Einzelfalle von dem Ermessen der Vereinsorgane abhängt. Maßgebend für die Beurteilung der ganzen Rechtslage ist insbesondere auch die eidlische Bekundung des Zeugen Scheffel. Danach hat nur eine Verbandskasse, in der kein besonderer Teil des Vermögens zum Zwecke der Versicherung ausgetrennt ist, bestanden. Die Anmerkung zu § 9 der Satzung ist zu dem Zwecke aufgenommen, um den Mitgliedern des Verbandes klar zu machen, daß ihnen ein lagbares Recht auf Unterstützung nicht zustehe. Ursprünglich war es beabsichtigt, die Bestimmung dahin zu treffen, daß ein lagbares Recht auf Unterstützung nicht gewährt wird. Diese Fassung wurde aber abgelehnt, da dadurch leicht Mitglieder von ihrem Eintritt in den Verband hätten abgehalten werden können. Die Unterstützung ist zwar im allgemeinen stets gewährt, aber unter anderem auch abgelehnt worden, wenn der die Unterstützung nachsuchende sich in guten Vermögensverhältnissen befand. Gerade letztere Tatsache spricht dafür, daß von einem Rechtsanspruch auf Unterstützung nicht die Rede sein kann. Es ist in der Statutenbestimmung auch nicht notwendigerweise eine Umgehung des Gesetzes zu erblicken, wengleich sie erwiesenermaßen den Zweck verfolgen mag, die Unterstellung des Unternehmens unter das Aufsichts-

gesetz zu verhindern. (Vergl. Veröffentlichung des Aufsichtsamtes für Privatversicherung, Jahrgang 1903, Seite 186.) Die vorstehend mitgeteilte Entscheidung ist für die Gewerkschaften die Krankenunterstützung zahlen und für ihre Mitglieder von maßgebender Bedeutung.

Verbandstag der Kürschner.

In der vergangenen Woche hielt der im Jahre 1902 gegründete Deutsche Kürschnerverband seinen dritten Verbandstag in Nürnberg ab. Der Verband hat in den drei Jahren seit dem letzten Verbandstag um 1000 Mitglieder zugenommen, worunter allerdings 416 übergetretene Mitglieder des ehemaligen Verbandes der Kürschner Berlins inbegriffen sind. Die allgemeine Krise hat im Kürschnerberufe sich nicht so bemerkbar gemacht wie in anderen Berufen, was nicht ohne Einwirkung auf das Wachstum des Verbandes war. Zu Beginn der Geschäftsperiode betrug die Mitgliederzahl des Verbandes 1820, am Schlusse des Jahres 1908 waren es 2811 Mitglieder (das erste Quartal 1909 schließt mit 3000 Mitglieder ab) und diese Steigerung trat ein, obwohl auf dem letzten Verbandstage vor drei Jahren die Beiträge von 30 auf 50 Pf. erhöht wurden.

Die Kassenverhältnisse des Verbandes zeigten für die abgelaufene Geschäftsperiode eine Mehreinnahme von 42 495,49 M. In den letzten drei Jahren beliefen sich die Einnahmen auf 138 236,68 M. und die Ausgaben auf 95 741,19 M. Zurzeit verfügt der Verband über ein Vermögen von 59 646,96 M.

Sehr zu leiden hat der Kürschnerberuf unter der Beherungs- züchterei. Eine im Jahre 1908 aufgenommene Statistik zeigte, daß in 28 Städten bei 765 Gehilfen 418 Lehrlinge beschäftigt wurden. Diese Rißtände sucht ein Antrag Hamburg an den Verbandstag zu beseitigen. Er will, daß Verhandlungen auf der Basis angebahnt werden, es solle höchstens ein Lehrling auf drei Gehilfen kommen. Als Grundlage der Verhandlungen soll der neunstündige Arbeitstag gelten.

Eine Anzahl Zahlstellen haben in den letzten Jahren eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung des Lohnes durchgesetzt. Das Gesamtergebnis der Lohnbewegungen in den letzten drei Jahren war in 19 Orten bei 68 Betrieben mit 835 Beschäftigten und 599 beteiligten Personen: 357 Stunden Arbeitszeitverkürzung in der Woche für 83 Personen und 1168 M. Lohn- erhöhung wöchentlich für 474 Personen. Tarifverträge wurden fünf abgeschlossen für 232 Personen.

Die Verhandlungen fanden im Gewerkschaftshause in Nürnberg statt. Die Diskussion, welche den ganzen ersten Verhandlungstag andauerte, brachte die Freude über den guten Geschäftsbericht zum Ausdruck. Es wurden auch Streitfälle zwischen den einzelnen Filialen mit dem Verbandsvorstand und die Fälle, mit denen sich der Verbandsausschuß zu beschäftigen hatte, nochmals ausführlich erörtert.

Auch der Vormittag des zweiten Verhandlungstages wurde zum guten Teil noch ausgefüllt durch die Diskussion über den Geschäftsbericht.

Von größerer Wichtigkeit war die Frage, ob überzulegenden Mitgliedern aus anderen Organisationen Beiträge angerechnet werden sollen. An verschiedenen Orten sind Gewerkschaftsmitglieder gewillt, überzutreten, wenn ihnen gleich volle Rechte eingeräumt werden. Der Ertrag der Diskussion war, daß der Verbandstag die Abmachungen der Zentralverbände über den Uebertritt der Mitglieder aus einer Gewerkschaft in die andere gutheißt. Der Verbandstag beschloß weiter, daß auch Mitgliedern von Organisationen, die nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, bei ihrem Uebertritt ihre alte Mitgliedschaft angerechnet werden soll. Diese Festsetzung erachtete der Verbandstag auch für die Mitglieder ausländischer Bruderorganisationen als gültig, falls die Bruderorganisationen dieselben Rechte gewähren sollten.

Der dritte Punkt der Tagesordnung brachte ein Referat des Verbandsvorstehenden Schubert über die

Tariffbewegung im Kürschnerberufe.

Bei dieser Frage erörterte Schubert auch, ob nicht ein paritätischer Arbeitsnachweis mit den Unternehmern eingeführt werden soll. Der Kürschnerverband hat früher schon den Arbeitsnachweis eingeführt, aber ebenso haben die Unternehmer und sonstige Vereinigungen im Kürschnerberuf ihren eigenen Arbeitsnachweis, so daß die Berufsangehörigen keinen der Arbeitsnachweise ausschließlich benutzen, sondern auch noch Umfragen nach Arbeit bei den Unternehmern halten. Schubert empfahl deshalb, mit der Unternehmerorganisation in Verbindung zu treten, um einen gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis zu errichten.

Die meisten Diskussionsredner waren dafür, daß versucht werden soll, einen paritätischen Arbeitsnachweis mit den Unternehmern zu gründen.

Ausbau des Unterstützungswesens im Kürschnerverbande

erstattete der Verbandskassierer Wagnitz ein Referat, in dem er anführte, der Hauptvorstoß habe sich eingehend mit dem ganzen Unterstützungswesen beschäftigt. Er ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß es nicht ratsam ist, das Unterstützungswesen so auszubauen, wie es eine ganze Reihe Anträge verlangt. So solle die schon bestehende Kranken- und Sterbeunterstützung nicht weiter erhöht, dafür aber die idealere Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit eingeführt werden. Auch solle die Umzugsunterstützung den Mitgliedern zugute kommen. Für die Arbeitslosenunterstützung legte er im Namen des Verbandsvorstandes folgenden Vorschlag vor:

Table with 2 columns: Klasse, Unterstützung von. Rows 1-6 showing amounts for different classes.

Für die weiblichen Mitglieder soll der Satz die Hälfte betragen. Als Barzeit für die Ansammlung eines Fonds schlägt der Verbandsvorstand ein Jahr vor. Ferner ist der Verbandsvorstand der Ansicht, daß eine Karenzzeit von 12 Tagen einzuhalten ist, ehe von den Arbeitslosen Unterstützung bezogen werden kann. Für die Arbeiter der Juristerrbranche sollen die Arbeitslosentage innerhalb von 6 Wochen eine Berechnung erfahren.

Die Beiträge würden bei Einführung dieser Unterstützung um 20 Pf. für die männlichen und 10 Pf. für die weiblichen Mitglieder erhöht werden.

Die Streikunterstützung ersucht der Vorstand in bezuglichen Höhe zu lassen.

Die Diskussion bei diesem Punkt der Tagesordnung war eine sehr eingehende.

Die 37 zu diesem Tagesordnungspunkt gestellten Anträge und die in der Diskussion zum Ausdruck gekommenen Ansichten wurden einer neungliedrigen Kommission zur Beratung überwiesen, die dem Verbandstag einen bestimmten Antrag unterbreiten soll.

Im Prinzip entschied sich der Verbandstag gegen die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung, aber mit allen gegen vier Stimmen dafür, daß eine Erwerbslosenunterstützung eingeführt wird.

Mit einer einstündigen Mittagspause und einer dreiviertelstündigen Abendpause wurde am dritten Verhandlungstage von 9 Uhr früh bis 2 Uhr nachts getagt.

Da die Kommission zur Ausarbeitung der Vorschläge für die Unterstützungsbeirichtungen ihre Arbeiten am vorhergehenden Abend nicht erledigen konnte und noch tagte, wurde der 5. und 6. Punkt der Tagesordnung

Die Abschaffung des Affordsystems

und Die Stellung des Verbandes zur Hausindustrie behandelt und zwar gemeinsam.

Regge-Berlin hielt die Referate hierzu. Er behandelte besonders die Berliner Zustände, wo sich eine Anzahl Arbeiter Arbeit von den Unternehmern zur Aufertigung in der Hausindustrie geben lassen. Bei diesen Hausindustriellen sind für die Arbeiter die Arbeitsverhältnisse noch ungünstiger wie in den Werkstätten der Unternehmer. Zwar fühlen die Hausindustriellen, daß ihre Interessen dem Unternehmer gegenüber die gleichen sind wie die der Arbeiter, trotzdem versuchen die Hausindustriellen eben doch, sich auf Kosten der von ihnen beschäftigten Arbeiter eine bessere Existenz zu schaffen. In einer vorgelegten Resolution verlangte der Referent Aufklärung unter den Berufsangehörigen über die schädlichen Einflüsse der Hausindustrie, damit die Arbeiter mehr abgehalten werden, selbst Hausindustrielle zu werden. Der Referent beantragte auch, daß Hausindustrielle keine Mitglieder des Verbandes sein können.

In seinem Referat über die Affordarbeit schilderte er die Nachteile, welche die Arbeiter, die Vorteile, welche die Unternehmer durch die Affordarbeit haben. Dem Verbandstag legte er eine Resolution vor, es möge beschloffen werden, daß bei allen Lohnbewegungen in der Pelz- und Mützenbranche auf Abschaffung der Affordarbeit zu dringen ist.

Die vom Referenten vorgelegten Resolutionen wurden mit den Abänderungen angenommen, daß möglichst auf Abschaffung der Affordarbeit zu dringen ist. Der Antragsteller Regge zog schließlich den Passus in seiner Resolution gegen die Hausindustrie, daß Hausindustrielle nicht Mitglieder des Verbandes sein können, zurück, wonach die Resolution dann einstimmig Annahme fand.

Zu den bereits behandelten Tagesordnungspunkten „Tarifverträge“ und „Arbeitsvermittlung“ legte das Bureau nunmehr Resolutionen vor. Die Resolutionen sprechen sich für den Abschluß von kurzfristigen Tarifverträgen und für Umbahnung von Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation zur Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises aus. Beide Resolutionen wurden angenommen.

In der Nachmittags Sitzung erstattete die Kommission für die Unterstützungsbeirichtungen ihren Bericht. Sie schlug vor: die Beiträge zu staffeln und vier Klassen einzuführen von 60, 50, 40 und 30 Pf., mit der Maßgabe, daß die niedrigste Klasse nur für die weiblichen Mitglieder sein soll und es im Belieben der männlichen Mitglieder liegt, welcher Klasse sie beitreten wollen.

Nachdem sich der Verbandstag am Tage vorher für eine Arbeitslosenunterstützung in Kombination mit der Krankenunterstützung ausgesprochen, schlug die Kommission vor: eine Erwerbslosenunterstützung mit Unterstützungsfähigen gemäß den Staffelformen einzuführen.

Die Streikunterstützung schlug die Kommission einstimmig vor nach den vier Beitragsklassen auf 2,50 M., 2,15 M., 1,80 M. und 1,45 M. täglich zu bemessen. Für jedes Kind wird 1 M. wöchentlich bezahlt. (Bis jetzt wurden 2 M. und 1 M. bezahlt.)

An Gemahregeltenunterstützung soll je nach den vier Beitragsklassen täglich 3,50 M., 3 M., 2,50 M. und 2 M. gezahlt werden und außerdem für jedes Kind 1 M. wöchentlich.

Als Frist zur Inkraftsetzung der höheren Beitragsätze soll der 3. Oktober 1909 und zur Inkraftsetzung der Unterstützungsätze der 5. Oktober 1910 bestimmt werden.

Die Umzugsunterstützung soll neu eingeführt werden. Die Unterstützung unorganisirter in Streikfällen wurde dem Ermessen des Hauptvorstandes nach Begutachtung der Filialleitung überlassen.

Eine Urabstimmung soll über diese Neueinrichtungen entscheiden.

Bei der Abstimmung wurden die vorgeschlagene Klassifizierung der Beiträge wie alle übrigen Vorschläge der Kommission angenommen.

Es wurde in das Belieben der Mitglieder gestellt, daß solche, die noch nicht bezugsberechtigt oder schon ausgesteuert sind, bei Arbeitslosigkeit Beiträge bezahlen oder beitragsfreie Marken beziehen.

Die Anträge auf Verlegung des Verbandssitzes nach Leipzig oder Berlin wurden abgelehnt und bestimmt, daß er in Hamburg verbleiben soll. Als Sitz des Ausschusses wurde Leipzig und Umgebung bestimmt.

Bericht vom Gewerkschaftskongreß

wurde ein gestellter Antrag zur Kaiserfeier mitbehandelt, der eine sehr ausgebreitete Diskussion hervorrief. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

Der Verbandstag empfiehlt allen Kollegen, wo es irgend möglich, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Ferner empfiehlt der Verbandstag den Bevollmächtigten, eine Statistik der Feienden aufzunehmen und im „Kürschner“ zu veröffentlichen.

Bei der Stellungnahme zum internationalen Kürschnerkongreß in Brüssel schlug der Verbandsvorsteher Schubert in einem Referat vor, es solle den immer laut gewordenen Wünschen auf Schaffung eines internationalen Streikfonds dahin Rechnung getragen werden, daß jede Landesorganisation pro Mitglied und Jahr 1 M. zu diesem Fonds abliefern. Er befürwortete dringend, das von der österreichischen Organisation gegründete Verbandsorgan mit dem „Kürschner“ zu verschmelzen und diesem Blatt dann eine Beilage in tschechischer und französischer Sprache zu geben. Nach eingehender Diskussion, an der sich auch der Vertreter der österreichischen Organisation beteiligte, wurde es gutgeheißen, diese Anregungen an den Internationalen Kürschnerkongreß gelangen zu lassen. Zu diesem Kongreß wurden drei Delegierte abgeordnet.

Als Hauptvorstand wurde Schubert wiedergewählt, der aber erst nach langem Sträuben annahm. Zum Verbandskassierer wurde Wagnitz-Hamburg bestimmt.

Wasserstands-Nachrichten

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, Wasserstand, am, seit. Lists various locations and their water levels.

+ bedeutet Hoch, = Null = 0 Unterpegel.

